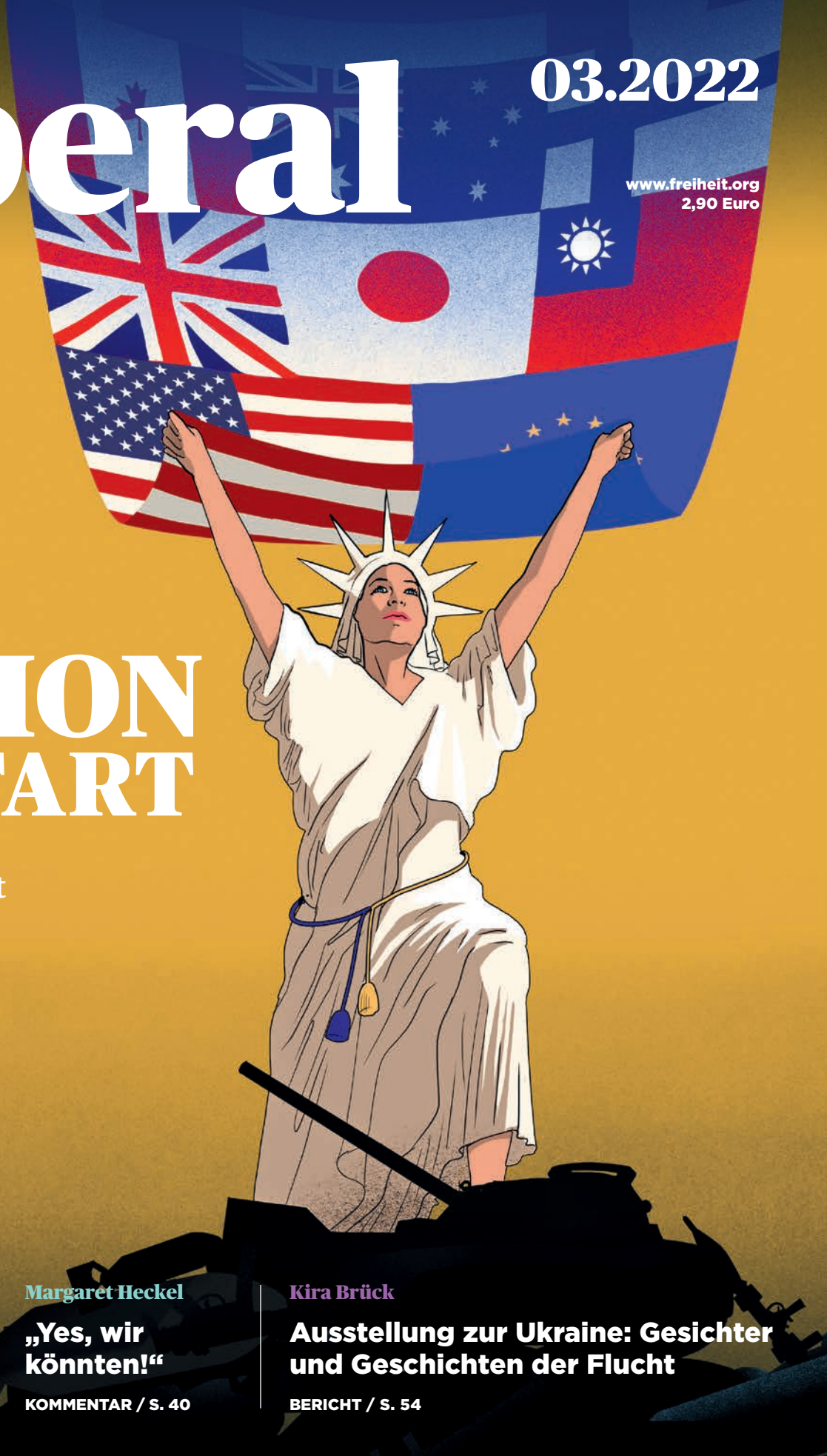
Liberal

Das Magazin für die Freiheit

03.2022

www.freiheit.org
2,90 Euro



MISSION NEUSTART

Wie der Westen sich wiederentdeckt

Maike Rademaker

Mehr Katastrophe als Schutz

ANALYSE / S. 30

Margaret Heckel

„Yes, wir könnten!“

KOMMENTAR / S. 40

Kira Brück

Ausstellung zur Ukraine: Gesichter und Geschichten der Flucht

BERICHT / S. 54

Unsere Auswahl für Ihre Bibliothek

Zu Gerhart Baums 90. Geburtstag blicken rund 40 Zeitgenossen, Weggefährtinnen und Freunde auf sein vielfältiges Wirken und zeichnen das Bild dieses Ausnahmepolitikers, der als das liberale Gewissen der Republik gelten darf.

224 Seiten, Gebunden, EUR 31

Underground Economy ist eine packende Schilderung der besorgniserregenden Entwicklung der Hackerszene zu einer skrupellosen und hochprofitablen Industrie, die für Wirtschaftsunternehmen und Staaten zu einer ernsthaften Bedrohung geworden ist.

192 Seiten, Gebunden, EUR 34

„Wir Menschen müssen unser Verhalten ändern, andernfalls könnte das Schicksal der Dinosaurier auch uns ereilen. Wir haben es in der Hand."

Umweltjournalist Adam Cruise

200 Seiten, Gebunden, EUR 34

Angesichts der drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen wird der Frage nachgegangen, wie in Unternehmen eine ökonomische und menschlich-ethische Ausrichtung Hand in Hand gehen kann.

220 Seiten, Gebunden, EUR 34

Erscheint Oktober 2022

JETZT QR-CODE SCANNEN UND BESTELLEN.

NZZ LIBRO

www.nzz-libro.de | verlag@nzz-libro.ch

Mehr als Stärke und Härte

KARL-HEINZ PAQUÉ, Herausgeber und Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Liebe Leserinnen und Leser

Der russische Überfall auf die Ukraine wirft ein neues Licht auf die Frage: „Was ist der Westen?" Die weltweiten Machtverhältnisse und Bündnisse werden neu sortiert. Dieser europäische Krieg wirkt sich nicht nur auf die Nachbarländer aus. Für den europäischen Kontinent bedeutet er eine Rosskur: Wird am Ende die EU gestärkt aus dem Krieg gehen können? Werden weitere osteuropäische Staaten angebunden und der Westbalkan über eine Kooperationsvereinbarung an die EU herangeführt? Wie sehen die Integrationsangebote für die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau aus?

In Sachen Verteidigung besteht dagegen Einigkeit. EU und NATO modernisieren ihre Streitkräfte; Aufrüstung ist kein Tabu mehr. Der Westen zeigt Stärke und Härte. Indes: Zur Zeitenwende gehört mehr. Sie muss politisch gestaltet werden. So wenig Kriege einfach „ausbrechen", so enden sie auch nicht wie eine Naturgewalt. Die Idee einer freien Welt, des Westens, muss neu geschrieben werden. Ob USA, EU, Taiwan oder Japan: Die liberalen Demokratien müssen global zusammenarbeiten. In diesem Sinne ist „der Westen" keine geografische Kategorie.

Der Historiker Thomas Weber etwa spricht über die Notwendigkeit der Kooperation zwischen dem „alten" Westen und den Demokratien Asiens sowie des globalen Südens. Der Philosoph Wolfram Eilenberger begreift die freie Welt als globales Lebensnetz, das gerade aufgrund seiner inneren Vielfalt von besonderer Widerstandsfähigkeit gekennzeichnet sein wird. Auch wirtschaftlich muss die Verflechtung der Welt durch mehr Freihandelsabkommen über Kontinente hinweg erhalten werden. Das Scheitern der europäisch-amerikanischen Freihandelszone war ein schwerer Fehler, der endlich ausgeräumt gehört: Durch einen neuen Anlauf, aber mit mehr Pragmatismus als in der Vergangenheit. Über alledem schwebt das Damoklesschwert der nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahl. Im Gespräch mit dem amerikanischen Geschichtswissenschaftler David R. Goldfield gehen wir der Frage nach, wie sich der europäische Krieg auf die US-amerikanische Innenpolitik auswirkt.

Russland besetzt mittlerweile rund ein Viertel des ukrainischen Territoriums, die Gefahr einer Ausweitung des Krieges ist nach wie vor nicht gebannt. Es braucht neben der kurzfristigen Unterstützung der Ukraine auch eine durchschlagende politische Antwort auf das russische Großmachtstreben. Ein Blick in die Geschichte zeigt das. Ende der Siebzigerjahre saß wie heute ein Sozialdemokrat im Bundeskanzleramt. Helmut Schmidt machte sich als treibende Kraft um den NATO-Doppelbeschluss verdient. Allerdings kostete ihn dies am Ende auch die Kanzlerschaft. Die atomare Modernisierung war die Reaktion auf die massive sowjetische Aufrüstung in jener Zeit. Ein „Game Changer", der mit zum Ende des Kalten Krieges beigetragen hat. Wird es einen solchen „Game Changer" auch im Jahr 2022 geben?

Ihr

Karl-Heinz Paqué

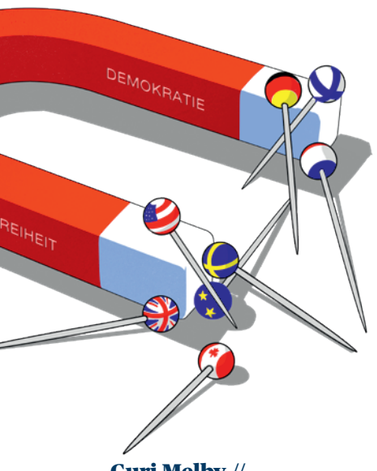
ILLUSTRATION COVER: EMMANUEL POLANCO/SEPIA, FOTO EDITORIAL: THOMAS IMO/PHOTOTHEK

Inhalt

Liberal 03.2022

Thomas Weber // „Neue freie Welt“

Der Historiker fordert eine Neu-Orientierung des „Westens“: Wir müssen stärker mit den Demokratien Asiens und des globalen Südens kooperieren. **Seite 10**



Guri Melby // Gewaltige Anziehungskraft der NATO

Der zu erwartende Beitritt Schwedens und Finnlands zur Allianz bietet den nordischen Ländern eine Fülle neuer Chancen.
Seite 14

Marie-Agnes Strack-Zimmermann // „Zeichen an die Despoten senden“

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses zum deutschen Wehr-Etat und zu klaren Signalen in Richtung Teheran und Peking.
Seite 16

Karl-Heinz Paqué // Die Globalisierung stockt und stottert

Wie lässt sich die Integration der Weltwirtschaft im Zeichen von Krieg und Krise vertiefen? Das gelingt nur durch mehr Kooperation.
Seite 24

Thema

10 „Die Chance, eine neue freie Welt zu erschaffen“
Der Historiker Thomas Weber fordert eine Neu-Orientierung des „Westens“: Wir müssen stärker mit den Demokratien Asiens und des globalen Südens kooperieren.
von Alexander Görlach

14 Gewaltige Anziehungskraft der NATO
Der zu erwartende Beitritt Schwedens und Finnlands zur Allianz bietet den nordischen Ländern eine Fülle neuer Chancen.
von Guri Melby

16 „Ein Zeichen an die Despoten senden“
Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, über den Wehr-Etat und die Notwendigkeit klarer Worte in Richtung Teheran und Peking.
von Theresa Caroline Winter

18 Dem Lichte zugewandt
Russlands Angriff auf die Ukraine ist eine Wende wie 1989. Jetzt muss Europa die Freiheit wie ein zartes Pflänzchen beschützen.
von Wolfram Eilenberger

21 „Die Wirtschaftslage wird die US-Wahl entscheiden“
Ein Interview mit dem Historiker David R. Goldfield zu den anstehenden Midterm elections in den Vereinigten Staaten.
von Sascha Tamm

24 Die Globalisierung stockt und stottert
Wie lässt sich die Integration der Weltwirtschaft im Zeichen von Krieg und Krise vertiefen? Das gelingt nur durch mehr Kooperation.
von Karl-Heinz Paqué

27 Kriegsverbrechen verjähren nicht
Die Taten Wladimir Putins und seiner Schergen müssen gesühnt werden. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Gerhart Baum haben daher Strafanzeige erstattet.
von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Gesellschaft

30 Mehr Katastrophe als Schutz
Auf die komplexen Herausforderungen der Zukunft ist der Bevölkerungsschutz in Deutschland schlecht vorbereitet.
von Maike Rademaker

33 Jede Stimme zählt
Der Bundestag darf nicht weiter wachsen – und Wählerinnen und Wähler einer an der Fünfprozentklausel gescheiterten Partei dürfen nicht länger ohne Einfluss bleiben.
von Eckhard Jesse

36 Rechtlich unsicher
Das Gesetz legt der Ärzteschaft bei Abtreibungen Fesseln an. Die geplante Reform reicht nicht aus.
von Maren Jasper-Winter

38 Ukrainische Kinder in unsere Schulen!
Die jüngsten Geflüchteten brauchen Bildung und ein soziales Umfeld.
von Felix Langrock

Wirtschaft

40 Yes, wir könnten!
Es ist Krise und überall hakt es. Doch statt Reformen gibt es immer neue Entlastungspakete. Dabei wäre genau jetzt die Zeit für mehr Eigenverantwortung.
von Margaret Heckel

42 „Ich sehe kein Blackout-Risiko“
Stefan Kapferer, Chef des Berliner Übertragungsnetzbetreibers „50Hertz Transmission“, über einen möglichen Gas-Mangel, den kommenden Winter und Stromleitungen nach Skandinavien.
von Maximilian Luz Reinhardt

45 50 Jahre Weltuntergang
Der Bericht des Club of Rome entfachte eine Debatte über die Zukunft der Erde. Die Apokalypse blieb aus – aber die Furcht davor fesselt uns weiter.
von Constantin Eckner

47 Ein fatales Signal für den Klimaschutz
Vorerst unterbleibt die geplante Ausweitung des europäischen Emissionshandels. Doch dieser ist das beste Instrument, um die Klimaziele zu erreichen.
von Dirk Assmann und Maximilian Luz Reinhardt

49 Über was?
In kaum einem Land des Westens wird nicht über eine „Übergewinnsteuer“ diskutiert. Sie ist eine populistische, nicht zu Ende gedachte Idee.
von Karen Horn

50 Wirksame Sanierungsmöglichkeiten
Deutschland hat im vergangenen Jahr sein Restrukturierungsrecht neu gefasst. Die Mühe hat sich gelohnt.
von Marie Luise Graf-Schlicker

52 Es wird ernst!
Die Inflation treibt die Renditen von Staatsanleihen in die Höhe. Und die Zinserhöhung der EZB tut ein Übriges.
von Karl-Heinz Paqué

Kultur

54 In aller Ruhe und mit Würde
Die Ausstellung „Nach der Flucht“ zeigte in Berlin Porträts von Menschen aus der Ukraine, die ihre Heimat verlassen mussten – und erzählte eindrücklich ihre persönlichen Geschichten.
von Kira Brück

58 Belebende Strahlen
Franz Duncker war Verleger, Politiker und liberaler Sozialreformer. Er setzte auf Ausgleich und Kooperation.
von Wolther von Kieseritzky

59 Falsche Vorhersagen, richtige Wirkungen
Vor 50 Jahren erschien „The Limits to Growth“ des Club of Rome – ein Bestseller mit ungeheurer Wirkung.
von Karl-Heinz Paqué

60 So hell, so klar
In ihrer Essay-Sammlung „Unverschämt jüdisch“ gewährt Barbara Honigmann einen Einblick ins Jüdischsein, der Nichtjuden ansonsten verwehrt bleibt: wissend, weise und witzig.
von Jo Berlien

61 Vom Aha-Effekt zum Aua?
Die Welt war zwar schon immer auch ein Ort voller Schrecken. Medien bringen sie heute aber ungefiltert ins Haus – dauernd und in Echtzeit.
von Michael Hirz

62 Tanz der Uneindeutigkeit
Ungarns Premierminister Viktor Orbán erpresst ungeniert die EU. Dass er Russland gegenüber nicht klar Position bezieht, hat System: Er will sich etablieren als ein von der westlichen Gemeinschaft unabhängiger Akteur.
von István Hegedűs

64 Termine & Impressum

66 10 Fragen an Evelyne de Gruyter
Die Geschäftsführerin des Verbands deutscher Unternehmerinnen im schnellen Gespräch.

Mehr vom Liberal Magazin gibt es online **liberal.freiheit.org**

ILLUSTRATIONEN: EMMANUEL POLANCO/SEPIA, FOTO: HANS CHRISTIAN PLAMBECK/LAIF

EU-Kommissarin für Inneres plant weitreichende „Chatkontrolle“

Ylva Johansson will Kinder schützen. Doch Kritiker befürchten eine Massenüberwachung privater Nachrichten und lehnen den Vorstoß vehement ab.

Mehr Sicherheit, weniger Freiheit? EU-Kommissarin Ylva Johansson will die elektronische Kommunikation stärker kontrollieren.

Die Europäische Kommission plant die Einsicht in verschlüsselte Chaträume, um, wie es aus Brüssel heißt, gegen die Verbreitung von Kinderpornografie vorzugehen. Die Schwedin Ylva Johansson, Kommissarin für Inneres, hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt, der nun von den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament diskutiert werden muss. Bürgerrechts-Organisationen und andere Kritiker nutzen für den Vorstoß das Schlagwort „Chatkontrolle“. Sie sehen in Johanssons Vorstoß den Versuch, die gesamte Kommunikation im Netz inklusive verschlüsselter Nachrichten zu scannen, und fürchten Massenüberwachung. Auch aus liberalen Kreisen kommt erhebliche Kritik. „Eine generelle flächendeckende Überwachungsmaßnahme privater Korrespondenz gerade auch im digitalen Raum lehnt mein Haus ab“, sagte kürzlich Bundesjustizminister Marco Buschmann. Chatkontrollen hätten aus seiner Sicht „im Rechtsstaat nichts verloren“. Johansson verteidigt den Entwurf mit dem Argument, dass dieser keinerlei Überwachungstechnologie vorschreibe. Mögliche Treffer etwa bei mutmaßlichem Grooming – dem Ansprechen von Kindern, um sexuelle Kontakte anzubahnen – müssten auch weiterhin von Menschen abschließend geprüft werden. Zudem möchte die Kommissarin, dass alle Unternehmen zunächst selbst analysieren, wie groß das Risiko ist, dass auf ihren Seiten Kinderpornografie geteilt werden könnte, und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einleiten. Diese würden allerdings das Geschäftsmodell von Plattformen wie „Signal“ torpedieren, die mit sicherer Verschlüsselung werben. Der Ausgang des Vorstoßes ist ungewiss.

Friedenspreisträgerin aus Simbabwe droht Freiheitsstrafe

Die Autorin und Filmemacherin Tsitsi Dangarembga, die im vergangenen Jahr mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde, steht in ihrem Heimatland Simbabwe vor Gericht. Dem Regime von Präsident Emmerson Mnangagwa ist sie ein Dorn im Auge, weshalb seit zwei Jahren ein Verfahren gegen sie läuft. Mnangagwa folgte 2017 auf den langjährigen Staatschef Robert Mugabe, an dessen Seite er über Jahrzehnte stand. Kürzlich haben die Verhandlungen begonnen. Das Gericht, das Simbabwes Präsidenten direkt unterstellt ist, droht Dangarembga, sie wegen angeblicher Aufrufe zu Friedensbruch und öffentlicher Gewalt ins Gefängnis zu bringen. Barbara Groeblinghoff, die in Südafrika für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit tätig ist, sagt, das Regime werfe Menschen Fake-Tatbestände vor, um sie einzusperren. Aufgrund der Länge der Verfahren gebe es permanenten Druck, auch finanzieller Natur. Hinzu komme die massive psychologische Belastung für die Angeklagten.

Unter Druck: Tsitsi Dangarembga.

FOTOS: RONALD WITTEK/PICTURE ALLIANCE/EPA, CHRISTOPH HARDT/PICTURE ALLIANCE/PANAMA PICTURES, PICTURE ALLIANCE/GEISLER-FOTOPRESS, DANIEL KUBIRSKI/PICTURE ALLIANCE

Hongkong blickt in eine düstere Zukunft

Brutales Vorgehen gegen Dissidenten, neuerliche Covid-Infektionswellen, von Peking kontrollierte Wahlen, europäische Unternehmen auf dem Rückzug – die Probleme Hongkongs könnten größer nicht sein. Regierungschefin Carrie Lam hat nun ihren Posten abgegeben, weil sie die Erwartungen Pekings nicht erfüllen konnte. Ihr Nachfolger ist allerdings keineswegs liberaler, sondern ein noch schärferer Hardliner: John Lee Ka-chiu. Als ehemaliger Sicherheitschef beaufsichtigte er die gewaltsame Niederschlagung der Anti-Regierungsproteste im Jahr 2019. „Ausgestattet mit der Fähigkeit, einen härteren Kurs in der Stadt durchzusetzen, ist Lee in den Augen Pekings ideal, um das zu erreichen, was aus dem Pro-Peking-Lager oft als ‚politische und soziale Stabilität nach einer Zeit der Turbulenzen‘ bezeichnet wird“, schreibt der Hongkonger Aktivist Ray Wong, der momentan in Göttingen studiert. Es gibt also keine guten Aussichten für die pro-demokratische Bewegung in der Sonderverwaltungszone im Südosten Chinas.

Frankreich fordert Umverteilung von Geflüchteten

Seit Jahren streiten die EU-Mitgliedstaaten über die Verteilung von Geflüchteten. Nun soll ein „freiwilliger Solidaritätsmechanismus“ auf Vorschlag Frankreichs abhelfen, das aktuell den EU-Ratsvorsitz innehat. Wer besonders belasteten Ländern wie Italien oder Griechenland keine Migranten abnimmt, soll dem Vorschlag zufolge einen „finanziellen Beitrag“ an sie zahlen oder ihnen anderweitig helfen. Binnen eines Jahres sollen so rund 10 000 Menschen in andere Länder gebracht werden, die vor allem über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind. Neben Griechenland und Italien sollen auch Zypern, Malta und Spanien entlastet werden.

Gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer.

Ruslan Stefantschuk will sein Land in die EU bringen.

Debatte um Status der Ukraine als „EU-Beitrittskandidat“

Die Ukraine hatte bereits wenige Tage nach Beginn des Krieges den sofortigen Beitritt zur Europäischen Union gefordert und förmlich beantragt. Die Hoffnungen auf einen schnellen Beitritt seien allerdings gering, sagte Ruslan Stefantschuk, Präsident des ukrainischen Parlaments (Rada) kürzlich in einer Rede vor dem Europäischen Parlament. Die Ukraine sei jedoch bereit, den Weg ehrlich und ernsthaft zu beschreiten. Als ersten Schritt könnten die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel Ende Juni das Land nach einer Empfehlung der Europäischen Kommission einstimmig zum „Beitrittskandidaten“ ernennen. Die üblicherweise sehr langen Prüfverfahren wurden wegen des Krieges signifikant verkürzt. Nach der Ernennung könnte die Europäische Union infolge von politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Ukraine dann Beitrittsverhandlungen eröffnen. Allerdings würde eine endgültige Aufnahme in die Union weiterhin einige Jahre dauern, wie Emmanuel Macron bestätigte, momentan Ratspräsident der EU. Aus Sicht von Rada-Präsident Ruslan Stefantschuk gibt es jedoch keine Alternative zum Kandidatenstatus. „Alles andere wäre ein Sieg für Putin“, meint der 46-Jährige.

In Kürze

Lemke lehnt Debatte über Atomkraft ab

Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat eine neue Debatte über die Rückkehr zur Kernkraft und damit den Vorstoß von Christian Lindner abgelehnt. „Die Menschen erwarten, dass wegen des Klimaschutzes, der Abhängigkeit von Putin und der Inflation alle Möglichkeiten erwogen werden“, hatte Lindner argumentiert. Grünen-Politikerin Lemke hingegen sieht dafür keine Notwendigkeit, „weil wir ja tatsächlich eine intensive Überprüfung vorgenommen haben, das Gespräch mit den Betreibern gesucht haben“, wie sie dem SWR sagte. Am Netz sind in Deutschland momentan nur noch die Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Sie sollen bis Ende des Jahres ebenfalls abgeschaltet werden.

1,74 Mio. Stellen waren hierzulande im ersten Quartal 2022 unbesetzt.

Ungelernte werden attraktiver für Unternehmen

Der Fachkräftemangel belastet seit Langem die deutsche Wirtschaft. Vielerorts suchen Firmen händeringend nach Ausbildungswilligen und Arbeitssuchenden, die bereits eine entsprechende Ausbildung absolviert haben. Aufgrund der Misere zeigen sich Unternehmen allerdings immer offener gegenüber jenen, die lange als Ungelernte galten. Eine Auswertung von 860 000 Online-Stellenanzeigen der Bauwirtschaft und der Gastronomiebranche im Auftrag der Bertelsmann Stiftung ergab: In mehr als zwei Dritteln der Jobanzeigen sind zwar mehrere Teilqualifikationen gefragt, aber kein volles Berufsprofil. Immer häufiger werden Kompetenzprofile gewünscht, die zwischen voll ausgebildet und ungelernt liegen. Bereits im Jahr 2020 hatten in einer repräsentativen Bertelsmann-Umfrage vier von fünf Unternehmen angegeben, sie seien bereit, Menschen einzustellen, die zwar über keinen Abschluss verfügen, aber Kompetenzen in ein oder mehreren Teilqualifikationen nachweisen können. Zudem suchen die Betriebe noch andere Lösungswege angesichts des Fachkräftemangels: Sie erhöhen etwa ihre Einstiegsgehälter und verbessern die Work-Life-Balance, um an Attraktivität als Arbeitgeber zu gewinnen. Auch Vorschläge wie ein freiwilliges Handwerksjahr, in Anlehnung an andere Freiwilligendienste, werden auf Landesebene diskutiert.

Angst vor der Inflation steigt

Laut ARD-DeutschlandTrend macht sich die steigende Inflation im Haushalt vieler Deutscher bemerkbar. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergibt, dass sich 47 Prozent nach eigener Aussage im Alltag sehr stark oder stark einschränken müssen. Das gilt im Besonderen für Haushalte mit geringem Einkommen, wo dies 77 Prozent angeben. In Ostdeutschland sagen 59 Prozent der Befragten, dass sie Einschränkungen vornehmen müssen. Anfang Juni hatte das Statistische Bundesamt die Inflationsrate mit 7,9 Prozent beziffert – ein Höchstwert seit der deutschen Wiedervereinigung. Die Bundesregierung hat bereits Maßnahmen zur Abmilderung der Inflationseffekte in die Wege geleitet, wobei laut ARD-DeutschlandTrend diese auf mehrheitliche Zustimmung stoßen. So befürworten 61 Prozent die befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und 59 Prozent sind für die geplante Energiepreis-Pauschale für Erwerbstätige in Höhe von 300 Euro. Auf 64-prozentige Zustimmung stößt unterdessen die Einführung des sogenannten 9-Euro-Tickets für die Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs für drei Monate.

Die Lebensmittelpreise steigen und steigen.

Thema

Wolfram Eilenberger

Dem Lichte zugewandt

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine muss Europa die Freiheit wie ein zartes Pflänzchen beschützen.

ESSAY / S. 18

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PICTURE ALLIANCE/PHOTOTHEK, HANNIBAL HANSCHKE/GETTY IMAGES, HANS CHRISTIAN PLAMBECK/LAIF, CHRISTOPHER FURLONG/GETTY IMAGES, ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

„Ein Zeichen an die Despoten“

Die Verteidigungs-Expertin fordert klare Signale Richtung Peking und Teheran.

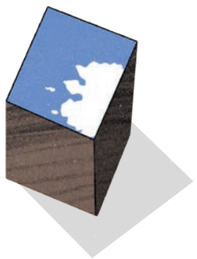
INTERVIEW / S. 16

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

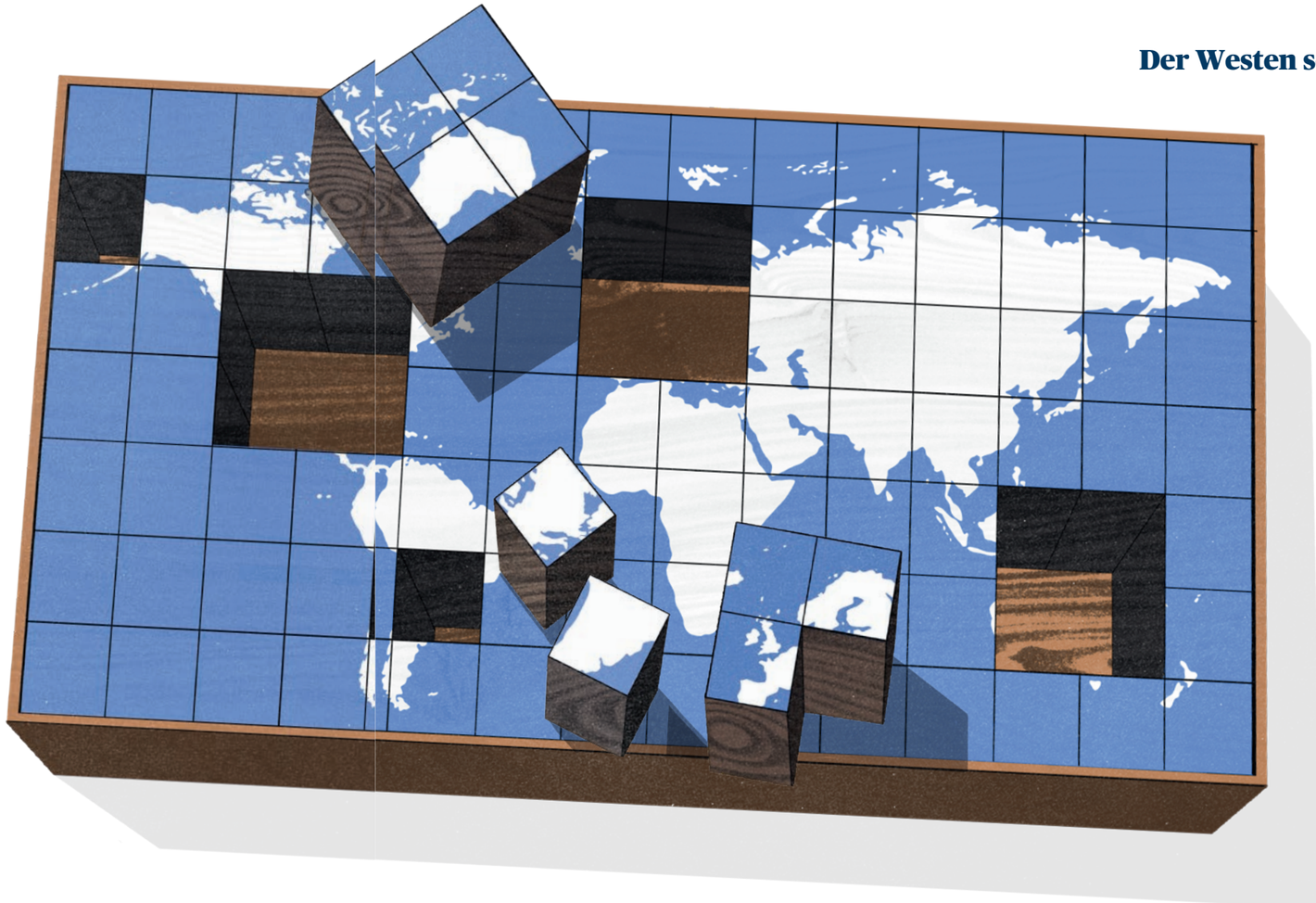
Kriegsverbrechen verjähren nicht

Die ehemalige Bundesjustizministerin und Gerhart Baum stellen Strafanzeige gegen Wladimir Putin und seine Schergen.

DOKUMENTATION / S. 27



„Wir haben die Chance, eine neue freie Welt zu erschaffen“



Thomas Weber, Professor für internationale Politik, fordert eine Neu-Orientierung des „Westens“: Wir müssen stärker mit den Demokratien in Asien und im globalen Süden kooperieren – etwa mit Freihandel, bei der Energieversorgung und im Kampf gegen Armut.

INTERVIEW: ALEXANDER GÖRLACH

Herr Weber, der Ukraine-Krieg hat eine philosophische Betrachtung der Frage „Was ist der Westen?“ in den Hintergrund treten lassen. Können die geschlossenen Reihen der demokratischen Staaten in der Auseinandersetzung mit Russland als Erkenntnisbeschleuniger auf der Suche nach unserer Identität wirken?
Der Krieg in der Ukraine wirkt nicht als Erkenntnisbeschleuniger, sondern als Erkenntnisveränderer – und das ist auch gut so. Vor dem Krieg ging die Identitätssuche in die falsche Richtung, vor allem in Deutschland. Liberale wie ich, die seit Jahren eine wehrhafte freie Welt einforderten, wurden als Bellizisten beschimpft oder Schlimmeres. Transatlantisches Denken galt als nicht schick. Und auf die Erfahrungen unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn wurde erst gar nicht gehört. Als ich zum Beispiel 2014 auf einem „NZZ“-Forum in Berlin mit „Russlandverstehern“ über die Rolle Deutschlands in der Welt diskutierte und forderte, dass wir lernen müssten, Polen nicht nur als Land unserer Putzfrauen zu verstehen. Und dass wir zuhören sollten, wie unsere östlichen Nachbarn über die Welt denken, da hat niemand geklatscht. Die Russlandversteher bekamen begeisterten Zuspruch vom Publikum, aber als ich sagte, dass wir im äußersten Fall auch zum Einsatz militärischer Mittel bereit sein müssten, um unsere östlichen Nachbarn zu verteidigen, herrschte eisige Stille im Saal.

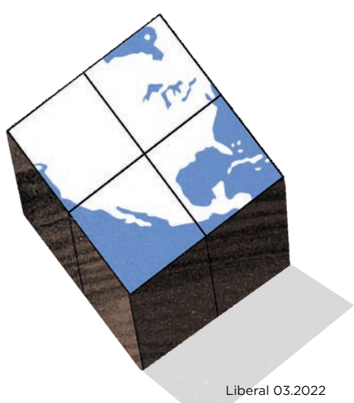
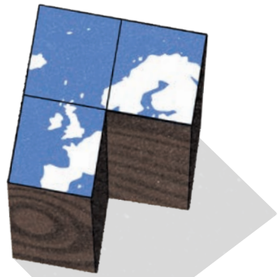


ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA

Was hat der Krieg in der Ukraine an dieser Befindlichkeit geändert?
Alles. Wir hören auf einmal unseren östlichen Nachbarn zu, auch wenn sie nicht im Kreml sitzen. Und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat innerhalb von Wochen das öffentliche Bild von Osteuropäern grundlegend verändert. Auf einmal ist es cool, so wie er zu sein, so wie Osteuropäer. Diesen Augenblick dürfen wir nicht verstreichen lassen. Wir haben auf einmal die Chance, eine neue freie Welt zu erschaffen, die sich vom Silicon Valley bis Charkiw und von Feuerland bis zum Nordkap erstreckt. Diese neue freie Welt müssen wir in unseren Köpfen und in der Wirklichkeit so schnell wie möglich bauen.

Bei den Sozialdemokraten steht man vor einem Scherbenhaufen aus 50 Jahren verfehlter Russlandpolitik. Schon zu Willy Brandts Zeiten begann die Abhängigkeit von russischem Gas. Angela Merkel hat sie, im Verbund mit der Wirtschaft, sogar noch ausbauen wollen. Erst nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat man Nord Stream 2 fallen lassen. Welche neue Russlandpolitik lässt sich da in Deutschland jetzt noch aufbauen?
Es muss eine Doppelstrategie geben, die Putin und seine Klone eindämmt und gleichzeitig Russland gegenüber offen ist. Für eine neue Ostpolitik müssen wir nicht alles von Willy Brandt über Bord werfen, aber wir sollten mehr George F. Kennan lesen. Wie der damalige amerikanische Diplomat schon 1946 aus Moskau schrieb, bedarf es der harten Eindämmung und Abschreckung, um eine freie Welt aufzubauen und zu verteidigen. Und diese Phase kann schlimmstenfalls lange dauern. Gleichzeitig muss aber immer klar sein, dass sich unsere Politik nur gegen die autoritären Putins der Welt richtet, nie gegen Russland. Deshalb ist es auch ▸



ein Fehler, die russische Zivilgesellschaft in Sanktionen miteinzubeziehen und beispielsweise Kooperationen mit russischen Universitäten abzubrechen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir von prorussischer Blindheit zu antirussischem Orientalismus umschwenken. Es gibt viele großartige russische Traditionen, die die freie Welt der Zukunft bereichern würden.

Welche?
Es war beispielsweise gerade das zaristische Russland, das seinerzeit die Staaten der Welt zusammengebracht hat, um die barbarische Kriegsführung einzudämmen. Putin sieht sich gern in der Tradition russischer Zaren, aber mit seinen Kriegsgräueln in der Ukraine ist Putin der Erbe Hitlers und Stalins, nicht der Zaren. Heinrich August Winkler hat unrecht, wenn er einen grundsätzlichen zivilisatorischen Unterschied zwischen dem Westen und dem orthodoxen Osten konstatiert.

Welches Ziel sollte nach Ihrer Auffassung eine neue Russlandpolitik haben?
Sie sollte jedenfalls nicht zum Ziel haben, dauerhaft Energielieferungen aus Russland nach Europa zu verhindern. Das Volumen dieser Lieferungen darf nur nie so groß sein, dass das nichtrussische Europa politisch von Russland abhängig ist. Mit anderen Worten, in einer Situation wie jetzt muss es immer möglich sein, auf russische Energie zeitweise zu verzichten. Aber bei alledem müssen wir immer einen Platz für Russland in der freien Welt bereithalten.

Wer aber ist „wir"? Das freie Europa, das christliche Abendland, der transatlantische Raum, der Westen? Die Ideologien und Ideen, die hinter diesen Schlagworten stecken, entstammen einer untergegangenen politischen Welt. Müsste ein neues „Wir", das gegen Autokraten und Diktatoren dieser Welt wirksam sein will, nicht auch asiatische Demokratien miteinbeziehen?
Da sprechen Sie mir aus dem Herzen. Ich habe bewusst von der freien Welt, nicht vom Westen gesprochen. Wir brauchen eine neue freie Welt, die auf den positiven Traditionen des Westens bewusst und selbstbewusst aufbaut, die gleichzeitig aber die dunkle Unterseite des Westens überwindet. Und dafür gilt es, auf jeden Fall die Traditionen der asiatischen Demokratien miteinzubeziehen. Während der Pandemie haben wir gerade von Taiwan und Südkorea erfahren, wie sehr die freie Welt von den Demokratien Asiens lernen und profitieren kann. Auch lernen wir in diesen Ländern, wie eine wirkliche Digitalisierung der Demokratie funktionieren kann. Wir brauchen eine freie Welt, die sowohl auf den positiven westlichen Traditionen als auch auf den Erfahrungen der Demokratien Asiens und auch des globalen Südens aufbaut. Ich fordere deshalb eine neue transatlantische Welt, die auch Lateinamerika und Afrika miteinbindet. Diese neue transatlantische Welt muss Bestandteil einer freien Welt sein.

Die entschlossensten Reaktionen auf die russische Aggression kommen allerdings aus den „alten Demokratien". Der globale Süden steht ebenso abseits wie Lateinamerika. Wenn die freie Welt jetzt in einen Systemkonflikt mit den Autokratien der Gegenwart läuft, müsste sie dann nicht viel mehr die Länder, die eine dritte Gruppe bilden, an sich binden?
Ja, das stimmt. Wir können sogar noch weiter gehen. Es waren vor allem die Demokratien der englischsprachigen Sphäre, Teile Skandinaviens und die Staaten Zentralmitteleuropas, die entschlossen auf Putins Angriffskrieg reagiert haben. Die westeuropäischen Staaten der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft handelten anfangs derart halbherzig, dass Putin längst eine Siegesparade in der Ukraine hätte abhalten können, wenn alle so gehandelt hätten. Aber Krisenmomente können eine Chance bieten, Veränderungen schnell ins Werk zu setzen und Länder – in diesem Fall die Länder West- und Osteuropas – wieder zusammenzuführen. Das Gleiche muss unser Ziel im Umgang mit den Ländern des globalen Südens und Lateinamerikas sein.

Und wie stellen wir das praktisch an?
Dafür können wir selbst zwei Dinge tun: Wir im alten Westen müssen zwar immer selbstkritisch sein, aber wir dürfen uns nicht selbst hassen. Wer will schon mit jemandem zusammen sein, der sich selbst hasst. Und wir müssen den Ländern der „dritten Gruppe", von der Sie sprechen, mehr zuhören, genauso wie wir uns mehr auf die Erfahrungen der Länder Osteuropas einlassen müssen. Wenn sich die Leute in den Ländern des globalen Südens ernst genommen und mit Würde behandelt fühlen, wird es viel einfacher sein, eine neue freie Welt zu schaffen.

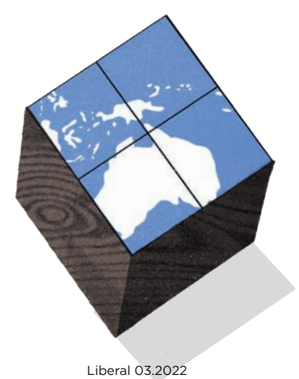
Wir brauchen eine freie Welt, die sowohl auf den positiven westlichen Traditionen als auch auf den Erfahrungen der Demokratien Asiens und des globalen Südens aufbaut.

Es gibt die Idee einer „Liga der Demokratien". Sie hat prominente Unterstützer wie den amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Es geht um die Wertegemeinschaft der Demokratien, gleich wo auf der Welt, gleich welcher Ethnien, Religionen oder Sprachen. Sie sind alle der Menschenwürde, der Freiheit, dem Verfassungsstaat und der Herrschaft des Rechts verpflichtet. Lohnt es sich nicht, das zu vertiefen und institutionell zu verankern?
Ich fand die Idee einer solchen Liga immer charmant, aber ich fürchte, dass sie in der Theorie besser funktioniert als in der Praxis. Bestenfalls wäre eine solche Liga so attraktiv, dass immer mehr Staaten dazustoßen wollten und sich eine solche Dynamik entwickelte, dass die Demokraten überall innenpolitisch in der Auseinandersetzung mit Autokraten gestärkt wären. Wenn das klappen würde, wäre eine solche Liga wunderbar.

Aber? Sie scheinen Einwände zu haben.
Ich fürchte, dass es darüber, wie eine solche Liga zu institutionalisieren wäre, endlosen Streit geben würde, der mehr Schaden als Nutzen brächte. Noch mehr fürchte ich, dass sich die Menschen in Ländern, die erst einmal nicht dabei sein dürften, ausgestoßen fühlen. Und das würde dann eben nicht die Demokraten, sondern ausgerechnet die Autokraten stützen. Wie schon im Systemkonflikt zwischen 1917 und 1991 würden überall Feinde der liberalen Demokratien gegen die Liga zu Felde ziehen und behaupten, die besseren, wahren Demokraten zu sein. Die Geschichte der zurückliegenden Jahrhunderte lehrt uns, dass graduelle Reformen eine höhere Erfolgsquote haben und vor allem mit weniger Blutvergießen verbunden sind als große Gründungsakte oder Revolutionen. Das klingt nicht sexy, kann es aber sein. Damit es das wird, müssen wir mit vollem Herzen und Leidenschaft für die Schaffung einer neuen freien Welt eintreten.

ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA, FOTOS: JUDY LAI NG, HONG KIU CHENG

Über die Vereinten Nationen hört man bereits das, was Sie einer Liga der Demokratien prophezeien: dass sie eine Veranstaltung sei, bei der alle mitmachen dürfen, die deshalb aber auch nicht substanziell weiterkommt. Was also tun? Wie kann die freie Welt ihre Identität schärfen, nicht nur in einem spirituellen, sondern auch in einem realen, messbaren und politisch erfahrbaren Sinne?
Vor allem durch tägliches Handeln. Hier können wir gleich bei uns selbst zu Hause anfangen, indem wir nicht nur sagen, dass wir die Ukraine mit schweren Waffen zur Selbstverteidigung versorgen, sondern indem wir dies auch wirklich und ohne Ausreden in die Tat umsetzen. Auch sollten wir mehr strategische Ambiguität gegenüber Putin und anderen Feinden der freien Welt zeigen. Wir waren zu berechenbar geworden. Damit haben wir es für die Gegner der freien Welt ungewollt zu einfach gemacht, Angriffskriege zu führen. Wir müssen tagtäglich in internationalen Organisationen mit unseren Partnern aus der ganzen Welt für die Etablierung der Standards und Werte der freien Welt kämpfen.



Eine neue freie Welt lässt sich nicht durch einen Gründungsakt erschaffen. Aber neue Abkommen und ein gemeinsames Handeln würden sie allmählich Wirklichkeit werden lassen. Worauf warten wir eigentlich noch?

Was heißt das konkret?
Wir dürfen nicht nur Sonntagsreden halten, sondern wir müssen mit möglichen Partnern in der ganzen Welt nach dem Verbindenden statt nach dem Trennenden suchen und dann gemeinsam ganz konkret handeln. Wir sollten uns zum Beispiel sofort mit unseren Partnern in West und Ost und im globalen Süden zusammensetzen und neue Freihandelsabkommen abschließen. Wir brauchen auch Abkommen zur Energieversorgung, zum Schutz von Handels- und Verkehrswegen und zur Armutsbekämpfung. Eine neue freie Welt lässt sich nicht durch einen Gründungsakt erschaffen. Aber neue Abkommen und ein gemeinsames Handeln würde sie allmählich Wirklichkeit werden lassen. Worauf warten wir eigentlich noch? ■

Thomas Weber ist Professor of History and International Affairs und Direktor des Centre for Global Security and Governance an der University of Aberdeen. Zudem arbeitet er als Senior Associate am Centre for European, Russian and Eurasian Studies der Munk School of Global Affairs and Public Policy der University of Toronto. Von ihm erscheint im Herbst bei Herder sein Buch „Als die Demokratie starb: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten – Geschichte und Gegenwart" (240 Seiten, 20 Euro).

Alexander Görlach ist promovierter Linguist und Religionswissenschaftler. Er arbeitet als Journalist und ist Senior Fellow am New Yorker Carnegie Council for Ethics in International Affairs.

Gewaltige Anziehungskraft

Der russische Präsident hat sich eine NATO-Osterweiterung im hohen Norden eingehandelt. Der zu erwartende Beitritt Schwedens und Finnlands zur Allianz bietet den nordischen Ländern eine Fülle neuer Chancen.

TEXT: GURI MELBY

Es ist offiziell – Schweden und Finnland haben ihre Anträge auf NATO-Mitgliedschaft eingereicht. Und Dänemark wird sich endlich an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beteiligen. Auch wenn der türkische Präsident Erdoğan den NATO-Beitrittsprozess zu nutzen versucht, um den Partnern noch einige Zugeständnisse abzupressen, erscheint es sehr wahrscheinlich, dass Finnland und Schweden dem Bündnis in Kürze beitreten werden. Damit öffnet sich für die NATO im Norden eine Büchse der Pandora an Herausforderungen und Chancen, sowohl politischer als auch strategischer Art.

Norwegen ist eines der drei nordischen Länder, die bereits Mitglied des Bündnisses sind. Es wurde Gründungsmitglied der Allianz, nachdem in der Anfangsphase des Kalten Krieges die Bemühungen gescheitert waren, ein nordisches oder zumindest skandinavisches Verteidigungsbündnis zu schaffen. Norwegen war der einzige NATO-Verbündete, der direkt an Russland grenzte, und die Entscheidung war nicht ohne Probleme.

Heute, 73 Jahre später, ist die Unterstützung für die norwegische NATO-Mitgliedschaft größer denn je, und die Rolle als NATO des Nordens ist zu einem Gesprächsthema für Politikerinnen und Politiker praktisch aller politischen Richtungen geworden, mit Ausnahme der extremen Linken. Die Sozialistische Linkspartei, Sosialistisk Venstreparti, und Rødt, die Rote Partei, haben sich für einen Austritt aus der Allianz eingesetzt und stattdessen die Idee einer nordischen Verteidigungsunion wiederbelebt. Ironischerweise könnte diese Vision nun tatsächlich zur Entfaltung kommen, allerdings innerhalb des festen Rahmens der NATO.

Gemeinsame Übungen

Politisch bietet der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO für Norwegen und die anderen nordischen Staaten enorme Möglichkeiten. Obwohl Norwegen kein EU-Mitglied ist und obwohl Schweden und Finnland bisher nicht der NATO angehörten, haben wir auf den Feldern von Sicherheit und Verteidigung schon immer zusammengearbeitet. Gemeinsame nordische Übungen, gemeinsame Beschaffungsanstrengungen, militärische Austauschprogramme – all dies sind schon lange feste Bestandteile der nordischen Verteidigungszusammenarbeit. Manche davon waren erfolgreicher als andere. Schweden und Finnland waren schon dadurch stark in die NATO integriert, weil die Allianz ein Partner war. Mit dem Beitritt Schwedens und Finnlands zum Bündnis verschwinden nun die letzten Einschränkungen der nordischen Verteidigungszusammenarbeit.

> **Für kleinere Länder mit ähnlichen Bedrohungen ist es sinnvoll, ihre Verteidigungskräfte zu bündeln.**

Alle fünf nordischen Staaten werden demselben Bündnis angehören, und wenn einer der Verbündeten angegriffen wird, werden alle darauf reagieren. Vorbei sind die Zeiten, in denen unklar war, wie die NATO auf einen russischen Angriff auf Finnland oder Schweden antworten würde oder wie die beiden Länder auf einen Angriff auf das Bündnis reagieren würden. An die Stelle dieser Unklarheit ist ein Versprechen getreten. Zusammengenommen sind die fünf nordischen Staaten ein bedeutender Akteur in der NATO. Jedes Land hat eine andere Verteidigungshaltung, und die Länder ergänzen einander hinsichtlich ihrer Fähigkeiten recht gut. Finnland verfügt über große Landstreitkräfte, Schweden und Norwegen über ernstzunehmende See- und Luftstreitkräfte, Dänemark über äußerst mobile und professionelle Streitkräfte. Wir blicken auf eine lange Geschichte der Zusammenarbeit zurück und teilen eine umfassende strategische Perspektive, einschließlich der Einsicht, dass sich die NATO wieder stärker auf die kollektive Sicherheit und auf die Arktis konzentrieren muss.

Dennoch ist nicht alles in Butter. Die nordischen Länder sind eine große, vielfältige Region mit einer Reihe unterschiedlicher sicherheitspolitischer Herausforderungen. Für Norwegen stehen in dieser Hinsicht seit jeher der hohe Norden und der Nordatlantik im Vordergrund. Für Schweden und Dänemark war die Sicherheit in der Ostsee schon immer von größter Bedeutung. Für Finnland mit seiner 1340 Kilometer langen Landgrenze zu Russland ist die Fähigkeit entscheidend, diese Grenze zu sichern. Diese unterschiedlichen Perspektiven werden nicht verschwinden, aber neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit können die damit verbundene Kluft verringern.

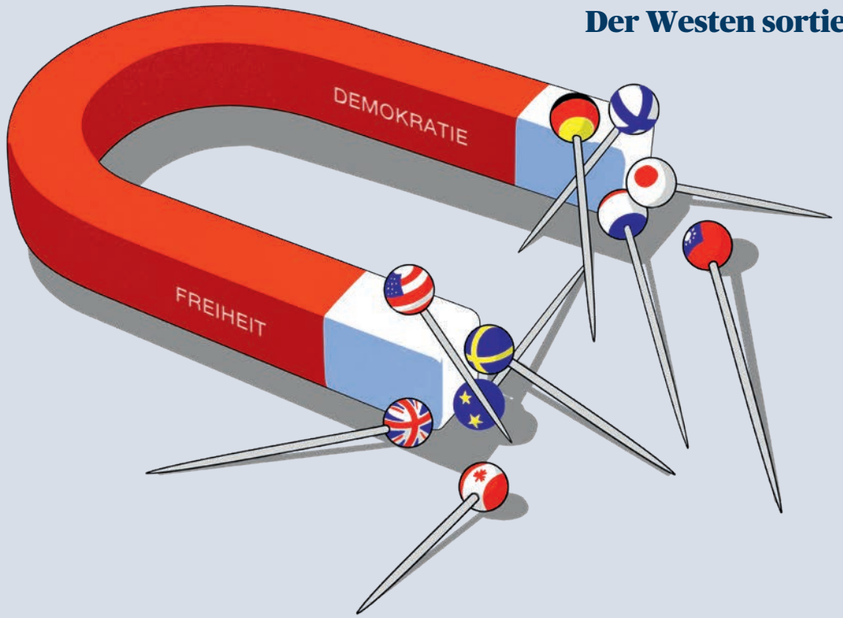


ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA, FOTO: LIV AARBERG

Für Norwegen bedeutet der bevorstehende NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens, dass sich die Konzentration auf Norwegens eigene Grenze zu Russland auflösen kann und durch ein gemeinsames nordisches Verteidigungskonzept für das nordische Gebiet im hohen Norden ersetzt wird. Der Beitritt Schwedens und Finnlands eröffnet auch neue Möglichkeiten für eine Verstärkung der Streitkräfte jenseits des Nordatlantiks. Die Zusammenarbeit Schwedens, Finnlands und Dänemarks mit den baltischen Staaten im Rahmen der NATO im Bereich der Sicherheit der Ostsee wird nach dem Beitritt Schwedens und Finnlands wesentlich besser koordiniert werden können.

Die Öffnung für eine vertiefte nordische Verteidigungszusammenarbeit bedeutet auch, dass wir bei den Verteidigungsausgaben mehr für unser Geld bekommen. Zu den möglichen Vorteilen zählen unter anderem die gemeinsame Nutzung von Ausbildungseinrichtungen, die Zusammenlegung unserer militärischen Ausbildungssysteme, die Aufnahme der Arbeit an einer gemeinsamen Verteidigung des hohen Nordens und eine verstärkte Zusammenarbeit der NORDEFCO (Nordic Defence Cooperation zwischen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden), die als Teil der schnellen Eingreiftruppe der NATO eingesetzt werden kann.

Politische Prioritäten

Da einige unserer wichtigsten Waffenplattformen das Ende ihres Lebenszyklus erreichen, können wir außerdem damit beginnen, gemeinsame Kapazitäten zu beschaffen. Dies birgt enorme Chancen, sowohl im Hinblick auf die Interoperabilität als auch auf die Freisetzung von Mitteln für andere wichtige Zwecke. Aber dafür bedarf es der Zeit und politischer Prioritäten. In zwanzig oder dreißig Jahren wird jedes kleine Land die Auswirkungen der immer teurer und komplexer werdenden Waffenplattformen zu spüren bekommen. Daher ist es für kleinere Länder mit ähnlichen Sicherheitsbedrohungen und einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen absolut sinnvoll, ihre Verteidigungskräfte zu integrieren.

All dies wird nicht über Nacht geschehen. Es werden große kulturelle, institutionelle und politische Hürden zu überwinden sein. Kurzfristig könnte uns diese Art der Integration sogar mehr kosten, so wie es bei Reformen oft der Fall ist. Ohne eine langfristige Vision für eine nordische Verteidigungszusammenarbeit werden wir jedoch auf dem jetzigen Niveau verharren, mit zusätzlichen gemeinsamen Projekten und Schulungen. Eine starke und visionäre politische Führung kann diese Hürden überwinden. Es ist wichtig, dabei ein klares Ziel vor Augen zu haben und nicht bloß eine schrittweise Politik der engeren technischen Zusammenarbeit zu verfolgen. ■

Guri Melby ist Vorsitzende der liberalen Partei Norwegens, Venstre. Von März 2020 bis Oktober 2021 war sie die Bildungs- und Integrationsministerin.

„Ein Zeichen an die Despoten senden“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP, hat als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses offensiv das Zögern der eigenen Koalition bei Waffenlieferungen an die Ukraine kritisiert. Hier fordert sie auch klare Worte in Richtung Teheran und Peking.

INTERVIEW: THERESA CAROLINE WINTER

Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist Mitglied im FDP-Bundesvorstand sowie im Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion.

FOTO: HANS CHRISTIAN PLAMBECK/LAIF

Frau Strack-Zimmermann, der Krieg in der Ukraine führt uns vor Augen, dass es um unsere Verteidigungsfähigkeit nicht gut bestellt ist. Hätte man das nicht wissen können?
Die Lücken in unserer Verteidigungsfähigkeit sind seit Jahren bekannt. Jetzt aber haben wir einen Krieg unmittelbar vor der Haustür. Entsprechend groß sind die Betroffenheit und die Aufmerksamkeit für dieses Thema. Übrigens hat nicht nur die Bundeswehr große Defizite. Auch die Rüstungsindustrie. Weil Deutschland lange nur wenig militärisches Material eingekauft hat, hat man die Produktionslinien zurückgefahren. Um sie jetzt wieder hochzufahren, braucht man nicht nur Zeit, sondern auch das nötige Fachpersonal. Grundsätzlich müssen wir die Bundeswehr umgehend stärken für unsere Landes- und Bündnisverteidigung.

Wie sind wir hier gelandet?
Es gibt viele Gründe. Die Bundeswehr ist nach der Öffnung der Mauer komplett heruntergespart worden. Der Verteidigungsetat belief sich 2010 nicht einmal mehr auf 30 Milliarden Euro. Erst in den zurückliegenden fünf Jahren ist er wieder gestiegen. Heute haben wir das größte Verteidigungsbudget seit 1945: gut 50 Milliarden Euro.

Aber nur am Geld wird es nicht gelegen haben, oder?
Wenn Sie in einer Armee 25 Jahre nichts erneuern oder reparieren, haben Sie ein ernsthaftes Problem. Zum Beispiel hat man, wenn neues Gerät angeschafft worden ist, meistens keine Ersatzteile mitbestellt, um so die Kosten gering zu halten. Das konnte nicht funktionieren.

Und was ist mit der Beschaffung?
Unser Beschaffungsamt in Koblenz schreibt alles aus, was man sich nur vorstellen kann, von der Socke bis zu schweren Waffen – und das europäisch. Das wird sich ändern müssen. Das Sondervermögen macht jetzt den Anfang, aber die Organisation gehört auch verändert.

Reicht das Sondervermögen, um dem 2-Prozent-Ziel der NATO nahezukommen?
Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte die brillante Idee, dieses Sondervermögen im Umfang von 100 Milliarden Euro aufzulegen. Auf fünf Jahre verteilt, sind das je 20 Milliarden Euro, und damit kämen wir zusammen mit dem Wehretat in der Tat auf die geforderten 2 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts bis 2027. Spätestens bis dahin muss der Wehretat entsprechend angepasst werden. Es wäre daher klug, ihn in den kommenden Jahren bereits systematisch anzuheben, damit das nicht in fünf Jahren abrupt geschehen muss.

Finnland und Schweden haben ihre NATO-Beitrittsgesuche abgegeben. Glauben Sie, der Einspruch der Türkei lässt sich aus dem Weg räumen?
Es werden Gespräche geführt. Ich bin optimistisch.

Wie wird sich die Verstärkung und Erweiterung der NATO auswirken?
Der Beitrittswunsch der Schweden und Finnen ist von immenser Bedeutung. Die Finnen sind gut aufgestellt und haben hohe Schutzstandards für die Bevölkerung. Auch Schweden ist strategisch von großer Bedeutung, alleine wegen seiner geostrategischen Lage. All das ist für unser aller Sicherheit ein Gewinn. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Putin mit seinem brutalen Überfall auf die Ukraine die Beitrittsgesuche geradezu befördert hat.

Steuern wir damit nicht auf einen neuen Eisernen Vorhang zu?
Nein. Ich halte nichts von dem Narrativ, dass man an Russland nicht heranrücken darf. Daran hat sich ja Finnland bisher gehalten, und daran hatte sich auch der Westen gehalten. Die Ukraine hatte 2008 einen NATO-Beitrittsantrag gestellt, ebenso wie Georgien. Unter anderem Frankreich und Deutschland haben das abgelehnt; die Amerikaner hätten es gutgeheißen. Wenn der Ukraine-Krieg zu Ende ist, wird die Frage wieder auf den Tisch kommen, ob und wann die Ukraine möglicherweise Mitglied in der NATO werden könnte. Das kann alles jahrzehntelang dauern. Aber eine Sicherheitsgarantie wird die Ukraine brauchen.

Wird Russland jetzt zum festen Feindbild?
Die Bedrohungslage ist jetzt deutlich wahrnehmbar. Aus diesem definierten „Feindbild“ leitet sich der Auftrag der Armee ab. Und daran wiederum bemessen sich benötigtes Material und Personal. Was gerade in der Ukraine passiert, hat gezeigt, dass Russland für die freie Welt hochgefährlich ist. Russland war immer gefährlich, man sprach allenfalls von friedlicher Koexistenz – bis die Aggressivität wieder mit Händen zu greifen war. Tschetschenien, Georgien, Syrien. Die Annexion der Krim war gewissermaßen die Generalprobe für den Überfall auf die Ukraine.

Müssen wir also unsere Strategie ändern?
Bisher hat die NATO Wert darauf gelegt, ein friedliches Miteinander mit Russland zu pflegen. Das ist vorbei. Unter sicherheitspolitischen Aspekten stellt sich die Frage, was Teheran im Nahen Osten und China im Indo-Pazifik vorhaben. Es gibt auf dieser Erde etliche Despoten, die unsere Werte und unsere Demokratie zerstören wollen. Sie werden jetzt genau beobachten, was in der Ukraine passiert und wie der Westen darauf reagiert. Auch darum ist unsere Unterstützung für die Ukraine so wichtig. Sie ist ein Zeichen an die Despoten dieser Welt, dass wir uns keinen Angriff auf unser Territorium gefallen lassen und keinen Millimeter preisgeben.

Wie sollen wir auf den Vorwurf reagieren, dass unsere Strategie zu einer weiteren Eskalation führen könnte?
Wenn Putin von Eskalation spricht oder vom Einsatz der Atombombe, dann dient das dazu, uns zu verunsichern. Den Gefallen dürfen wir ihm nicht tun. Putin hält die EU für ein komplettes Weichei. Schon allein, dass da 27 Staaten miteinander auf Augenhöhe sprechen, findet er verrückt. Aber jetzt merkt er, dass wir bereit sind, unsere Werte gemeinsam zu verteidigen. Die Lehre für uns aus diesem schrecklichen Krieg in der Ukraine ist: Ohne Mut und Risikobereitschaft gibt es keinen Frieden.

Deutschland erarbeitet jetzt seine erste nationale Sicherheitsstrategie. Wie oft wird man sie anpassen müssen?
Regelmäßig. Noch vor wenigen Jahren haben die meisten Militärstrategen gemeint, dass die Zeit der großen Panzerschlachten vorbei sei. Man ist davon ausgegangen, dass der Cyberkrieg alles beherrschen werde: Angriffe auf die Infrastruktur, Angriffe auf die Köpfe der Menschen, Angriffe auf die Netzwerke der Kommunikation etc. Außerdem wurde vor hybriden Kriegen und Terror gewarnt. All dies ist längst Realität, aber jetzt sehen wir auch wieder einen klassischen Krieg. Das zeigt, dass wir beides im Auge haben müssen. Vor allem aber brauchen wir eine voll ausgerüstete Armee.

Das kostet uns dann noch mehr Geld.
Das wird große Diskussionen auslösen. Vielleicht müssen sich manche erst einmal fragen, wie sie leben möchten. Aber eins ist klar: Wer frei sein will, muss wehrfähig sein. Als Liberale sollten wir uns an die Spitze der Freiheitsbewegung stellen. ■

Theresa Caroline Winter ist Themenmanagerin Vernetzte Sicherheit & Verteidigungspolitik bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

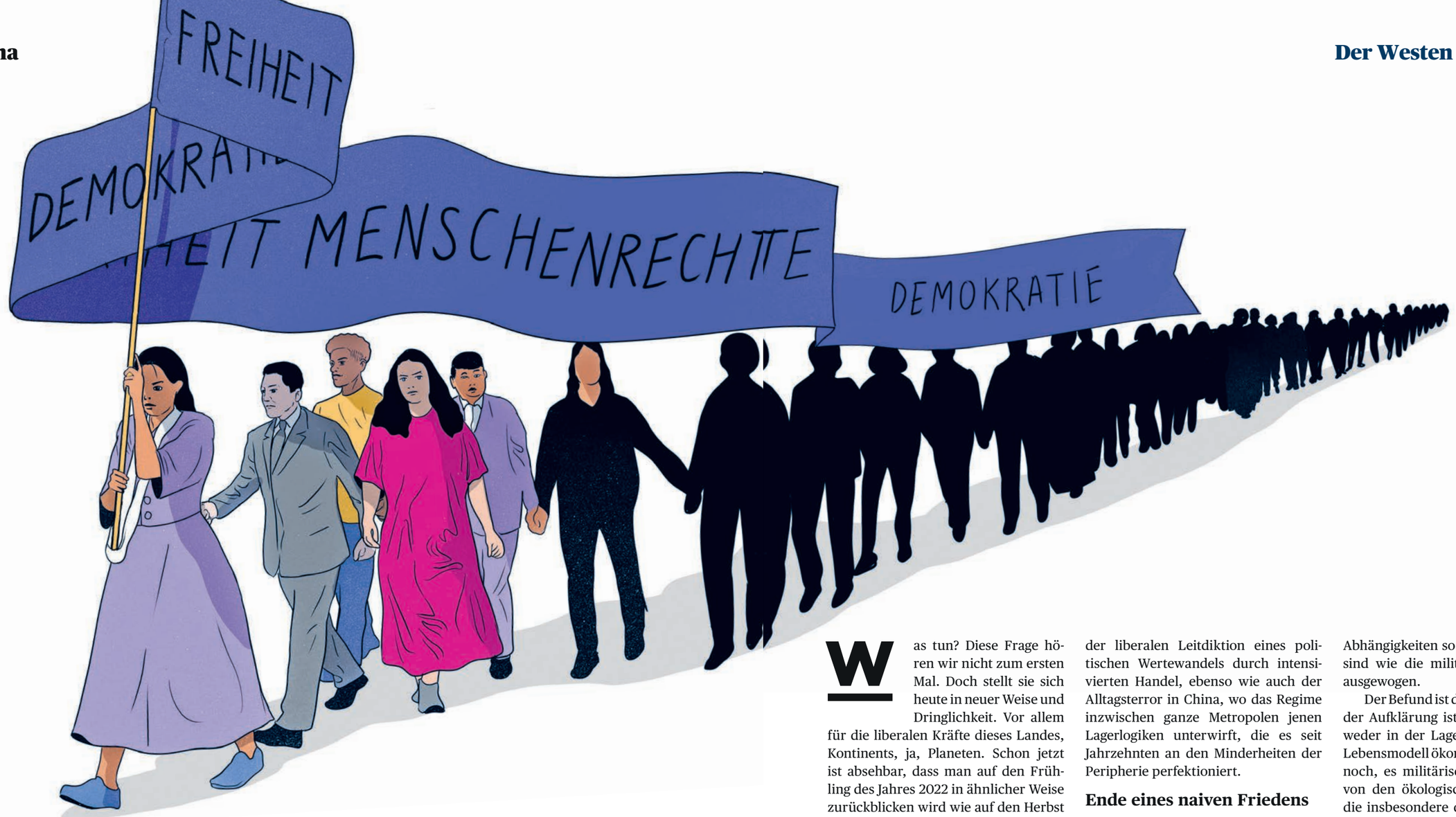


ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA

Dem Lichte zugewandt

Der russische Angriff auf die Ukraine ist eine Zeitenwende wie 1989. Jetzt muss Europa die Freiheit wie ein zartes Pflänzchen beschützen.

TEXT: WOLFRAM EILENBERGER

Was tun? Diese Frage hören wir nicht zum ersten Mal. Doch stellt sie sich heute in neuer Weise und Dringlichkeit. Vor allem für die liberalen Kräfte dieses Landes, Kontinents, ja, Planeten. Schon jetzt ist absehbar, dass man auf den Frühling des Jahres 2022 in ähnlicher Weise zurückblicken wird wie auf den Herbst des Jahres 1989: Er wird als eine Zeitenwende erscheinen, die das Ende einer lang gehegten Illusion besiegelt hat.

Damals markierte der Fall der Berliner Mauer den Abschied von der staatssozialistischen Illusion, mit den Mitteln zentralistischer Planung und fortwährender Freiheitsberaubung den Unterschied zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit produktiv einebnen zu können. Heute markiert Russlands Angriff auf die Ukraine die Aushöhlung der liberalen Leitdiktion eines politischen Wertewandels durch intensivierten Handel, ebenso wie auch der Alltagsterror in China, wo das Regime inzwischen ganze Metropolen jenen Lagerlogiken unterwirft, die es seit Jahrzehnten an den Minderheiten der Peripherie perfektioniert.

Ende eines naiven Friedens

Die Vorstellung, dass uns zunehmende globale Vernetzung und gegenseitige ökonomische Abhängigkeiten dem Kantischen Reich der Zwecke samt seines Ewigen Friedens Schritt um Schritt näher bringen, scheint haltlos im Raum zu stehen. Die einst regulative Hoffnung wirkt im politischen Tagesgeschäft nun wie verleugnende Rhetorik. Was nach dem Blick in den Abgrund bleibt, ist gerade aus zentraleuropäischer Sicht die schambelegte Einsicht, dass die Abhängigkeiten so wenig wechselseitig sind wie die militärische Schlagkraft ausgewogen.

Der Befund ist düster. Der Kontinent der Aufklärung ist im 21. Jahrhundert weder in der Lage, sein freiheitliches Lebensmodell ökonomisch zu erhalten, noch, es militärisch zu verteidigen – von den ökologischen Verheerungen, die insbesondere die zurückliegenden dreißig Jahre globaler Konsumexpansion irreversibel mit sich brachten, gar nicht zu reden.

Gerade die jüngere Generation europäischer Politiker und Politikerinnen – von Christian Lindner zu Emmanuel Macron, von Annalena Baerbock zu Sanna Marin, von Robert Habeck zu Pedro Sánchez – mag sich deshalb in einer Situation erkennen, die jener von Voltaires satirischem Romanhelden Candide aus dem 18. Jahrhundert ▸

bedrückend ähnelt. Wie der wohlbehütet in einem Fürstenschloss aufgewachsene Candide saugten auch diese jungen Parade-Europäer das Narrativ vom besten aller möglichen Nachkriegskontinente gleichsam mit der Muttermilch ein. Das Freiheitsjahr 1989, in dem auch die Erfindung des Internets neue, scheinbar unbegrenzte Horizonte freilegte, fiel in ihre prägenden Jugendjahre und verfestigte so das Möglichkeitsbewusstsein vom friedlichen Ende der Globalgeschichte.

Wehrhafter Bio-Bauer

Heute, da diese Vielgereisten des Elends dieser Welt ausreichend ansichtig wurden und durch das geopolitische Erdbeben der Invasion in die Ukraine endgültig aus ihrem dogmatischen Schlummer erwacht sind, liegt die Versuchung nahe, im eigenen Gestalten vorrangig auf eine defensive Logik nachhaltiger Einhegung und isolationistischer Selbstpflege zu setzen. Genau wie jene Romanfigur Candide, die sich am Ende der Weltreise, gründlich desillusioniert, auf ein Gut hinter dicke Mauern verkriecht. Seinem alten philosophischen Lehrer Pangloss, der ihm bei Tisch noch immer das hohe Lied der Globalisierung singt („Alle Begebenheiten in dieser besten aller möglichen Welten stehen in notwendiger Verkettung mit einander … sonst würden Sie hier jetzt nicht eingemachte Citronenschale und Pistazien essen"), erwidert er dort: „Alles schön und gut, aber wir müssen unseren Garten bestellen."

Zunächst den eigenen Garten bestellen – und beschützen. Selbsthilfe vor Fremdhilfe, Kultivierung des Eigenen vor abstrakter Fernstenliebe, produktive Schollenwahrung vor überfordernder Solidaritätsentgrenzung, lokale Eigenverantwortung vor globalen Steuerungsfantasien: Das sind alles an sich allzu nachvollziehbare, gar urliberale Intuitionen. Vor dem geistigen Auge erscheint so ein wehrhafter Bio-Bauer als kontemporäre Leitgestalt der europäischen Aufklärung – wäre da nur nicht das naturfrohe Bild des blühenden „Gartens", das allein schon jeden Gedanken an eine belastbare Fokussierung auf abgeschlossene eigene Einflusssphären als illusorisch erkennen lässt.

Die Welt von bald 10 Milliarden Menschen lässt sich nirgendwo noch auf Gartenmaß bewirtschaften.

Das gilt schon deshalb, weil den zunehmend trockenen und ausgelaugten heimischen Böden dann doch chemisch nachgeholfen werden muss. Und zwar vorrangig mit Stickstoff-Dünger aus der Ukraine, denkbar energieintensiv hergestellt auf Basis russischen Gases. Es gilt auch schon deshalb, weil genau jener ländlich verwurzelte Natur-Typus Mensch bei steigenden Energiepreisen mit als Erster auf die Barrikaden geht, um in seinem revolutionären Furor zugleich auch die ureigenen, universalen Leitwerte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bei geschwungener Mistgabel infrage zu stellen.

Bei allem Verständnis für angestaute Wut und neu erfahrene Ängste: Diese Welt von bald 10 Milliarden Menschen lässt sich nirgendwo noch auf Gartenmaß bewirtschaften, zurückstutzen oder gar lebenswert zurückmauern. Aus aufgeklärter Perspektive sind es in unserem 21. Jahrhundert gerade die ökologischen Herausforderungen, die jedem kontinentalen oder zivilisatorischen Autarkieansinnen auf absehbare Zeit die Grundlage entziehen. Ebenso lässt sich jede Fantasie, das Gedeihen der eigenen Lande und seiner Werte lasse sich künftig allein mit Waffen und Mauern schützen, als ausgedörrtes Phantasma vergangener Jahrhunderte

Es heißt, in der Art der klügsten und gewandtesten Gewächse stets den Kräften des Lichts zugewandt zu bleiben.

entlarven. Diese Welt wird ein einziger Garten sein – oder gar keiner. Es gibt unter den gegebenen Bedingungen auf diesem Planeten keinen Nationalliberalismus und nicht einmal einen tragfähigen Kontinentalliberalismus.

Für aufgeklärte Denker der Zukunft gilt es deshalb einmal mehr, eine Hoffnungshaltung zu kultivieren, die sich plastisch zwischen Pangloss und Candide hält. Es bedarf einer Haltung, die den Glauben an einen allmächtigen und allgütigen Gott nicht etwa durch ein sich selbst überlassenes, weltheilendes Markttreiben ersetzt und die sich auch nicht bloß als Folge einer gründlichen Desillusionierung politischer Kleingärtnerträume à la Candide ergibt.

Fühler ausgestreckt halten

Vielmehr heißt es, in der Art der klügsten und gewandtesten Gewächse stets den Kräften des Lichts zugewandt zu bleiben, die eigenen Fühler nach allen Seiten ausgestreckt zu halten. Es gilt, sich ganz generell als Teil eines globalen Lebensnetzes zu begreifen, das gerade aufgrund seiner inneren Vielfalt von besonderer Widerstandsfähigkeit gekennzeichnet sein wird. Mag die moderne Freiheit auch ein zartes Pflänzchen bleiben, bislang hat sie, selbst in dunkelsten Stunden, noch jede Mauer zu untergraben und jeden Angriff zu überwinden gewusst. ■

Wolfram Eilenberger ist Philosoph und Schriftsteller. Sein Buch „Zeit der Zauberer – das große Jahrzehnt der Philosophie (1919–1929)" erhielt den Bayerischen Buchpreis. Klett-Cotta, 25 Euro.

FOTO: MICHAEL HECK, REBECCA RÜTTEN

„Die Wirtschaftslage wird die amerikanischen Wahlen entscheiden"

Frauen haben zunehmend das Sagen bei den Midterm elections, glaubt David R. Goldfield. Ein Grund dafür, warum die Demokraten hoffen dürfen. Der Historiker wagt einen Ausblick auf die anstehenden Wahlen in den USA.

INTERVIEW: SASCHA TAMM

Herr Goldfield, in einigen Monaten finden in den Vereinigten Staaten die Parlamentswahlen statt. Wie wichtig sind internationale und globale Themen in diesem Wahlkampf?
Kaum. Das sehe ich schon bei den Studentinnen und Studenten. Amerikanische Studentinnen und Studenten sind meistens sehr provinziell. In North Carolina, wo ich lehre, kommen die meisten aus diesem Staat und interessieren sich vor allem für die Entwicklungen hier. Doch am 30. April haben wir sie in einer Umfrage sagen lassen, welche Themen für sie besonders wichtig sind. Zu unserer Überraschung tauchte die Ukraine auf der Liste der zehn wichtigsten Themen auf, an fünfter Stelle. Doch je länger der Krieg dauert, desto mehr wird das Interesse schwinden. Das Thema ist zudem eher interessant für jüngere Wähler. Für die Älteren zählen Themen wie die Inflation deutlich mehr. So gilt für den Wahlkampf: Es gibt drei wichtige Themen. Erstens die Wirtschaft, zweitens die Wirtschaft und drittens die Wirtschaft. Die Wirtschaftslage wird die amerikanischen Wahlen entscheiden, zusammen mit der Wahlbeteiligung.

David R. Goldfield
ist Professor für Geschichtswissenschaft an der University of North Carolina. Er betätigt sich außerdem als Schriftsteller und Filmregisseur.

Die Wahrheit ist, dass die Unterstützung der Latinos und Latinas für die Demokraten sinkt.

Im Präsidentschaftswahlkampf hatten sowohl Donald Trump als auch Joe Biden die Globalisierung kritisiert. Spielt das jetzt, in Zeiten großen Wirtschaftswachstums, ebenfalls noch eine Rolle?
Wir erleben derzeit in den Vereinigten Staaten eine Veränderung in der Wahrnehmung der Globalisierung. Im Jahr 1972 begannen zwei junge Demokraten, Gary Hart und Bill Clinton, über die Auswirkungen der damals erst kommenden Globalisierung auf die amerikanische Wirtschaft zu sprechen. Sie hielten die Globalisierung für eine sehr gute Sache. Heute wissen wir, dass es insgesamt eine gute Entwicklung war. Aber es gibt negative Erscheinungen – bei der Beschäftigung, bei den Lieferketten. Und es gibt Bedenken, dass wir vielleicht zu weit gegangen sind. Heute sehen viele Menschen beispielsweise den Bau von neuen Fabriken in Mexiko als Ursache für den Verlust von Jobs hier. Dabei haben unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Mexiko in Wirklichkeit mehr Jobs in den Vereinigten Staaten geschaffen – aber die Jobs haben sich verändert. Was Präsident Biden angeht, so hat er seit Beginn seiner politischen Karriere eine enge Verbindung zur Arbeiterschaft in den traditionellen Industrien und zu den Gewerkschaften. Das hat Einfluss auf seine Politik hinsichtlich der Globalisierung.

Wird die Bedrohung durch China als globaler Konkurrent ein Thema sein?
Nein. Wenn Amerikaner derzeit an Außenpolitik denken, denken sie an Russland. China ist nicht sehr populär in den Vereinigten Staaten. Aber das schlechte Image Chinas ist mehr durch das Coronavirus bedingt als durch irgendwelche wirtschaftlichen und geopolitischen Faktoren. ▸

Bei den Parlamentswahlen, den sogenannten Midterm elections, verliert meist die Partei des amtierenden Präsidenten. Wird es auch diesmal so kommen?
Wenn wir in die Geschichte seit 1946 schauen, so hat in diesen 76 Jahren die Partei des Präsidenten nur zweimal Sitze im Repräsentantenhaus und im Senat hinzugewonnen. Einmal davon geschah das nach den Anschlägen vom 11. September 2001, also unter sehr außergewöhnlichen Umständen. In diesem Jahr haben wir ebenfalls außergewöhnliche Umstände, aber wohl nicht in diesem Ausmaß.

Ist der Eindruck richtig, dass die religiöse Zugehörigkeit politisch eine immer größere Rolle spielt?
Nach unserer Verfassung gilt bei uns die Trennung zwischen Kirche und Staat. Aber es gab niemals eine Trennung zwischen Religion und Politik. Religion spielt schon länger eine gewaltige Rolle im politischen Prozess. Dazu nur ein Beispiel: Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 wählten 80 Prozent der evangelikalen Christen Donald Trump, 2020 sogar 81 Prozent. Jüdische Wählerinnen und Wähler entschieden sich 2016 zu 69 Prozent für Hillary Clinton, vier Jahre später stimmten 71 Prozent für Joe Biden. Die verschiedenen politischen Sympathien reflektieren nicht nur Unterschiede zwischen den Religionen, sondern auch ihre Geschichte in den Vereinigten Staaten. So hat die jüdische Wählerschaft mehrheitlich demokratische Kandidaten unterstützt, seit sie im Jahr 1832 für Andrew Jackson stimmte. Er hatte sich gegen die Idee gewehrt, Juden und Katholiken von Wahlen auszuschließen.

Erwarten Sie diesmal eine große Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern?
Die Wahlbeteiligung bei Midterms war immer sehr niedrig. Doch es gab eine wichtige Ausnahme – 2018. Damals lag die Wahlbeteiligung bei mehr als 47 Prozent. Das mag nicht viel erscheinen, doch für Midterms ist es sehr viel. Prognosen sagen derzeit, dass die Wahlbeteiligung wieder ungefähr so hoch sein könnte.

Ein Drittel der Wählerschaft der Republikaner folgt Donald Trump bedingungslos.

Bei den Midterms 2018 gab es vor allem eine Pro- und Anti-Trump-Mobilisierung. Existiert diese immer noch, auch wenn er nicht mehr im Amt ist?
Sie existiert noch, aber nicht in demselben Ausmaß. Wenn die Demokraten glauben, nur mit einer Anti-Trump-Stimmung Menschen in die Wahllokale zu bringen, so wird das wahrscheinlich nicht funktionieren. Es müssen andere Wahlmotive her.

Könnte die Auseinandersetzung um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein solches Motiv sein?
Das ist sehr gut möglich. Der Schlüssel zum Gewinn von allen nationalen Wahlen sind die in den Vororten lebenden Frauen. Seit 1970 sind die Vereinigten Staaten ein Land der Vororte, der „Suburbs“. Dort leben mehr Menschen als in den Städten und auf dem Land. Frauen in den Suburbs wählen öfter als Männer, und sie bilden die Mitte des Wählerspektrums. Sie unterstützten in den Achtzigern Ronald Reagan, 2008 und 2012 jedoch Barack Obama. Im laufenden Jahr war ihr Interesse an den Wahlen nicht besonders groß – bis das Thema Schwangerschaftsabbruch relevant wurde. Das Thema wird zumindest für die Wahlbeteiligung eine Rolle spielen, besonders mit Blick auf weiße Frauen aus den Suburbs. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokraten.

Wie wirkt sich die verschiedene ethnische Herkunft der amerikanischen Bevölkerung aus, von Lateinamerikanern, farbigen Menschen oder Menschen mit asiatischem Hintergrund?
Nach der Volkszählung 2010 sagte jeder: „Demografie ist Schicksal, und die Republikaner werden für immer in der Minderheit sein.“ Und ich höre oft, dass die Demokraten die Stimmen der Latinos oder der Asiaten oder irgendeiner anderen Gruppe sicher haben. Das ist nicht wahr. Die Wahrheit ist, dass die Unterstützung der Latinas und Latinos für die Demokraten sinkt.

In 76 Jahren hat die Partei des Präsidenten nur zweimal Sitze bei Midterms hinzugewonnen.

Die größte Unterstützung haben die Demokraten unter den jüdischen und den muslimischen Wählerinnen und Wählern – stabil mehr als 70 Prozent. Die Unterstützung seitens der spanischstämmigen Wählerschaft geht dagegen zurück, besonders bei den Männern. Die Ursache dafür ist, dass bei ihnen ihre römisch-katholische Religion eine wesentliche Rolle spielt und dass für sie die Familie eine hohe Bedeutung hat. Die Republikaner ziehen Nutzen daraus, dass in dieser Gruppe beispielsweise große Vorbehalte gegenüber gleichgeschlechtlichen Ehen bestehen. Die Wählerinnen und Wähler mit asiatischem Hintergrund sind sehr divers, wählen aber tendenziell demokratisch, zu etwa 60 Prozent. Georgia hat jetzt zwei demokratische Senatoren – vor allem wegen der asiatischen Wählerschaft in den Suburbs von Atlanta. Doch sie sind in vielen sozialen Fragen eher konservativ. Hier liegt einiges Potenzial für die Republikanische Partei.

Welchen Einfluss hat Trumps öffentliche Unterstützung für bestimmte Kandidatinnen und Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen?
Ein Drittel der Wählerschaft der Republikaner folgt Donald Trump bedingungslos. Für ein weiteres Drittel ist seine Meinung wichtig, sie geht in ihre Wahlentscheidung ein. Historisch betrachtet haben weder im Amt befindliche noch ehemalige Präsidenten wie Trump keine besonders wichtige Rolle gespielt. Die Menschen sind auf lokale Fragen fokussiert, sie wählen ihre Repräsentanten. Gleichzeitig gibt es diese fast kulthafte Verehrung für Trump. Das wird eine Rolle spielen. Wie wir bei den Vorwahlen sehen, sind die Ergebnisse indes gemischt. ■

Sascha Tamm ist Referatsleiter Transatlantischer Dialog und Lateinamerika bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

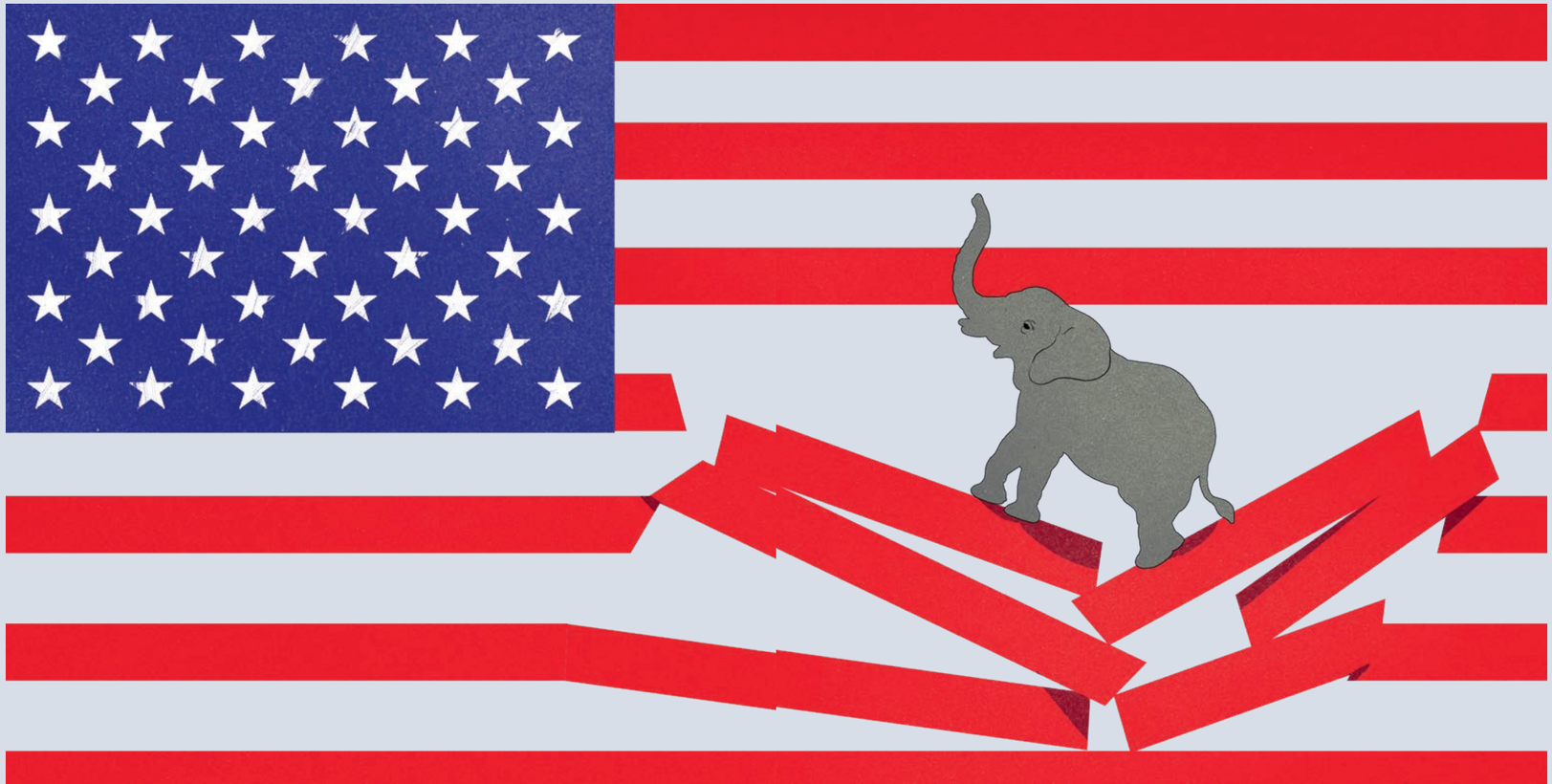


ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA

Die Globalisierung stockt und stottert

Die weltwirtschaftliche Integration steckt in einer Krise. Da muss sie raus – verändert und verbessert. Den Weg dahin kann der marktwirtschaftliche Westen ebnen, auch durch wertebasierte Geopolitik.

TEXT: KARL-HEINZ PAQUÉ

ILLUSTRATION: EMMANUEL POLANCO/SEPIA

Eigentlich sollte es niemanden überraschen. Prozesse der weltwirtschaftlichen Integration schwanken. Mal gehen sie schneller, mal langsamer, mal stocken sie vorübergehend, und manchmal machen sie auch riesige Rückschritte. So war es in der verheerenden Zwischenkriegszeit, die niemals mehr an der bereits erreichten Globalisierung vor 1914 anknüpfen konnte und in einem Spinnennetz der Autarkie schließlich mit dem Zweiten Weltkrieg endete.

Das ist jene Horrorvision, die eine besorgte Öffentlichkeit auf jede Bremsung der globalen Integration mit höchster Aufmerksamkeit reagieren lässt. So mehrten sich schon während des Jahrzehnts nach der Weltfinanz- und Schuldenkrise der Jahre 2008 bis 2011 die warnenden Stimmen, die von De-Globalisierung sprachen, weil der Welthandel nicht mehr im alten dynamischen Tempo expandierte und zum Teil sogar schrumpfte.

Hinzu kamen Donald Trumps Protektionismus, der Staatskapitalismus Chinas sowie eine zunehmende Machtlosigkeit der multilateralen Handelsordnung der WTO. Das Londoner Magazin „The Economist“ urteilte vorsichtiger und prägte 2019 den Begriff „Slowbalisation“ – mit dem Titelbild einer Weltwirtschaft als Schnecke. Das war ein seinerzeit treffendes Bild.

Inzwischen sind neue Schläge gegen die Integration hinzugekommen. Ab 2020 zertrümmerte Corona zumindest vorübergehend die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten vieler Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Zum Teil sind diese bis heute nicht voll wiederhergestellt, zumal China noch in jüngster Zeit ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung ganze Metropolregionen wie Schanghai in den wochenlangen Lockdown schickte und aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung heraushebelte.

Den Gipfel aber lieferte Wladimir Putin mit seinem Eroberungskrieg gegen die Ukraine, der ein gewaltiges Paket der Sanktionen nach sich zog und die Integration Russlands in die europäische Energieversorgung auf Dauer infrage stellt. Es war die machtvolle Rückkehr der Geopolitik auf die Bühne der Weltwirtschaft und zudem einer globalen Inflation, getrieben durch Energiepreise.

Aus Krisen gelernt

Auch das ist bei nüchterner Betrachtung nicht komplett neu. Denn schon einmal erlebte die Weltwirtschaft nach Jahrzehnten der erfolgreichen Expansion und Integration einen schweren doppelten Rückschlag: 1973/75 mit der ersten Ölkrise im Gefolge des Jom-Kippur-Kriegs und 1980/82 mit der zweiten Ölkrise im Zuge des irak-iranischen Konflikts. Damals kam es zu zwei tiefen Rezessionen, der internationale Handel stockte, und die Inflationsbekämpfung im Westen mit scharf ansteigendem Dollarkurs führte zu großen Turbulenzen in der Weltwirtschaft – bis hin zu Schuldenkrisen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Interessant allerdings war, dass es dabei eben nicht zu einem dauerhaften Zusammenbruch der Integration wie in der Zwischenkriegszeit kam. Im Gegenteil, der marktwirtschaftliche Westen reagierte mit einer grundlegenden Wandlung seiner Produktionsstruktur und Produktpalette – weg vom Öl und hin zu moderner Technologie. Genau dies legte dann die Grundlage für den dynamischen Schub der Globalisierung, der einige Zeit danach ab den frühen Neunzigerjahren eintrat, nachdem der kommunistische Osten gerade wegen seiner Unfähigkeit zum marktwirtschaftlichen Strukturwandel ökonomisch und politisch zusammengebrochen war.

Wichtig dabei: Es war gerade die Krisenzeit, die jene gewaltigen Anpassungen in Bewegung setzte, deren es bedurfte, um schneller wieder auf die Beine zu kommen, also resilienter zu werden. Es war eben nicht die lange Epoche des schnellen Wachstums in die Breite, sondern die kritische Phase des Stockens und Stotterns, die auf einen neuen – und nachhaltigen – Pfad der Entwicklung führte. Im Ergebnis liegt darin kein schlechtes Vorbild für heute, auch wenn man das Knirschen und Knattern der damaligen Politik nicht vergessen darf. Die Siebziger- und Achtzigerjahre waren im Westen eine unglückliche Phase schwerster Konflikte und Irrtümer, im Ergebnis waren sie aber eben auch der Beginn eines erneuerten Wegs zu mehr Resilienz.

„Die Geopolitik kehrt machtvoll auf die Bühne der Weltwirtschaft zurück.

„Die Werte des Westens sind Werte der gesamten Menschheit.

Strategie und Ziel des Westens: Einigkeit

Wessen bedarf es heute auf dem Weg zu mehr Resilienz? Zunächst vor allem der Einigkeit. Diese hat der Westen gegenüber Putin in erstaunlicher Weise bewiesen, viel mehr als viele skeptische Analysten und Beobachter vermuteten. Putins aggressiver imperialistischer Krieg gegen die Ukraine hat überall im Westen das Bewusstsein dafür geschärft, dass wir unsere Werte von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft gemeinsam verteidigen müssen. Und der mutige Widerstand der Ukrainer gegen die russische Invasion hat einmal mehr bewiesen, wie attraktiv für andere diese Werte der Freiheit sind. Der „Westen“ steht keineswegs allein und isoliert da. Seine Werte sind die Werte der Menschheit.

In diesem neuen Selbstbewusstsein der Werte liegt ein stabiler Grund für den Ausbau der Globalisierung – im Geist eines freiheitlichen Multilateralismus. Im Kern geht es darum, dass der Westen darin die in aller Welt führende Rolle übernimmt. Er muss gegenüber einem imperialistischen Russland und einem staatskapitalistischen China jene Standards setzen, die langfristig den Rahmen für eine dynamische Weiterentwicklung der Weltwirtschaftsordnung bilden. Die Einigkeit muss also konkrete Ergebnisse nach sich ziehen.

Wir brauchen pragmatische Fortschritte, nicht umfassende Umwälzungen. Nicht die ganze Komplexität des modernen internationalen Handels sollte sich in neu zu schließenden internationalen Abkommen widerspiegeln, sondern der unbedingte Wille zu mehr Freiheit und Integration. Nicht umfassende Vertragswerke – sogenannte Comprehensive Agreements – sind nötig, wohl aber starke Impulse für fairen Handel und konstruktive Zusammenarbeit.

Da wurde in der Vergangenheit viel falsch gemacht. So etwa in den transatlantischen Handelsbeziehungen: Beim Versuch, die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zum Abschluss zu bringen, verhedderten sich ▸

Das Bekenntnis zu den Regeln der WTO gehört zum eisernen Bestand eines westlichen Wertekanons.

die EU und die Vereinigten Staaten in den Fallstricken der eigenen Sensibilitäten, was Hygienevorschriften im Handel mit Lebensmitteln sowie Regeln der öffentlichen Auftragsvergabe und der Schiedsgerichtsverfahren betrifft, statt diese pragmatisch zu umgehen oder besonders sensible Bereiche einfach auszuschließen. Bei CETA, dem analogen Handelsabkommen der EU mit Kanada, steht noch immer die Ratifizierung aus, weil Kritiker aufseiten der Grünen ökologische Detailbedenken äußern. Hier muss – unter Freunden – die Priorität neu bewertet werden: In einer Welt, in dem Imperialismus und Staatskapitalismus allgegenwärtig sind, dürfen Handelsabkommen nicht an derartigen Kleinigkeiten scheitern – sonst droht wirklich der Rückfall in die Dreißigerjahre.

Ähnliches gilt für neue Handelsabkommen und Partnerschaften mit Drittländern Afrikas und Asiens sowie Lateinamerikas. Um diese Regionen der Welt hat es in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten einen rücksichtslosen „Wettlauf der Sympathie“ gegeben – mit allen Mitteln der werbenden Umarmung, die China und Russland einsetzten, vor allem in Afrika. Die Zwischenergebnisse dieses Wettlaufs lassen sich übrigens am Stimmverhalten afrikanischer Länder bei der Bewertung des russischen Überfalls auf die Ukraine ablesen: Die Mehrheit enthielt sich in der UN-Vollversammlung der Stimme, und zwar nicht wegen besonderer Sympathie für Putins Aggression, sondern weil man nicht in die politische Front von zwei Großmächten geraten wollte, die vor Ort kräftig investiert haben.

Die politischen Initiativen der Vereinigten Staaten und erst recht der EU wirken demgegenüber eher kleinteilig und zögerlich. Nach außen erscheinen sie oft genug wie paternalistische Anstrengungen ehemaliger Kolonialmächte, die mehr dem entwicklungspolitisch sensiblen Publikum zu Hause als den Menschen vor Ort gefallen sollen. Hier bedarf es eines grundlegenden Neustarts, der die Bedeutung des globalen Südens auch geopolitisch in den Blick nimmt. Denn sonst läuft der „Westen“ auf Dauer Gefahr, große Teile der Weltwirtschaft chinesischem und russischem Einfluss zu überlassen – mit verheerenden Folgen auch für die betroffenen Länder selbst. Diese geraten immer stärker in fatale Abhängigkeiten, die insbesondere China kaltblütig ausnutzt, um sich Quellen für wichtige Ressourcen der eigenen Hochtechnologie zu sichern.

Es wird deshalb Zeit, bereits im Entwurf vorliegende Freihandelsverträge pragmatisch und zügig abzuschließen, so etwa das EU-Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Lateinamerikas. Mehr muss dann folgen: eine Investitionsoffensive im südlichen Mittelmeerraum, ein Freihandelsabkommen mit Indien, weitere Verträge mit einer Vielzahl von Ländern des globalen Südens. Es gilt, über Kontinente hinweg ein Netzwerk der Interdependenz zu schaffen, das in Handel und Direktinvestitionen die konstruktive Rolle Europas stärkt – sei es in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Wichtig ist dabei, dass die europäischen Länder glaubwürdig aus ihrer traditionellen Rolle als ehemalige Kolonialmächte heraustreten und dass die Verträge einen Geist der Gleichberechtigung atmen. Nur so hat man eine Chance, der gewaltig gestiegenen Rolle Chinas in den Entwicklungs- und Schwellenländern der Welt das nötige Gewicht entgegenzusetzen.

Durchsetzen von WTO-Regeln

All dies muss sich nach den Regeln der World Trade Organisation (WTO) abspielen – und nicht als Ersatz für diese. Zu Recht gehört das Bekenntnis zu den multilateralen Regeln der WTO zum eisernen Bestand eines westlichen Wertekanons. Spätestens seit ihrer Gründung 1995 als internationale Organisation (und Rechtsnachfolgerin des 1947 abgeschlossenen General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) hat die WTO eine überragende Stellung als globaler Garant des fairen Handels, unterstützt durch ihre richterlich gesicherten Mechanismen der Streitschlichtung.

Allzu lange wurde die WTO durch die „America First“-Politik von Donald Trump geschwächt und in ihren Investitionsregeln von China missachtet, ohne dass der Westen daran Anstoß nahm. Auch damit muss es vorbei sein: Fairer Welthandel, der dieses Attribut verdient, muss nach liberalen multilateralen WTO-Regeln ablaufen, und diese müssen auch durchgesetzt werden. Dafür lohnt sich der politische Kampf, sei es gegenüber amerikanischen Rechtspopulisten oder chinesischen Staatskapitalisten.

Alles in allem: Die Agenda für den Westen ist gewaltig. Sie abzuarbeiten wird Zeit brauchen. Aber es wird sich lohnen, denn es war schon in der Vergangenheit vor allem die weltwirtschaftliche Integration, die Milliarden von Menschen die Chance eröffnet hat, aus bitterer Armut in einen wenigstens bescheidenen Wohlstand hineinzuwachsen. So muss es auch in Zukunft sein – auf dem Weg zu einem breiten Mittelstand in aller Welt. Die Globalisierung muss weitergehen, aber bitte in Freiheit. ■

Karl-Heinz Paqué ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er ist Volkswirt mit einem Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft. Die weltwirtschaftliche Entwicklung beschäftigt ihn seit seinem Studium in den Siebzigerjahren. Die Globalisierung ist eines seiner Lebensthemen. Seine Meinung: Sie darf und sie wird nicht scheitern.

FOTO: SATELLITE IMAGE ©2022 MAXAR TECHNOLOGIES/AFP

Kriegsverbrechen verjähren nicht

Zusammen mit Gerhart Baum, Bundesinnenminister a. D., hat Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin a. D., Strafanzeige gegen Wladimir Putin und seine Schergen erstattet. Die russischen Kriegsverbrechen sollen nicht ungesühnt bleiben.

TEXT: SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER

Mit dem Inkrafttreten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) am 1. Juli 2002 können Personen, die an einem bewaffneten Konflikt mitwirken, vor dem IStGH angeklagt werden. Das gilt für Regierungsmitglieder, Befehlshaberinnen und Befehlshaber oder Soldatinnen und Soldaten. Seither hat der IStGH vorwiegend gegen Warlords und Milizionäre, aber auch gegen Staatschefs ermittelt und einige Urteile mit Haftstrafen ausgesprochen.

Doch der IStGH ist mangels Kapazitäten auch auf die Unterstützung durch die Vertragsstaaten angewiesen. Dadurch kommt der zusätzlichen nationalen Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen große Bedeutung zu. Gemeinsam müssen nationale Staatsanwaltschaften und der internationale Chefankläger gegen das im Krieg begangene Unrecht gegen Zivilisten mit der Stärke des Rechts vorgehen.

Das Weltrechtsprinzip („Universalitätsprinzip“) versetzt Deutschland rechtlich in die Lage, das nationale Strafrecht auch auf Sachverhalte anzuwenden, die keinen spezifischen Bezug zum Inland haben, bei denen also weder der Tatort im Inland liegt („Territorialitätsprinzip“) noch der Täter oder das Opfer die Staatsangehörigkeit des betroffenen Staates besitzen („Personalitätsprinzip“). Der Generalbundesanwalt kann in Deutschland die Delikte verfolgen, die unmittelbar nach dem Völkerstrafrecht strafbar sind, also Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Und er tut dies auch. So verurteilte das OLG Stuttgart im September 2015 den ruandischen Rebellenführer Ignace Murwanashyaka und seinen Stellvertreter Straton Musoni wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Im Januar 2022 verurteilte das OLG Koblenz den ehemaligen Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes Anwar R. unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft.

Gerhart Baum und ich haben in unserer Strafanzeige zunächst 32 Männer und eine Frau namentlich genannt, darunter Putin, die Außen-, Verteidigungs- und Innenminister, Kommandeure und Befehlshaber. Es folgen mit detaillierten Bezeichnungen Divisionen und Brigaden der russischen Luftlandetruppen, des Heeres, der Luftwaffe und der Marine. Diese Liste dürfte noch wachsen. ▸

Auszüge aus der Strafanzeige gegen 33 Personen – unter ihnen Präsident Putin:

Eine Haftung als mittelbare Täter kraft Organisationsherrschaft gem. § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB ist naheliegend. Sie ist anzunehmen, wenn eine Person innerhalb eines organisatorischen Machtapparates regelhafte Abläufe auslöst, die zur Begehung einer Straftat führen. Diese Täterschaftsform kann, wenn sie von mehreren Personen gemeinsam ausgeübt wird, auch in der Form mittelbarer Mittäterschaft oder Mittäterschaft in mittelbarer Täterschaft bestehen. Die Rechtsprechung hat die mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft umfangreich anerkannt und fortentwickelt und dabei auch deutlich gemacht, dass auch Entscheidungsträger auf mittleren Hierarchieebenen eines Machtapparates mittelbare Täter sein können. Zudem hat der Bundesgerichtshof auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit mehrerer Hintermänner, die in Gremien- oder Ausschusssituationen durch ihr Abstimmungsverhalten staats- und politiktragende (rechtswidrige) Befehle verabschiedet haben, gleich in seinem ersten Fall bejaht. Die angezeigten Personen nehmen unterschiedliche Positionen im russischen Staatsapparat ein. Die meisten der Angezeigten sind offiziell, also de facto und de jure in den Apparat eingebunden und bekleiden dort hohe politische und militärische Ämter. Andere Angezeigte gehören den mittleren Hierarchieebenen des russischen Militärs an. (...)

Befehle ausführen
Für alle Angezeigten muss davon ausgegangen werden, dass sie in reibungslos funktionierende staatliche Entscheidungsstrukturen eingebunden sind. Im Rahmen dieser Strukturen werden die Entscheidungen des Angezeigten Putin als Staatsoberhaupt durch die Mitglieder des nationalen Sicherheitsrates der Russischen Föderation angenommen und anschließend in der staatlichen administrativen und militärischen Hierarchie „nach unten“ weitergegeben. Dabei werden die Entscheidungen auf den nachfolgenden Ebenen weiter konkretisiert und zwischen den verschiedenen Zweigen des Staatsapparates abgestimmt. Die Angezeigten unterhalb der Ebene der Mitglieder des nationalen Sicherheitsrates nehmen dann eigenständige Entscheidungspositionen innerhalb des Machtapparates ein. (...)

Die überwältigende Anzahl von möglichen Straftaten gegen die Zivilbevölkerung geht weit über die hier angezeigten Taten hinaus. Zahlreiche dieser Taten legen eine vollständige Indifferenz der Ausführungstäter gegenüber den Personen und Objekten nahe, die durch das humanitäre Völkerrecht geschützt sind. Insbesondere die offenbar gezielte Tötung von Zivilpersonen, die Wahllosigkeit bei diesen Tötungen sowie der großflächige Beschuss rein zivil genutzter Stadtviertel lassen es äußerst naheliegend erscheinen, dass diese Taten in Ausführung von Plänen und Anordnungen begangen werden, die auf höchster staatlicher Ebene erteilt und auf zahlreichen nachfolgenden Hierarchieebenen konkretisiert wurden. Dazu wurden und werden auch weiterhin die festgelegten regelhaften Abläufe des russischen Staates und seiner Militärmaschinerie genutzt, was im Ergebnis auch den höchsten Ebenen von Entscheidungsträgern im Staat – normativ betrachtet – die Kontrolle, also die Tatherrschaft, über die begangenen Taten zusichert. (...)

Für die unmittelbar im Konflikt handelnden russischen oder russisch kontrollierten Kämpfer kommt, bei unmittelbarer Beteiligung an den Angriffshandlungen in den dargestellten Fällen, zunächst eine unmittelbar täterschaftliche Haftung in Betracht (§ 25 Abs. 1 Alt. 1 StGB). Zusätzlich besteht grundsätzlich jedenfalls ein Anfangsverdacht der Beihilfe (§ 3 VStGB iVm § 27 Abs. 1 StGB) zu den o. g. Taten. Denn sowohl bei einer Beteiligung an den unmittelbaren Kampfhandlungen in der Ukraine als auch bei unterstützenden Tätigkeiten innerhalb der militärischen Operationen der russischen und russisch kontrollierten Truppen besteht die Möglichkeit, dass Kämpfer Beiträge erbracht haben, die die Begehung der oben geschilderten Taten jedenfalls gefördert haben. Dabei besteht auch die Möglichkeit, dass die Förderung solcher etwaiger Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen jedenfalls bedingt vorsätzlich stattfand. (...)

Immunität gibt es nicht
Eine materielle oder funktionale Immunität (ratione materiae) für Völkerrechtsverbrechen, die aus staatlichen Ämtern heraus begangen werden, existiert nicht: „Verbrechen gegen das Völkerrecht werden von Menschen und nicht von abstrakten Wesen begangen.“ Deswegen können auch höchste staatliche Amtsträger, die Völkerstraftaten in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen befehlen, individuell strafrechtlich verantwortlich sein. (...) Die nur zeitlich wirkende persönliche Immunität (ratione personae) gem. §§ 18 Abs. 1, 20 Abs. 2 GVG ist auf Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Minister begrenzt, sodass sie für zahlreiche der hier angezeigten Personen überhaupt nicht, d. h. auch gegenwärtig nicht gilt. Für die Angezeigten, Wladimir Wladimirowitsch Putin, den Ministerpräsidenten Michail Wladimirowitsch Mischustin und die Minister der Russischen Föderation endet diese Immunität in dem Moment, in dem sie ihr Amt verlassen. Bis dahin verjähren die von ihnen geplanten, organisierten, befohlenen und durchgeführten Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen gem. § 5 VStGB nicht. (...) ■

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Juristin und Bundesjustizministerin a. D. Für ihr Engagement wurde sie u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Seit Januar 2019 ist sie Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.

Gesellschaft

FOTO: SEAN GALLUP/GETTY IMAGES, STEFAN ZIESE/PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER, JENS SCHLUETER/GETTY IMAGES

Maren Jasper-Winter

Rechtlich unsicher

Das Gesetz legt Ärztinnen und Ärzten in Deutschland bei Abtreibungen Fesseln an. Die geplante Reform reicht nicht aus.

KOMMENTAR / S. 36

Maike Rademaker

Mehr Katastrophe als Schutz

Wir sind nur schlecht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

REPORT / S. 30

Eckhard Jesse

Jede Stimme zählt

Der Bundestag darf nicht immer weiter wachsen. Eine Reform ist auch aus anderen Gründen nötig.

ANALYSE / S. 33

Ein ehemaliger Schutzraum im Keller des Rathauses von Saterland, einer niedersächsischen Gemeinde bei Oldenburg. Heute wird er als Lager genutzt.

FOTO: SINA SCHULDT/PICTURE ALLIANCE/DPA

Mehr Katastrophe als Schutz

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland funktioniert – noch. Auf die komplexen Herausforderungen der Zukunft sind weder Akteure noch Bevölkerung gut vorbereitet.

TEXT: MAIKE RADEMAKER

Die nächste Katastrophe könnte schon vor der Tür stehen. Etwa ein Cyberangriff wie 2020 in Israel, als Hacker die Wasseranlagen des Landes attackierten, um das Trinkwasser zu verseuchen. Die Katastrophe könnte aber auch eine Dürre sein, die über Jahre heranschleicht.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hält eine solche Dürre für ein „durchaus realistisches Ereignis“, wie es in einer Risikoanalyse heißt. Sie könnte gravierende Auswirkungen haben: Tote, Hilfebedürftige, Stromausfälle, weil die Kraftwerke nicht gekühlt werden können, kein Transport mehr auf Schiffen, schlechte Ernten, steigende Preise. Und lokal könnte auch die Trinkwasserversorgung ausfallen.

Notbrunnen und Vorräte

Ohne Essen hält es der Mensch drei Wochen aus. Ohne Trinken kaum zwei Tage. Für den Fall von Trinkwasserproblemen ist daher vorgesehen, dass entweder Wassertankwagen einspringen oder dass auch Trinkwassernotbrunnen genutzt werden. Von diesen Brunnen gibt es in ganz Deutschland 5200 Stück, größtenteils in Ballungszentren. Das reicht, um einige Tage 30 Prozent der Bevölkerung zu versorgen – wenn jede Person 15 Liter pro Tag bekommt. Allerdings sind die 30 Prozent nur ein Durchschnittswert. Bremen und Hamburg haben es gut, da werden alle versorgt, woanders sind es weniger als 30 Prozent.

Voraussetzung ist so oder so, dass die Brunnen funktionieren. In Berlin versagen 400 von 2000 dieser Brunnen. Übrig bleibt dort dann nur noch die Eigenvorsorge, die das BBK immer wieder fordert, der Vorrat, den alle zu Hause haben sollten. Doch laut einer Umfrage des Forschungsunternehmens YouGov sind nur 16 Prozent der Bevölkerung nicht nur im Hinblick auf das Wasser, sondern auch auf sonstige Vorräte, Taschenlampen und Medikamente auf Notfälle vorbereitet.

Das ist der Bevölkerungsschutz in Deutschland: In vielen Studien sind potenzielle Gefahren und Szenarien beschrieben, sogar geübt. Es gibt Risikoanalysen und Grünbücher. Es geht darin um normale bis extreme Hochwasser, um Starkregen, um Waldbrände, um Erdbeben, um Pandemien, um Cyberangriffe und wie man damit umgeht. Seit dem Krieg in der Ukraine wird außerdem auch wieder über Schutzbunker gesprochen. In Deutschland gibt es 599 Bunker, das reicht für rund 450 000 Menschen – bei einer Bevölkerung von mehr als 83 Millionen.

> **In Deutschland gibt es Bunker für 450 000 Menschen – bei einer Bevölkerung von mehr als 83 Millionen.**

Schlecht gewappnet

Dabei ist Forschern und Verwaltung längst klar, dass die Gefahr umfassender Katastrophen enorm gewachsen ist, durch die Klimakrise, durch Terror und infolge der Digitalisierung. Zwar hat man sich auf viele altbekannte Situationen relativ gut eingerichtet: Rund 1,7 Millionen Menschen engagieren sich – oft ehrenamtlich – in Feuerwehren, im Technischen Hilfswerk und in den Rettungsdiensten. In den Landkreisen werden Feldbetten, Sandsäcke und Notvorräte gelagert; Katastrophenschutz ist Ländersache. Aber für die neuen, komplexen und extremen Herausforderungen ist Deutschland nicht gewappnet, obwohl Expertinnen und Experten seit Jahren warnen.

Es gebe, hieß es schon 2010 vom BBK, kein konkretes Schutz- und Interventionsziel, kein modernes Planungswissen und auch keine modernen Planungsinstrumente. Und die „überwältigende Mehrheit der Bevölkerung“ weiß weder, wie sie sich verhalten soll, noch sorgt sie vor. Dabei zeigt das Warnsystem, wie schlecht die Lage ist. Bis 1990 heulten in Deutschland probehalber regelmäßig 80 000 Sirenen. Als ▸

Checkliste

Diese Liste basiert auf einer Empfehlung der Bundesregierung.

RUNDFUNKGERÄT

	VORHANDEN
Radio mit Batteriebetrieb oder Kurbelradio	☐
Reservebatterien	☐

HAUSAPOTHEKE

	VORHANDEN
DIN-Verbandskasten	☐
vom Arzt verordnete Medikamente	☐
Schmerzmittel	☐
Hautdesinfektionsmittel	☐
Wunddesinfektionsmittel	☐
Mittel gegen Erkältungskrankheiten	☐
Fieberthermometer	☐
Mittel gegen Durchfall	☐
Insektenstich- und Sonnenbrandsalbe	☐
Splitterpinzette	☐

HYGIENEARTIKEL

	VORHANDEN
Seife und Waschmittel	☐ ☐
Zahnbürste und Zahnpasta	☐ ☐
Einweggeschirr und -besteck	☐
Haushaltspapier	☐
Toilettenpapier	☐
Müllbeutel	☐
Campingtoilette	☐
Haushaltshandschuhe	☐
Desinfektionsmittel, Schmierseife	☐ ☐

ENERGIEAUSFALL

	VORHANDEN
Kerzen (z. B. Teelichter)	☐
Streichhölzer und Feuerzeug	☐
Taschenlampe	☐
Reservebatterien	☐
Campingkocher und entsprechendes Brennmaterial (z. B. Spiritus)	☐
Heizgerät mit entspr. Brennstoff	☐
Brennstoffe	☐

DOKUMENTENSICHERUNG

	VORBEREITET
Haben Sie festgelegt, welche Dokumente unbedingt erforderlich sind?	☐
Sind Ihre Unterlagen zweckmäßig geordnet?	☐
Sind von wichtigen Dokumenten Kopien vorhanden und diese ggf. beglaubigt?	☐
Haben Sie eine Dokumentenmappe angelegt?	☐
Sind Dokumentenmappe oder wichtige Dokumente griffbereit?	☐

BRANDSCHUTZ

	VORHANDEN / ERLEDIGT
Keller und Dachboden entrümpelt	☐ ☐
Feuerlöscher	☐
Löschspray	☐
Rauchmelder	☐
Garten- oder Autowaschschlauch	☐
Behälter für Löschwasser	☐

NOTGEPÄCK

	VORHANDEN
Persönliche Medikamente	☐
behelfsmäßige Schutzkleidung	☐
Wolldecke, Schlafsack	☐
Unterwäsche, Strümpfe	☐ ☐
Gummistiefel, kräftige Schuhe	☐
Material zur Wundversorgung	☐
Dosenöffner und Taschenmesser	☐ ☐
strapazierfähige, warme Kleidung	☐
Kopfbedeckung, Schutzhelm	☐
Schutzmaske, behelfsmäßiger Atemschutz	☐
Arbeitshandschuhe	☐
Fotoapparat oder Fotohandy	☐

der Kalte Krieg beendet schien, wurden viele Sirenen abgebaut oder verfielen. Zwar forderten Katastrophenexperten regelmäßig weiterhin ein gutes und vor allem modernes Warnsystem. Es gebe eine „zwingend zu schließende beachtliche Warnlücke“, schrieb das BBK 2010. Die Lücke wurde nicht geschlossen. Zehn Jahre später wurde der deutsche Warntag selber zur Katastrophe. Sirenen funktionierten nicht, auf dem Handy liefen Warnungen gar nicht oder zu spät ein.

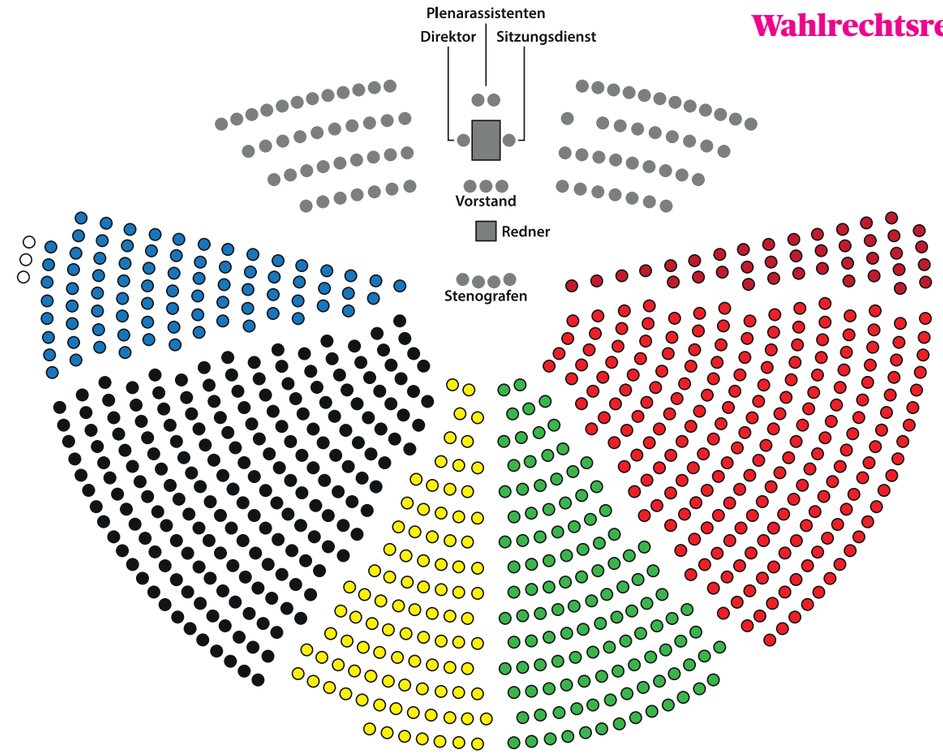
Chaos bei der Ahr-Flut

Ein Jahr darauf zeigte sich grausam, was das heißt. Als im Ahrtal die Fluten stiegen, wurden Feuerwehren nicht alarmiert, manche Sirenen heulten nicht, die Koordination der verschiedenen Akteure funktionierte schlecht, es gab kein Lagebild, es herrschte Chaos.

Dabei hatte die Regierung schon vor der Ahrtalflut ein neues Konzept beschlossen, in Reaktion auf die Coronapandemie mit dem Maskenchaos und Warteschlangen im Frühjahr 2021. Allein 88 Millionen Euro sollen in den Sirenenausbau fließen. Es sollen Notbrunnen saniert und Menschen zu Pflegehelfern ausgebildet werden. Ein neues Lagezentrum ist geplant. „Die Kernelemente des Neuausrichtungskonzepts werden mit Hochdruck weiter vorangetrieben“, heißt es zur Beruhigung beim Bundesinnenministerium.

Beim Warnsystem ist der Hochdruck allerdings noch nicht angekommen. Während des Probealarms in Bayern am 12. Mai 2022 blieben wieder Sirenen stumm. Warnungen in der „NINA“-App des BBK kamen zu spät oder gelangten nicht über die Stummschaltung. Und weiterhin fehlt es an den Anlagen. In Bayern liegen in den Ämtern 1500 Anträge auf neue Sirenen vor, wie der Bayerische Rundfunk berichtet, doch der Ausbau wird Jahre dauern. Aber am 8. September 2022 ist wieder Probealarm. Das ist Deutschland. ■

Maike Rademaker arbeitet als freie Journalistin in Berlin. Ihre Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Umweltthemen.



Jede Stimme zählt

Das Wahlrecht ist reformbedürftig. Der Bundestag darf nicht immer weiter wachsen, und Wählerinnen und Wähler, die für eine an der Fünfprozentklausel gescheiterte Partei gestimmt haben, dürfen nicht länger ohne jeglichen Einfluss bleiben.

TEXT: ECKHARD JESSE

FOTO: UWE VOELKNER/FOTOAGENTUR FOX, RAINER LESNIEWSKI/GETTY IMAGES

Dass die Bürger und Bürgerinnen Wahlen und Wahlergebnisse akzeptieren, setzt die Legitimität des Wahlverfahrens voraus. Es gibt zwar eine Diskussion darüber, ob und wie das Parlament zu verkleinern wäre und ob es sinnvoll wäre, die Wahlperiode zu verlängern. Doch die entscheidende Kernfrage, ob das seit 1949 bestehende Verhältniswahlsystem einer grundlegenden Reform bedarf, ist in den Hintergrund gerückt. Dabei herrscht hier der erhebliche Missstand, dass Wähler, die für eine an der Fünfprozentklausel gescheiterte Partei gestimmt haben, gänzlich ohne Einfluss bleiben. Für die Legitimität der Wahlen und die Akzeptanz ihrer Ergebnisse ist das schlecht.

Das bedeutet nicht, dass das deutsche Verhältnis- oder Proportionalwahlsystem zur Disposition steht. In diesem System sind Stimmen- und Mandatsanteile prinzipiell deckungsgleich. Die Vergabe der Mandate für die Parteien folgt den Zweitstimmen, wobei die in den Wahlkreisen errungenen Direktmandate – insgesamt die Hälfte der Mandate – von den Landeslistenmandaten der Parteien abgezogen werden. In den Wahlkreisen sind die Kandidaten und Kandidatinnen mit den meisten Stimmen gewählt. Ein Mischsystem ist es nur insofern, als jeweils die Hälfte der Abgeordneten über die Liste und direkt gewählt wird. Das Proportionalprinzip bleibt davon unberührt.

Das Verhältniswahlsystem hat in Deutschland lange jene Wirkungen gezeigt, die man üblicherweise eher der Mehrheitswahl zuschreibt: klare Regierungsmehrheiten, stabile ▸

Die Fünfprozentklausel hat ihre Tücken – gerade mit Blick auf die Legitimität des Systems.

Regierungen und funktionierende Regierungswechsel. Doch eine Reihe von Bestimmungen im Wahlrecht haben sich als untauglich erwiesen. An erster Stelle auf der Reformagenda rangiert das aufgeblähte Parlament. Durch die Einführung von Ausgleichsmandaten wies das Parlament 2013 nicht 598 Mandate auf, wie im Wahlgesetz festgelegt, sondern 631 (4 Überhangmandate und 29 Ausgleichsmandate), 2017 waren es 709 (46 Überhangmandate und 65 Ausgleichsmandate) und 2021 gar 736 (34 Überhangmandate und 104 Ausgleichsmandate).

Stein des Anstoßes

Alle Vorstöße, diesen Trend zu stoppen, sind bisher im Sand verlaufen, und die mangelnde Reformfähigkeit des Bundestages in eigener Sache ist seit Längerem ein Stein des öffentlichen Anstoßes. Die Ampel-Koalition zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP will das ändern. Im Koalitionsvertrag ist eine Überarbeitung des Wahlsystems innerhalb des ersten Regierungsjahres vorgesehen, mit dem Ziel, das Wachstum der Mandate zu unterbinden und möglichst auf die Regelgröße zu gelangen. Das läuft wohl auf ein drastisches Verkleinern der Zahl der Wahlkreise hinaus. Eine im März eingesetzte Wahlrechtskommission ist mit dieser Aufgabe betraut.

Der Koalitionsvertrag geht an verschiedenen Stellen auf weitere Reformen des Wahlrechts ein. Eine Kommission solle sich mit „einer paritätischen Repräsentanz von Frauen und Männern befassen und die rechtlichen Rahmenbedingungen erörtern“. Zur Prüfung stehen weiterhin die Bündelung von Wahlterminen, die Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre und eine Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin an. Es gibt eine Reihe von Absichtserklärungen, unter anderem zum aktiven Wahlalter und zur Ausübung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche. Es ist beabsichtigt, rechtliche Hindernisse abzubauen, die es Analphabeten und Betreuten erschweren, ihr Wahlrecht auszuüben. Ferner wünscht sich die Bundesregierung ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit Sperrklausel.

Weitere Reformschritte, die zu Transparenz und Wahlgerechtigkeit beitragen und die Legitimität stärken könnten, dürften freilich ausbleiben. Das gilt beispielsweise für die Abschaffung des Zweistimmensystems und der Grundmandatsklausel. Dass sie über eine Erststimme und eine Zweitstimme verfügen, verwirrt viele Wählerinnen und Wähler und gaukelt mehr Partizipation vor, als damit tatsächlich verbunden ist. Die Grundmandatsklausel leuchtet ebenfalls nicht ein und unterläuft zudem den Sinn der Fünfprozenthürde: Wieso soll eine Partei mit 4,4 Prozent der Zweitstimmen und vier Direktmandaten in den Bundestag einziehen (wie die PDS 1994), eine Partei mit 4,8 Prozent und ohne Direktmandate jedoch nicht (wie die FDP 2013)?

Die Fünfprozentklausel soll die Regierungsfähigkeit der ins Parlament gewählten Parteien erleichtern. Jedoch hat eine solche Hürde ihre Tücken, gerade mit Blick auf die Legitimität des Systems. Denn nicht jede Stimme wird verwertet – die Stimmen für Parteien, die keine 5 Prozent erreicht haben, fallen schlichtweg unter den Tisch. Bei den Landtagswahlen 2022 waren dies im Saarland aufsummiert 22,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, in Schleswig-Holstein 10,3 Prozent und in Nordrhein-Westfalen 8,2 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2013 betrug dieser Anteil immerhin 15,7 Prozent, bei der Bundestagswahl 2021 waren es immer noch 8,6 Prozent. Das ist eine große Menge Stimmen, die systematisch nicht gehört werden. Besonders problematisch ist das, weil der Wahlakt jene Form der politischen Partizipation ist, von der die Bürger und Bürgerinnen am meisten Gebrauch machen.

Keine Stimme im Papierkorb

Mithilfe einer Nebenstimme ließe sich dieser Missstand vermeiden. Sie kommt immer dann zur Geltung, wenn jemand für eine Partei votiert hat, die keine 5 Prozent der Stimmen erreicht. Diese Partei zieht zwar auch dann nicht ins Parlament ein. Aber deren Wähler und Wählerinnen bleiben von der politischen Willensbildung nicht wie bisher kurzerhand ausgeschlossen, sondern ihre Stimmen schlagen sich in der Zusammensetzung des Parlaments nieder, und zwar schlicht dadurch, dass sie nicht mehr – wie jetzt – den Parlamentsparteien entsprechend ihrer Größe zugutekommen.

Das bedeutet, dass die Wähler und Wählerinnen ohne taktisches Überlegen ihr Kreuz bei der ihnen sympathischsten Partei machen können, ohne fürchten zu müssen, dass ihre Stimme im Papierkorb landet. Zudem unterbliebe die Verfälschung des Wählerwillens, zu der es im gegenwärtigen System durchaus kommen kann. Als bei der Bundestagswahl 2013 FDP und AfD, zwei nicht-linke Parteien, knapp an der Fünfprozenthürde scheiterten, wurde aus einer linken Stimmenminderheit eine (in der Regierungsbildung freilich ungenutzt gebliebene) linke Mandatsmehrheit im Parlament. ■

Eckhard Jesse hatte von 1993 bis 2014 eine Professur im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz inne. Der Parteien- und Wahlforscher war von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.

FOTO: PHOTOTHEK, HENNING ANGERER, MUNIR WERNER, HEIKO KIEFLLING

Ist-Situation

Erststimmen

GEWONNENER WAHLKREIS = DIREKT-MANDAT IM BUNDESTAG*

*unabhängig vom Zweitstimmenergebnis

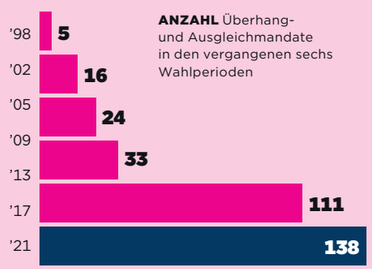
WAHL 2021

736

ABGEORDNETE

ÜBERHANG-/AUSGLEICH-MANDATE

** 299 Direktmandate und ebenso viele Abgeordnete der Landeslisten der Parteien. Hinzu kommen Mandate, damit die Sitzverteilung dem Verhältnis der Zweitstimmen entspricht.



ANZAHL Überhang- und Ausgleichmandate in den vergangenen sechs Wahlperioden

Vorschlag

der Obleute von SPD, Grünen und FDP

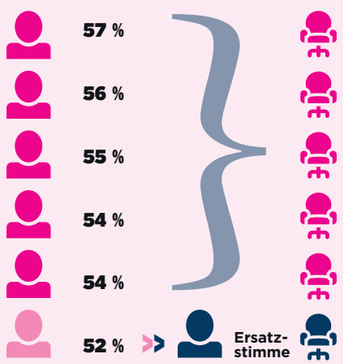
Sebastian Hartmann, SPD | Till Steffen, Grüne | Konstantin Kuhle, FDP

Im Gespräch war, die Zahl der **Wahlkreise** auf 280 zu reduzieren. Die Obleute plädieren jedoch weiter für die 299 – und wollen die Größe des Bundestags anders reduzieren:

UMBENENNUNG

Erststimmen > **Personenstimme**
Zweitstimme > **Listenstimme** und **Ersatzstimme**

Rangliste Es ziehen nur noch so viele Wahlkreis-Siegerinnen und -Sieger einer Partei **(Personenstimme)** in den Bundestag ein, wie dieser Partei entsprechend der **Listenstimmen** zustehen. Hat eine Partei aufgrund ihres Zweitstimmen-Ergebnisses etwa Anrecht auf fünf Sitze, aber sechs Wahlkreise gewonnen, erhält der oder diejenige mit dem schlechtesten Ergebnis – anders als bisher – kein Mandat. Wählerinnen und Wähler wählen nicht nur ihren/ihre favorisierte/n Kandidaten oder Kandidatin, sondern geben der/dem Kandidatin/Kandidaten einer anderen Partei eine **Ersatzstimme**. Kommt ihr Favorit (der/die „eigentliche“ Wahlkreissieger/-in nicht zum Zug, so wird auf diesem Weg ein/e andere/r Wahlkreissieger/-in ermittelt und erhält ein Mandat.



GEWONNENER WAHLKREIS ~~=~~ SITZ IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

~~ÜBERHANG-MANDATE~~ ~~AUSGLEICH-MANDATE~~

IMMER GLEICHE ZAHL VON

598

ABGEORDNETEN

> Die gewaltige Übergröße des Bundestags beeinträchtigt seine Funktionen und bewirkt unnötige Zusatzkosten von vielen Millionen Euro.

Appell von rund 100 Staatsrechtlern, 2019 veröffentlicht in der „Welt am Sonntag“

Rechtlich unsicher

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland ohne Strafe möglich. Doch das Gesetz legt Ärztinnen und Ärzten Fesseln an – was die Versorgung von Frauen verschlechtert. Selbst die geplante Reform reicht nicht aus.

TEXT: MAREN JASPER-WINTER

Die Entscheidung einer Frau, ein Kind zu bekommen oder nicht, ist höchst persönlich. Diese Selbstbestimmung kommt immer mehr unter Druck. So zeichnet sich in einem Urteilsentwurf des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten für Bundesstaaten die Möglichkeit ab, ein absolutes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zu verhängen. Staaten wie Texas und Oklahoma haben bereits Tatsachen geschaffen und verbieten Abbrüche vom ersten Herzschlag des Kindes an, der in der Regel in der sechsten Schwangerschaftswoche erfolgt – also zu einem Zeitpunkt, in dem vielen Frauen ihre Schwangerschaft noch gar nicht bekannt ist. Die Nachricht trieb Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten auf die Straße.

In Polen sind derartige Proteste schon an der Tagesordnung. Im vergangenen Jahr wurde dort ein nahezu vollständiges Abtreibungsverbot verhängt, mit verheerenden Folgen: Seit Inkrafttreten hat es bereits mindestens zwei Frauen das Leben gekostet. Sie starben nach dem Tod eines Fötus an einer Blutvergiftung, weil die Ärzte nicht eingriffen. Mittlerweile gibt es Organisationen, die Polinnen dabei unterstützen, einen Schwangerschaftsabbruch in Deutschland vornehmen zu lassen.

Bevormundung der Frauen

In Deutschland sind Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten Voraussetzungen tatsächlich strafbefreit möglich. Das enge Korsett der Strafgesetze, das für Ärzte und Ärztinnen schwierige Bedingungen schafft, hat die Versorgungssituation jedoch verschlechtert. Es gilt deshalb, über einen veränderten gesetzlichen Rahmen nachzudenken, der die Versorgung nachhaltig verbessert. Eine unzureichende Versorgung führt nicht etwa zu weniger Abbrüchen, sondern gefährdet die körperliche Unversehrtheit von Frauen. Schwangerschaftsabbrüche unter unsicheren Bedingungen sind statistisch eine (vermeidbare) Hauptursache für den Tod von Frauen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft. Es ist eine Bevormundung der Frau und ein anmaßender Eingriff in die körperliche Selbstbestimmung, wenn zwar das Recht den Abbruch unter bestimmten Voraussetzungen zulässt, dieser aber faktisch verhindert wird oder es billigend in Kauf genommen wird, dass er nicht oder nicht fachgerecht durchgeführt wird.

> **Eine unzureichende Versorgung führt nicht zu weniger Abbrüchen, sondern gefährdet die Unversehrtheit von Frauen.**

Auch die Bundesländer müssen handeln

Im aktuellen rechtlichen Rahmen ist es Ärztinnen und Ärzten nicht möglich, öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche aufzuklären, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Dieser Missstand liegt im § 219a Strafgesetzbuch begründet. Grundlegende Voraussetzung für die Selbstbestimmung in allen Lebenslagen, fundamentaler Bestandteil des liberalen Leitbilds, ist der freie Zugang zu Informationen. Es ist daher folgerichtig, dass der liberale Justizminister Marco Buschmann die Abschaffung von § 219a als seine erste Amtshandlung sieht. Mitte Mai hat er einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Diese Reform allein reicht jedoch nicht aus. Auch die Bundesländer müssen handeln und ihrem Auftrag gemäß „Schwangerschaftskonfliktgesetz“ gerecht werden. Sie müssen sicherstellen, dass Schwangere ein medizinisches Angebot zur Beendigung ihrer Schwangerschaft vorfinden. Das Statistische Bundesamt hat jedoch ein sinkendes Angebot an praktizierenden Ärztinnen und Ärzten festgestellt, die Abbrüche durchführen. Im Jahr 2003 gab es noch etwa 2050 Praxen und Kliniken, die den Eingriff durchführten; Ende 2020 waren es nur noch 1109. Das ist ein Rückgang von 46 Prozent bei gleichbleibendem Bedarf. In Niederbayern und der Oberpfalz gibt es gar keine Fachleute mehr, die Abtreibungen vornehmen können.

Protest in den USA gegen Gesetze zu Schwangerschaftsabbrüchen.

FOTO: KEVIN DIETSCH/GETTY IMAGES, CC BY-SA 3.0

94 596

Abbrüche einer Schwangerschaft gab es 2021 in Deutschland. Die Zahl sinkt kontinuierlich. So gab es 2001 noch 134 964 Abbrüche.

Chirurg

Der Abbruch ist ambulant möglich: Üblich ist die „Vakuumaspiration“, bei der Schleimhaut und Fruchtblase aus der Gebärmutterhöhle über ein dünnes Röhrchen abgesaugt werden.

Hormon

Bei dieser Methode wird ein künstliches Hormon gegeben, das die Wirkung des natürlichen Hormons Progesteron blockiert, das für den Erhalt der Schwangerschaft entscheidend ist.

QUELLEN: STATISTA, PRO FAMILIA

Die wesentliche Ursache dafür dürfte sein, dass sich Ärztinnen und Ärzte hier auf einem Feld voller rechtlicher Unsicherheiten bewegen und Gefahr laufen, sich strafbar zu machen. Der Mangel liegt aber auch schon daran, dass Schwangerschaftsabbrüche überhaupt kein regulärer Bestandteil des Medizinstudiums oder der fachärztlichen Ausbildung in der Gynäkologie sind. Um diese Lücke zu schließen, hat die Ampelkoalition beschlossen, dass Abbrüche künftig Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein sollen. Auch soll der Eingriff gebührenfrei möglich sein.

Eine nachhaltige Stärkung der reproduktiven Rechte der Frau erreichen wir jedoch nur, wenn wir uns auch mit § 218 und § 218a Strafgesetzbuch auseinandersetzen. Die geplante „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ gibt uns die Chance, dafür einen zeitgemäßen Rahmen zu finden.

Kein „ausgewogener Kompromiss“

Eine Reform von § 218 und § 218a Strafgesetzbuch außerhalb des Strafrechts wird in der Diskussion regelmäßig mit Verweis auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 1975 und 1993 für verfassungsrechtlich unmöglich erklärt. Dabei hat sich die Bedeutung von körperlicher Selbstbestimmung als Grundrecht zuletzt, auch bei staatlichen Schutzpflichten gegenläufiger Natur, deutlich verändert. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichts, die im Dreiecksverhältnis von Staat, ungeborenem Leben und schwangerer Frau derart einseitig zulasten der Schwangeren ausschlägt, dass ihr eine Rechtspflicht zum Austragen des Kindes auferlegt wird, ist nicht mehr zeitgemäß.

Oft ist auch zu hören, es sei ein ausgewogener „gesellschaftlicher Kompromiss“ erreicht worden, der nicht durch eine Neuregelung gefährdet werden solle. Dieser „Kompromiss“ wurde indes weniger durch sozialen Diskurs oder parlamentarische Debatten erreicht als durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts erzwungen. Sowohl 1974 als auch 1992 hatten die Bundesregierungen unter Beteiligung der FDP deutlich liberalere Lösungen verabschiedet. Beide Male waren die Parlamentarier als Repräsentanten der Bevölkerung in ihrer Mehrheit progressiver als das Gericht.

Auch jetzt sollten Liberale Vordenker sein und die Debatte mitgestalten. Wir brauchen eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Status quo, einen Paradigmenwechsel zur Stärkung der reproduktiven Selbstbestimmung – und keine ideologisch aufgeladene Debatte. Die Gewährleistung einer guten medizinischen Versorgung sollte es uns wert sein. ■

Maren Jasper-Winter, promovierte Juristin, ist Mitglied im Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Sprecherin für Arbeit, Integration, Frauen und berufliche Bildung der Freien Demokraten im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Ukrainische Kinder in unsere Schulen!

Die jüngsten Geflüchteten brauchen Bildung und ein soziales Umfeld.

TEXT: FELIX LANGROCK

Sage und schreibe zwei Drittel aller ukrainischen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren haben seit Beginn der russischen Invasion ihre Heimat verlassen. Von den einstmals rund 7,5 Millionen Kindern und Jugendlichen im Land sind nach Angaben der Vereinten Nationen 4,8 Millionen aus ihren Wohnorten geflüchtet; sie haben entweder woanders innerhalb der Ukraine oder im Ausland eine Zuflucht gefunden. Mehr als 120 000 von ihnen sind dabei nach Russland verbracht worden, wie der ukrainische Botschafter bei den Vereinten Nationen berichtet. Mit vereinfachten Verfahren zur Adoption nicht nur von ukrainischen Waisen, sondern auch von Kindern, deren Eltern und andere Angehörige sehr wohl noch am Leben sind, verleibt sich der russische Staat derweil junge Neubürger ein. Als ukrainische Staatsbürger haben die Kinder und Jugendlichen dort keine Zukunft.

Echte Chancen haben sie nur im freiheitlichen Westen. Und wir in Europa, gerade in Deutschland, haben die Aufgabe, ihnen tatsächlich eine bessere Zukunft zu bieten. Nicht nur Frieden und Freiheit, sondern auch die Chancen auf ein gelingendes Leben, gerade wegen der jetzt erlebten Traumata. Wir müssen ihnen Bildung bieten, verbunden mit einer umfassenden Integration. Das bedeutet für alle Seiten große Herausforderungen. Um mehr als 100 000 nach Deutschland geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine unterrichten zu können, sind neben mehr finanziellen Mitteln für elementare Dinge wie Unterrichtsräume oder Lehrbücher vor allem mehr Lehrerinnen und Lehrer erforderlich.

Eine der Schwierigkeiten ergibt sich daraus, dass wir noch nicht wissen, mit welchem Zeithorizont wir rechnen können: Bleiben die ukrainischen Kinder und Jugendlichen bei uns? Oder werden sie rasch in ihre Heimat zurückkehren können? Derzeit sieht es nicht wirklich nach einer schnellen Rückkehr aus, denn der Machthaber im Kreml hat sich offenbar auf einen langen Krieg eingestellt. Aber wenn man trotzdem den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit auf eine Zukunft in der Heimat offenhalten will, dann muss es möglich sein, in Deutschland ukrainische Prüfungen abzulegen. Konkret bestehen dabei noch viele Probleme. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz ruft deshalb dazu auf, die Anerkennung von Abschlüssen auf Grundlage der ukrainischen Curricula möglich zu machen.

Je länger der Krieg andauert, desto klarer wird zugleich auch, dass es für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen erst einmal wichtig ist, Deutsch zu lernen und hierzulande Anschluss zu finden. Das wiederum lässt es als wenig hilfreich erscheinen, ein paralleles Schulsystem entstehen zu lassen. Es ist am besten, wenn die ukrainischen Kinder mit einheimischen Kindern in deutsche Schulen gehen.

Von der Größe der Aufgabe dürfen wir uns nicht schrecken lassen. Deutschland muss Verantwortung übernehmen und bei der Aufnahme von Geflüchteten ein Vorbild sein. Es gilt, den ukrainischen Kindern und Jugendlichen die Zukunft zu ermöglichen, die ihnen der Despot in Moskau wegnehmen will. Es ist eine Selbstverständlichkeit. Sie verdienen eine Zukunft. ■

Deutschland muss Verantwortung übernehmen und bei der Aufnahme von Geflüchteten ein Vorbild sein.

FELIX LANGROCK HAT 2022 ABITUR GEMACHT UND BLOGGT IN SEINER FREIZEIT ÜBER WIRTSCHAFT UND POLITIK.

FOTO: FELIX LANGROCK

Wirtschaft

FOTO: JENS KRICK/PICTURE ALLIANCE/FLASHPIC, U.S. NATIONAL ARCHIVES, CHRIS HOFFMANN/PICTURE ALLIANCE/DPA

Marie Luise Graf-Schlicker

Wirksame Möglichkeit zur Sanierung

Deutschland hat 2021 das Restrukturierungsrecht für Unternehmen neu gefasst. Die Mühe hat sich gelohnt.

BERICHT / S. 50

Margaret Heckel

YES, wir könnten!

Es ist Krise. Doch statt Reformen gibt es Entlastungspakete. Ein Plädoyer für mehr Verantwortung.

ANALYSE / S. 40

Constantin Eckner

50 Jahre Weltuntergang

Der Club of Rome beschrieb vor einem halben Jahrhundert die Apokalypse. Sie blieb aus – aber die Furcht vor ihr fesselt uns weiter.

REPORT / S. 45

YES, Wir könnten!

Es ist Krise, und überall hakt es. Doch statt Reformen gibt es immer neue Entlastungspakete. Dabei wäre genau jetzt die Zeit für mehr Eigenverantwortung.

TEXT: MARGARET HECKEL

Corona, Energiekrise, Ukraine-Krieg: Wer Psychologen fragt, wie wir Menschen uns wappnen können, wird auf Resilienz und Selbstwirksamkeit verwiesen. Das ist unsere Fähigkeit, Widrigkeiten konstruktiv zu verarbeiten und selbstgesetzte Ziele zu erreichen. Doch ausgerechnet beim Erwirtschaften unseres Lebensunterhalts sind diese Fähigkeiten derzeit immer weniger gefragt. Statt jeden und jede von uns zu ertüchtigen, unsere Ziele zu erreichen, schüttet uns ein angeblich fürsorglicher Staat mit immer neuen angeblichen Leistungen zu – vom Neun-Euro-Ticket übers Energiegeld bis zu den Prämien für E-Autos und Wärmepumpen.

Je mehr aber der Staat im Detail zu regeln versucht, desto mehr verheddert er sich im Klein-Klein. Höchste Zeit also, das Dickicht wieder zu lichten. Es ist höchste Zeit, Prioritäten zu setzen, Regeln zu definieren und auf die Kreativität der Menschen zu setzen. Wir brauchen mehr Marktwirtschaft und weniger Staatsdirigismus.

Hemmschuh Bürokratie

Eines der wichtigsten Problemfelder in dieser Hinsicht ist zweifellos die Verwaltung. Ob Faxgeräte in den Gesundheitsämtern, monatelanges Warten auf den Pass oder eine durchschnittliche Genehmigungsdauer von sieben Jahren für ein Windrad – die deutsche Bürokratie hat sich von einem viel bewunderten Wettbewerbsvorteil in den Gründerjahren der Republik zum wahrscheinlich größten Hemmschuh für weiteres Wirtschaftswachstum in der Zukunft entwickelt.

Dabei sind die Lösungsansätze offensichtlich – und sie lassen sich durchaus verwirklichen, wie viele andere Länder zeigen. Sie heißen Digitalisierung, Transparenz und Wettbewerb. Und es bedarf verbindlicher Fristen, um die Beharrungskräfte der Bürokratie auszuhebeln. Das geht beispielsweise so: Jeder Bauantrag, der nicht binnen sechs Monaten bearbeitet ist, gilt automatisch als genehmigt.

Und noch ein weiteres Prinzip der Marktwirtschaft wäre in der Politik hilfreich – die Orientierung am „Return on Investment“. Übersetzt und lose definiert, ist das die Beantwortung der Frage, welche Wirkung ein ausgegebener Euro aus Steuergeldern erzielt. Das zu messen, ist im politischen Raum schwieriger als in der Wirtschaft. Doch schon das Gedankenexperiment lohnt sich. Der Erkenntnisgewinn ist frappierend.

FOTO: DAVID AUSSERHOFER

„Ist es sinnvoller, einen Euro in frühkindliche Bildung zu investieren oder in Hilfen für Menschen ohne Schulabschluss?

Nur zwei Beispiele: Ist es sinnvoller, einen Euro in frühkindliche Bildung zu investieren oder in Berufseingliederungskurse für die immer noch fast zehn Prozent eines Jahrgangs, die keinen Schulabschluss schaffen? Wo reduziert ein investierter Euro im Straßenbau den CO_2-Ausstoß am meisten – beim Bau von Autobahnen, Landstraßen oder Radwegen?

In unserem Privatleben lassen sich solche Fragen auch ohne Taschenrechner sehr leicht beantworten. Wir alle haben ein gutes Gespür für Kosten-Nutzen-Rechnungen. Als Staatsbürger und Staatsbürgerinnen ist uns dieses Wissen inzwischen jedoch weitgehend abhandengekommen: Wer kann bei einem jährlichen Sozialbudget von mehr als 1040 Milliarden Euro (letzter Stand im Vor-Corona-Jahr 2019) noch sagen, wer genau wie von staatlichen Leistungen profitiert? Oder gar, ob die jeweiligen Ausgaben bestmöglich ihren Zweck erreichen?

Digitalisierung, Transparenz, Wettbewerb

Auch hier helfen Digitalisierung, Transparenz und Wettbewerb. Eine interessante Übersicht bietet ein interaktives Tool des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Es listet auf, was wir im Durchschnitt an den Staat zahlen und was wir von ihm bekommen – und zwar nach verschiedenen persönlichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildung und Einkommen.

Es zeigt sich beispielsweise, dass wir mit Mitte 50 die höchsten Abgaben zahlen – rund 20 500 Euro im Jahr. Klingt viel? Was aber, wenn gleichzeitig die Über-85-Jährigen im Durchschnitt 30 500 Euro vor allem aus den Sozialversicherungen beziehen? Und wenn dabei auf einen Blick ersichtlich ist, dass letztere Gruppe in den nächsten Jahren überproportional wächst und erstere kontinuierlich abnimmt? Zeigt das nicht, dass weitere Sozialreformen unabdingbar sind?

Eine Politik für mündige Bürgerinnen und Bürger tut gut daran, Digitalisierung, Transparenz und Wettbewerb auf allen Ebenen des staatlichen Handelns voranzubringen. Das ist die Grundlage, auf der wir selbstverantwortlich handeln können. ■

Margaret Heckel arbeitet als Autorin, Journalistin und Moderatorin. Ihr Spezialgebiet ist der demografische Wandel und die sich wandelnde Arbeitswelt. Zuvor war sie Politikchefin der „Welt“, der „Welt am Sonntag“ sowie der „Financial Times Deutschland“.

„Ich sehe kein Blackout-Risiko“

Stefan Kapferer, Chef des Berliner Übertragungsnetzbetreibers „50Hertz Transmission“, über einen möglichen Gas-Mangel, den kommenden Winter und Stromleitungen nach Skandinavien.

INTERVIEW: MAXIMILIAN LUZ REINHARDT

Herr Kapferer, in Deutschland flossen in der Vergangenheit nur etwa 15 Prozent des verbrauchten Erdgasvolumens in die Stromerzeugung. Ist ein Blackout da wirklich ein realistisches Szenario?
Ich sehe kein Blackout-Risiko. Der Gesetzgeber hat ja gerade einen Gesetzentwurf vorgelegt, um durch das Zurückholen von Kohlekraftwerken sicherzustellen, dass wir auch im Notfall ausreichend Kapazität haben. Das ist allerdings nur eine kurzfristige Lösung. Spannend wird der geplante Umbau unseres Energiesystems – da wird einiges neu bewertet werden müssen.

Eine Möglichkeit, uns im Gasverbrauch von Russland unabhängig zu machen, sind LNG-Terminals. Ein neues Gesetz soll deren Bau rasch, zentralisiert und unkompliziert erlauben. Wäre Flüssiggas aber nicht deutlich teurer als russisches Pipelinegas?
Das ist so, ja. Ich glaube, dass wir uns dauerhaft auf ein höheres Preisniveau einstellen müssen. Im Gesetzesentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium ist eine Pönale für Gas in der Stromerzeugung vorgesehen. Man geht dort offensichtlich davon aus, dass selbst in einer Gas-Mangel-Lage – also wenn kein russisches Pipelinegas mehr fließt – der Gaspreis noch nicht hoch genug ist, um Gaskraftwerke aus dem Markt zu drängen. Diese Annahme halte ich für zweifelhaft. Perspektivisch ist der Gesetzgeber natürlich in der Lage, Erdgas schrittweise so zu verteuern, dass grüner Wasserstoff trotz höherer Transportkosten und möglicherweise trotz auch relativ hoher Herstellungskosten wettbewerbsfähig werden kann. Nur ist das bestenfalls eine Schein-Wettbewerbsfähigkeit. Eine solche Preisentwicklung wäre für die Industrie schwierig.

Wie sehen Sie die Möglichkeit, die zunächst für Flüssiggas entwickelte Technologie im Anschluss für flüssigen Wasserstoff einzusetzen?
Ich bin kein Technik-Experte. Aber ich weiß, dass es relativ einfach möglich sein wird, die Pipeline-Infrastruktur für den Wasserstofftransport zu ertüchtigen. Wenn man also das LNG-Terminal im Hafen hat, würde es mich wundern, wenn nicht auch dort eine Umrüstung relativ einfach möglich wäre, um dann grünen Wasserstoff anzulanden statt Flüssiggas. Letztlich werden wir am Ende viel Wasserstoff importieren müssen. Daher sind die Investitionen in die Terminals an den Häfen vernünftig und nachhaltig.

> **Es wird relativ einfach möglich sein, Flüssiggas-Pipelines auch für den Transport von Wasserstoff zu nutzen.**

Wasserstoff kann beinahe überall eingesetzt werden, doch er wird anfangs knapp sein. Für welche seiner Anwendungen sehen Sie die höchste Priorität?
Das sind ganz klar industrielle Sektoren, in denen die Emissionen schwer zu senken sind. Sie haben erste Priorität. Es gibt einfach Dinge, die man nicht elektrifizieren kann. Eine zweite Anwendung, mengenmäßig limitiert, aber trotzdem elementar, sind die Back-up-Kapazitäten im Kraftwerkspark für die Stromerzeugung. Selbst im europäischen Binnenmarkt werden wir im Winter Situationen erleben, in denen es nicht genug Wind und Sonne gibt. Drittens sehe ich Chancen im Schwerlast-, Flug- und Schiffsverkehr. Im Wärmesektor bin ich skeptisch.

Warum?
Nicht weil ich glaube, dass es nicht Leute gäbe, die den Preis bezahlen würden, den eine solche Technologie möglicherweise mehr kosten würde als eine Wärmepumpe. Aber man müsste die ganze Gasleitung um- ▸

Der erste „Rammschlag“ für das schwimmende Terminal vor der Küste Wilhelmshavens. Dort soll ab Ende des Jahres tiefgekühltes flüssiges Erdgas von Schiffen nach der Erwärmung ins Gasnetz eingespeist werden.

FOTO: SINA SCHULDT/PICTURE ALLIANCE/DPA

rüsten und die Verteilnetze der Gasnetz-Infrastruktur auf Wasserstoff anpassen. Das halte ich für sehr ambitioniert – aber das soll der Markt regeln.

Wie muss denn die Übertragungsinfrastruktur an die neuen Anforderungen der Zukunft angepasst werden?
Alle Studien für das Stadium der Klimaneutralität bis 2045 gehen davon aus, dass sich die Stromnachfrage in Deutschland vervielfachen wird. Wenn aber die Menge des transportierten Produkts zunimmt, dann ist auch mehr Transportkapazität erforderlich. Zudem haben sich die Anforderungen an das Netz grundlegend geändert. Früher gab es mehrere große Kraftwerke, die an das Netz angeschlossen und für die Versorgung zuständig waren. Heute haben wir Millionen an Erzeugungskapazitäten – Windparks, Solarparks, Offshore-Windparks etc. Darum brauchen wir ein deutlich komplizierteres Netz, um den Strom überhaupt erst einmal zu erfassen und einzusammeln. Des Weiteren werden grenzüberschreitende Netzverbindungen wichtiger, etwa nach Skandinavien. Sie stabilisieren das Netz und ermöglichen den Binnenmarkt.

Wer oder was hindert uns denn an dem Ausbau?
Vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Leider muss man das ehrlicherweise sagen. Ein Beispiel: Wenn wir ein Stromkabel auf hoher See verlegen müssen, geht das deutlich schneller als an Land. Das liegt aber keinesfalls daran, dass das so viel einfacher wäre. Im Gegenteil, technisch ist es sogar deutlich aufwendiger. Aber es gibt keine Klagen und Gerichtsverfahren, nachdem die Genehmigungen erteilt worden sind. Also können wir im Grunde direkt anfangen. Wenn wir hingegen an Land sind, gibt es ständig Leute, die sich gegen irgendwas wehren. Das ist dieses berühmte NIMBY-Thema.

Stefan Kapferer ist Vorsitzender der Geschäftsführung des Übertragungsnetzbetreibers „50Hertz Transmission“ mit Sitz in Berlin. Zuvor war er Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Von 2009 bis 2014 arbeitete Kapferer als Staatssekretär im Bundesgesundheits- sowie im Bundeswirtschaftsministerium.

Wenn wir ein Stromkabel auf hoher See verlegen, geht das deutlich schneller als an Land: Es gibt keine Klagen und Gerichtsverfahren, nachdem die Genehmigungen erteilt worden sind. Wenn wir hingegen an Land sind, gibt es ständig Leute, die sich gegen irgendwas wehren.

„Not in my backyard“, zu Deutsch auch Sankt-Florians-Prinzip.
Genau. Dabei gibt es noch ein zweites Problem. Die Behörden wissen natürlich, dass sich die Bürger wehren. Daher versuchen sie sich im Genehmigungsprozedere möglichst rechtssicher aufzustellen. Sie lassen eine Vielzahl an Alternativen prüfen, und das kostet Zeit – zu viel Zeit.

Kann das LNG-Beschleunigungsgesetz als Vorbild für den Ausbau der Netzinfrastruktur dienen?
Ja, ich glaube schon, dass da einiges übernommen werden könnte, insbesondere die Verkürzung der Fristen. Damit wurden Einspruchsmöglichkeiten nicht beschnitten, aber Verfahren beschleunigt. Vorsichtiger bin ich bei der Beschränkung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Das könnte man wohl nicht einfach für sehr viele Verfahren übernehmen.

Die Energiepreise sind jetzt schon enorm hoch. Wo sehen Sie sie in zehn oder zwanzig Jahren?
Ich würde trennen zwischen der verbleibenden Restenergie, die wir auf der Basis von Erdgas und grünem Wasserstoff brauchen, und dem Strommarkt. Ich glaube, bei der Restenergie werden wir tendenziell eher ein relativ hohes Preisniveau erleben. Beim Strom hingegen werden wir nach einer Übergangsphase wieder fallende Preise sehen. Das ist auch notwendig. Denn dann bleibt die Energie für Haushalte bezahlbar. Das fördert auch die Elektrifizierung, egal ob beim Auto oder bei der Heizung. Zudem ermöglicht das die Sektorkopplung in der Industrie. ■

Maximilian Luz Reinhardt ist Referent für Wirtschaft und Nachhaltigkeit in der Abteilung Themenmanagement und Politikberatung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

FOTO: JENS OELLERMANN, CHRIS HOFFMANN/PICTURE ALLIANCE/DPA

Sitzung des Club of Rome 1974 in Berlin. Im Vordergrund der niederländische Entwicklungsökonom Hans Linnemann.

50 Jahre Weltuntergang

Der Bericht des Club of Rome entfachte eine Debatte über die Zukunft der Erde. Die Apokalypse blieb aus – aber die Furcht davor fesselt uns weiter.

TEXT: CONSTANTIN ECKNER

New York City 2022. „Nothing runs anymore. Nothing works. But the people are the same and the people will do everything to get what they need“, heißt es im Trailer des Science-Fiction-Films „Soylent Green“ von 1973. Der Streifen gilt als erste filmische Ökodystopie und traf den Zeitgeist wie kaum eine andere Hollywood-Produktion. Die erste Hälfte der 70er-Jahre stand insbesondere in den USA im Zeichen eines wachsenden Umweltbewusstseins, dem die Nixon-Regierung mit ersten weitreichenden regulatorischen Eingriffen Rechnung trug.

Dieses Bewusstsein war nicht ganz zufällig entstanden, sondern es ergab sich gleichsam als Konsequenz der ökonomisch erfolgreichen Nachkriegsjahre. Die Generation der Babyboomer war im Wohlstand aufgewachsen und pflegte postmaterielle Werte, zu denen auch eine intakte Umwelt gehörte, wie der Münchner Nordamerika-Historiker Uwe Lübken erklärt. Hinzu kam neugewonnene Freizeit, sodass viele amerikanische Familien die Natur außerhalb der urbanen Metropolen für sich entdeckten. So entstand Empathie und zugleich Sorge um ebendiese Natur. ▸

Auch im internationalen Maßstab tat sich einiges während der ausgehenden 60er- und der beginnenden 70er-Jahre: Greenpeace gründete sich, und die Ölkrise machte den Menschen die Endlichkeit der fossilen Energieträger bewusst. Die Entstehung des Club of Rome auf Initiative des Fiat-Managers Aurelio Peccei verdeutlicht, wie auch in der Industrie Sorge um die Zukunft des Planeten aufkam. Fünf Jahre nach dem ersten Treffen des Club of Rome erschien öffentlichkeitswirksam seine Publikation „The Limits to Growth“.

Grenzen des Wachstums

Dabei handelte sich um eine kybernetische Simulation zur Zukunft der Erde auf Basis des Weltmodells von Jay Wright Forrester, eines amerikanischen Informatikers. Heute rufen die Schlussfolgerungen der Forschung oft nur ein Schmunzeln hervor, aber damals erregten sie Aufsehen. Im Bericht heißt es: „Sollten sich die aktuellen Trends in Sachen Weltbevölkerung, Industrialisierung, Verschmutzung, Nahrungsproduktion und Ressourcenausbeutung unverändert fortsetzen, sind die Grenzen des Wachstums auf dem Planeten innerhalb der nächsten 100 Jahre erreicht. Das wahrscheinlichste Resultat wird ein recht schneller und unkontrollierter Rückgang der Bevölkerung und der Industriekapazitäten sein.“

Diese Aussage wurde zu einem Fundament der zunehmenden Wachstumskritik, wie sie von nun an aus der gesellschaftlichen Mitte erklang. Die Kritik richtete sich gegen exponentielles wirtschaftliches Wachstum; die Forderungen umfassten eine stärkere Regulierung von Industrie und industrienahen Wirtschaftszweigen, deren Vertretern man unterstellte, nahezu ungezügelt nach mehr Wachstum und damit auch immer höheren Umsätzen zu streben.

Neben der wissenschaftlichen Diskussion, die der Bericht des Club of Rome angefacht hatte, und einer politischen Diskussion in Washington breitete sich auch in der amerikanischen Popkultur ein neuer Trend aus. „Soylent Green“ war da nur der Anfang. Es folgten Filme, Songs und Bücher – ein ganzes Genre namens „Climate Fiction“ entstand. Das Muster war immer ähnlich: Die Welt steht am Abgrund und wird unweigerlich untergehen, wenn die Menschen ihr Handeln nicht schleunigst überdenken und vor allem ändern. In vielen apokalyptisch geprägten Werken waren zudem meist größere Strippenzieher am Werk, beispielsweise einflussreiche Konzerne und ihre Eigentümer, die sich nicht um die Umwelt oder das Wohlergehen der Menschen insgesamt scherten, sondern nur auf die Vermehrung von Geld- und Macht aus waren.

Das Apokalyptische erwies sich als ein Verkaufsschlager – und das ist kein Wunder, denn mit Untergangsszenarien sind alle vertraut. Mit mythischen oder religiösen Erzählungen kommen die meisten Menschen in der Regel während ihres Heranwachsens in Berührung. In der Bibel zum Beispiel findet

> **Das Apokalyptische erwies sich für Hollywood, Verlage und Plattenfirmen als Verkaufsschlager.**

sich die Sintflut, und in anderen religiösen Schriften ist von vergleichbar vernichtenden Szenarien zu lesen. Diese unterbewusste Vertrautheit verstärkt die Faszination. Und obwohl Hollywood-Blockbuster oft unrealistische Darstellungen präsentieren, haben auch sie zur Furcht vor tiefen Verwerfungen auf dem Planeten und damit auch zur Wachstumsskepsis beigetragen. Geändert hat sich im Filmischen und Literarischen seit „Soylent Green“ wenig – lediglich der Maßstab, der sich vom Regionalen zum Globalen erweitert hat.

Ruf nach staatlicher Regulierung

Sowohl popkulturell als auch politisch waren die Vereinigten Staaten den Europäern anfangs voraus. Aber bald setzten sich die Menschen auch auf dem hiesigen Kontinent verstärkt mit schweren Umweltschäden auseinander, was auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs partiell mit recht hohem Wohlstand einherging. In der Folge nahm die Wachstumsskepsis in der gesellschaftlichen Mitte zu. Sie ist heute fester Bestandteil des politischen Diskurses. Auch in Europa folgte daraus der politische Ruf nach mehr staatlicher Regulierung und nach einer Verengung des Handlungsspielraums für die Industrie. Ebenso waren auf einmal Untergangsszenarien en vogue, als Prognosen in Dossiers, als Anker in der politischen Rhetorik oder auch als Plot in Filmen und Büchern.

Ob sich die Untergangsprognosen als richtig oder falsch erweisen, spielt in der öffentlichen Wahrnehmung keine entscheidende Rolle. Das 50 Jahre alte Szenario aus „Soylent Green“ für New York City im Jahr 2022 ist nicht ansatzweise eingetreten. Auch ein „recht schneller und unkontrollierter Rückgang der Bevölkerung und der Industriekapazitäten“, wie ihn der Club of Rome kommen sah, ist ausgeblieben. Doch Furcht und Faszination der Apokalypse sind so stark wie immer: Sie sind in der Mitte der Gesellschaft verankert und gehören wohl zu uns. ■

Siehe auch die Buchbesprechung auf **Seite 59**

Constantin Eckner ist Journalist sowie Radio- und Fernsehmoderator. Er arbeitet unter anderem für den Deutschlandfunk und für die BBC.

FOTO: PRIVAT, ERIC YANG/GETTY IMAGES

Ein fatales Signal für den Klimaschutz

Vorerst unterbleibt die geplante Ausweitung des europäischen Emissionshandels. Es ist unklar, wie die Klimaziele erreicht werden sollen, wenn das beste Instrument nicht zum Einsatz kommt.

TEXT: DIRK ASSMANN UND MAXIMILIAN LUZ REINHARDT

Das Europaparlament hat sich Anfang Juni nicht auf die geplante Ausweitung des Emissionshandels in Europa einigen können. Die Abgeordneten der extremen Rechten, der Sozialdemokraten und der Grünen stimmten mehrheitlich gegen die Schaffung eines separaten Emissionshandels für die Sektoren Gebäude und Verkehr. Nun wird im Umweltausschuss nach einem Kompromiss gesucht. Das kann lange dauern – und damit ist eine wichtige Chance für den Klimaschutz vertan. Stattdessen muss man sich auf ein Potpourri aus neuen Auflagen, Regelungen und Verboten einstellen, und für Unternehmen sind Investitionen wieder mit größerer Unsicherheit behaftet.

Einen separaten Emissionshandel für Gebäude und Verkehr zu schaffen, wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Der Emissionshandel hat sich als besonders effizientes Instrument erwiesen, um die Klimaziele zu erreichen. Die Grundidee ist denkbar einfach: Zunächst wird eine globale, akzeptable Erwärmungsgrenze festgelegt. Die Politik entscheidet daraufhin, basierend auf wissenschaftlichen ▸

Seit dem Start des europäischen Emissionshandels 2005 sind die Emissionen der beteiligten Branchen um 43 Prozent gesunken.

Erkenntnissen, wie viele Treibhausgase noch maximal ausgestoßen werden dürfen. Anhand dieses Emissionsbudgets werden Zertifikate ausgegeben, die auf einem Markt gehandelt werden. Durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage erhalten diese Zertifikate einen Preis. Mit Verknappung der Zertifikate steigt deren Preis – und die Emissionen werden teurer. Hierdurch entstehen echte Anreize, möglichst wenig Treibhausgase in die Atmosphäre zu entlassen.

Wenn ein Industrieunternehmen weniger CO_2 ausstößt, als es seinen Zertifikaten entspricht, kann es die übrig gebliebenen Emissionsrechte an andere Marktteilnehmer verkaufen. Falls umgekehrt die Berechtigungen nicht ausreichen, muss das Unternehmen seine Emissionen reduzieren – oder aber Zertifikate hinzukaufen. Der Emissionshandel erlaubt so, ein politisch vorgegebenes Umweltziel mit so geringen volkswirtschaftlichen Kosten wie möglich zu erreichen, und parallel entstehen Anreize zur Innovation. Diese können der Wirtschaft insgesamt einen Wachstumsimpuls versetzen.

Das bestehende Emissionshandelssystem der EU stammt aus dem Jahr 2005. Bislang sind in diesem gut funktionierenden System hauptsächlich Emissionen aus der Energiebranche und Großindustrie berücksichtigt. Seit dem Start des europäischen Emissionshandels sind die gesamten Emissionen der beteiligten Wirtschaftsbereiche in der EU um rund 43 Prozent gesunken, allein in Deutschland um rund 38 Prozent. Die ursprüngliche politische Vorgabe, die Emissionen bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu reduzieren, wurde hier schon 2020 erreicht.

Tatenlosigkeit gefährdet das Ökosystem

Das Instrument ermöglicht außerdem, die Anreizproblematik der politischen Entscheidungsträger zu mildern. Diese Problematik besteht darin, dass Politiker und Politikerinnen in der Regel an den kurzfristigen Ergebnissen ihres Handelns gemessen werden, dass ein geringerer Einsatz von fossilen Kraft- und Energiestoffen jedoch zunächst das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt und damit einen Verzicht auf Wohlstand bedeutet. Doch Tatenlosigkeit gefährdet langfristig das Ökosystem, wie wir es kennen. Was bleibt, ist ein Dilemma – allerdings ein lösbares. Es gilt die zeitliche Lücke zwischen dem Freisetzen der Treibhausgase und der dadurch entstehenden Schäden zu überbrücken.

Auf dem geplanten Pfad zur Senkung der Emissionen sind gerade am Anfang die Einschränkungen noch vergleichsweise locker und die Zertifikatspreise noch relativ niedrig. Folglich sind auch die wirtschaftlichen Konsequenzen für Industrie, Gewerbe und Endverbraucher zu verkraften. Erst mit zunehmender Verknappung steigt der Preis für Zertifikate und somit auch der Druck, durch den Einsatz von innovativen Methoden den Treibhausgasausstoß zu verringern. Das sollte helfen, die Maßnahme politisch durchzusetzen und den Ausstoß von CO_2 wirksam zu reduzieren.

Ottmar Edenhofer, der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, sieht in der Abkehr von einer Ausweitung des Emissionshandels ein fatales Signal für den Klimaschutz. Erst mit einem zweiten Emissionshandel für Verkehr und Gebäude hätte die EU „das dringend erforderliche Signal gegeben, dass sie die Nachfrage nach Öl und Gas dauerhaft drastisch reduzieren wird“. Nun bleibe es erst einmal bei einem „Flickenteppich der nationalen Maßnahmen“, der die Emissionen nicht signifikant drosseln könne. Zwar bedeute das Scheitern im Parlament „nicht das endgültige Aus“. Doch die weiteren Verhandlungen seien deutlich erschwert.

Entgangenes Innovationspotenzial

Einen separaten Emissionshandel für die Sektoren Gebäude und Verkehr einzuführen, war dabei ohnehin immer nur die zweitbeste Möglichkeit. Am besten wäre eine sofortige Integration der beiden Sektoren in den bestehenden EU-Emissionshandel gewesen. Denn die Klimaeffekte von Emissionen sind immer dieselben, unabhängig von deren Ursprung. Daher ergeben unterschiedliche Emissionsbudgets und verschiedene sektorspezifische Preise wenig Sinn. Zudem lassen sich nur mit einem Emissionshandel, der möglichst sämtliche Sektoren einschließt, die Emissionen punktgenau in jener Verwendungsrichtung reduzieren, in der die Kosten dafür am geringsten sind.

Der europäische Ausstoß an Treibhausgasen muss noch in diesem Jahrzehnt drastisch verringert werden, um im Rahmen der vereinbarten Klimaziele zu bleiben. Wie gut das gelingen kann, wenn das beste Instrument nicht voll zum Einsatz kommt, ist ungewiss. Genauso wenig lässt sich das entgangene Innovationspotenzial beziffern. Ein Alternativvorschlag, der statt vom Emissionshandel von Verboten und Technikstandards geprägt wäre, müsste entweder weniger effektiv, weil nicht durchsetzbar bleiben – oder aber er wäre mit deutlich höheren wirtschaftlichen Kosten verbunden. ■

Dirk Assmann ist am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als Referent für den Bereich Innovationsräume und Urbanisierung verantwortlich.

Maximilian Luz Reinhardt ist am selben Institut Referent für Wirtschaft und Nachhaltigkeit.

Über was?

Es gibt kaum ein Land des Westens, in dem derzeit keine Forderungen nach einer „Übergewinnsteuer“ zu hören sind. Es ist eine populistische, nicht zu Ende gedachte Idee.

TEXT: KAREN HORN

Der italienische Fiskus erhebt neuerdings eine Sondersteuer speziell auf die Wertschöpfung von Energieunternehmen. Sie ist eine Verwandte der Übergewinnsteuer. In der aktuellen Situation kriegsbedingt stark steigender Energiepreise soll sie die „Windfall profits“ der Anbieter abschöpfen. Schon mit der Begrifflichkeit beginnen die Schwierigkeiten. Was, bitte, soll ein Übergewinn sein? Über was? Wie hoch muss ein Gewinn sein, um nicht mehr als angemessen zu gelten? Wollen wir das im Ernst politisch entscheiden?

Die italienische Regierung orientiert sich am Vorjahreszeitraum. Schon dass sie einen unveränderten Geschäftsverlauf als Norm vorgibt, obwohl sich die Bedingungen dramatisch verändert haben, ist heikel. Damit verbindet sich die Grundvermutung, dass höhere Gewinne nicht unternehmerischem Geschick, sondern bloß unverdientem Glück zu verdanken sind. Wo genau der Vergleichszeitraum angesetzt wird, hat zudem selten sachgemäßen Einfluss auf die Höhe der Besteuerung. Die Steuer ist rückwirkend, und der Grundsatz der Gleichbehandlung wird aufgegeben. All das ist nicht gut.

Dabei ist dem Grundgedanken durchaus etwas abzugewinnen, diejenigen Unternehmen, die es sich leisten können, an den erhöhten Kosten einer Politik zu beteiligen, die der Sicherung der Freiheit nicht nur in der Ukraine, sondern im gesamten demokratischen Westen dient. Das ist legitim, und in der Vergangenheit war derlei in Kriegszeiten auch durchaus üblich. Aber dafür wäre heute gar kein neues Instrument erforderlich, denn diese Mitverantwortung mobilisiert bereits das bestehende System mit der Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie der – zumal progressiven – Einkommensteuer.

Mario Draghi lässt die Erträge aus der Zusatzsteuer direkt in Umverteilung münden. Das ist geschickt und populistisch. Die Übergewinnsteuer bedient die Empörung darüber, dass es einigen Unternehmen gut geht, während andere – nicht zuletzt die Verbraucherinnen und Verbraucher – in Nöte geraten. Dabei gerät aus dem Blick, dass das Ergebnis der Energieunternehmen nur vorübergehend hoch sein dürfte, weil sich nicht nur steigende Energiepreise auf dem Weltmarkt eingestellt haben, sondern nun auch laufend die Kosten wachsen.

Zudem wird die ordnungspolitische Erkenntnis vergessen, welche Funktion Gewinne in einer Marktwirtschaft ausüben: Sie sind ein motivierender Anreiz. Wo sich viel verdienen lässt, wird auch viel gearbeitet, wird investiert, werden neue Marktchancen aufgedeckt und finden Innovationen statt. Gerade jene Unternehmen fiskalisch zu bedrängen, die helfen können, eine schwere Krise zu bestehen, wäre wenig klug. Man stelle sich einmal das Signal vor, das der Fiskus ausgesandt hätte, wenn er in der Pandemie die Gewinne von BioNTech per Zusatzsteuer abgeschöpft hätte. Keine gute Idee. ■

FOTO: KAREN HORN (PRIVAT)

Gerade jene Unternehmen fiskalisch zu bedrängen, die helfen können, eine schwere Krise zu bestehen, wäre wenig klug.

KAREN HORN LEHRT ÖKONOMISCHE IDEENGESCHICHTE UND WIRTSCHAFTSJOURNALISMUS AN DER UNIVERSITÄT ERFURT. ZUDEM IST SIE CHEFREDAKTEURIN DER FACHZEITSCHRIFT „PERSPEKTIVEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK“ (PWP).

Wirksame Sanierungsmöglichkeiten für Unternehmen

Deutschland hat im vergangenen Jahr sein Restrukturierungsrecht neu gefasst. Die Mühe hat sich gelohnt.

TEXT: MARIE LUISE GRAF-SCHLICKER

Das deutsche Insolvenzrecht nimmt im internationalen Benchmarking eine Spitzenposition ein. Grund dafür ist insbesondere, dass es wirksame Sanierungsinstrumente bereithält. Gesetzliche Regelungen zu einer Sanierung außerhalb der Insolvenzordnung, die das mit einer Insolvenz verbundene Stigma des unternehmerischen Scheiterns vermeiden, fehlten jedoch lange im deutschen Recht. Die Vergleichsordnung von 1935, die solche Regelungen enthielt, wurde mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung 1999 abgeschafft - sie war wegen ihrer starren Mindestquote zur Gläubigerbefriedigung von 35 Prozent nahezu bedeutungslos geworden.

Neue Impulse für ein Restrukturierungsverfahren außerhalb eines Insolvenzverfahrens kamen 2012 von der EU-Kommission unter dem Gesichtspunkt der Bildung einer Kapitalmarktunion. Sie betrachtete die sehr unterschiedlichen Regelungen der Mitgliedstaaten zum Umgang mit unternehmerischem Scheitern als entscheidendes Hindernis für den freien Kapitalfluss in der Europäischen Union. Anlage- und Kreditrisiken könnten nur auf der Grundlage des voraussichtlich anzuwendenden Insolvenzrechts ermittelt werden, hieß es. Dies sei wegen der unzureichenden Harmonisierung dieses Rechts mit erheblichem Aufwand verbunden, was die Kapitalmarktfinanzierung belaste.

Daher wollte die Kommission mit ihrem Richtlinienvorschlag vom November 2016 möglichst einheitliche Maßstäbe für eine vorinsolvenzliche Restrukturierung schaffen. Dieses Ziel musste der europäische Gesetzgeber jedoch wegen der sehr unterschiedlichen Regelungen zur Sanierung krisenbehafteter Unternehmen in den Mitgliedstaaten teilweise revidieren. Die Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz vom Juni 2019 sieht daher noch erhebliche Spielräume für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie in das nationale Recht vor.

Die Kernregelungen der Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz waren bis zum 17. Juli 2021 ins nationale Recht umzusetzen. Der deutsche Gesetzgeber hat diese Umsetzungsfrist nicht ausgeschöpft. Bereits zum 1. Januar 2021 ist die Richtlinie mit dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) in deutsches Recht umgesetzt worden.

Das neue deutsche Gesetz enthält kein durchstrukturiertes Verfahren zur Sanierung eines krisenbehafteten Unternehmens außerhalb eines Insolvenzverfahrens, sondern es bietet eine Toolbox für die Sanierung mit unterschiedlichen Instrumenten und Vorgehensmöglichkeiten des Schuldners an. Von Amts wegen ist ihm ein Restrukturierungsbeauftragter nur noch in besonderen Fällen zur Seite zu stellen.

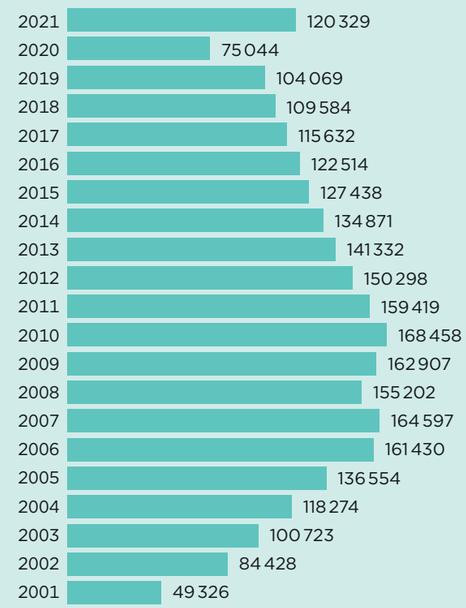
Zentrales Element des Rechtsrahmens dieses Gesetzes ist der Restrukturierungsplan, der vom Schuldner gegebenenfalls mithilfe Dritter zu konzipieren ist. Er kann im Konsens mit allen beteiligten Gläubigern beschlossen, aber auch gegen den Willen einer Minderheit durchgesetzt werden. Anders als im Insolvenzverfahren kann der Schuldner festlegen, welche Gläubiger von dem Restrukturierungsplan betroffen sein sollen. Als dessen Gegenstand ausgeschlossen sind allerdings Forderungen aus oder im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen, aus unerlaubter Handlung oder solche, die als Sanktion gegen den Schuldner verhängt wurden.

Eigenverantwortlich gesteuerte Sanierung

Falls nicht alle betroffenen Gläubiger dem Restrukturierungsplan zustimmen, kann dieser gegenüber den Verweigerern nur Wirkung erzeugen, wenn der Schuldner drohend zahlungsunfähig ist, er also seine Zahlungsverpflichtungen innerhalb der nächsten 24 Monate nicht erfüllen kann, er sein Vorhaben beim zuständigen Restrukturierungsgericht anzeigt und den Restrukturierungsplan gerichtlich bestätigen lässt. Restrukturierungsgerichte sind grundsätzlich die Amtsgerichte am Sitz eines Oberlandesgerichts, abweichende Regelungen gelten für die Oberlandesgerichte Celle und Hamm. Im OLG-Bezirk Celle ist das Amtsgericht Hannover zuständig, im OLG-Bezirk Hamm das Amtsgericht Essen.

FOTO: UWE STEINERT

Mehr Insolvenzen



ZAHL DER INSOLVENZEN IN DEUTSCHLAND
Laut Angaben des Statistischen Bundesamts gab es 2021 rund 60 Prozent mehr Insolvenzen als im Vorjahr. Der Grund für den niedrigen Wert 2020 liegt demnach hauptsächlich in der wegen der Coronakrise ausgesetzten Insolvenzantragspflicht.

QUELLE: STATISTA

236 000

VOLLERWERBS-GRÜNDUNGEN IN DEUTSCHLAND 2021. Die Zahl der Unternehmensgründungen im Vollerwerb ist in Deutschland nach dem Coronaknick 2020 im Jahr 2021 wieder auf das Vorkrisenniveau gestiegen. So haben sich 35 000 neue Unternehmen mehr gegründet, das entspricht einem Plus von 18 Prozent.

QUELLE: KFW-GRÜNDUNGSMONITOR 2022

Ob und zu welchem Zeitpunkt das Restrukturierungsgericht in die Sanierung eingebunden wird, bleibt dem Schuldner überlassen. Er kann den Sanierungsprozess grundsätzlich eigenverantwortlich steuern. Die Abstimmung über den Sanierungsplan kann unter seiner Leitung außergerichtlich entweder in einem schriftlichen Abstimmungsprozess oder in einer Versammlung erfolgen. Für das Abstimmungsverfahren sind die von dem Plan betroffenen Gläubiger je nach ihrer Rechtsstellung in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Die Annahme des Plans setzt grundsätzlich eine qualifizierte Mehrheit von 75 Prozent der Forderungen in einer Gruppe voraus. Wird die notwendige Mehrheit in einer Gruppe nicht erreicht, kann unter engen Voraussetzungen, insbesondere wenn die Mitglieder aus dieser Gruppe durch den Plan nicht schlechter gestellt werden als ohne Plan, dennoch eine Planbestätigung erreicht werden.

Vorprüfung beim Restrukturierungsgericht

Der Schuldner kann aber auch das Restrukturierungsgericht in die Abstimmung über den Restrukturierungsplan einbinden. Bereits vor der gerichtlichen, jedoch ebenfalls vor der außergerichtlichen Abstimmung kann er beim Restrukturierungsgericht eine Vorprüfung aller Fragen beantragen, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans von Bedeutung sind. Voraussetzung dafür ist, dass der Schuldner drohend zahlungsunfähig ist und seine Restrukturierungsabsicht beim zuständigen Restrukturierungsgericht angezeigt hat. Das gilt ebenso, wenn der Schuldner zur Verwirklichung des Restrukturierungsziels gegen einzelne, mehrere oder alle Gläubiger Vollstreckungs- oder Verwertungssperren beantragt.

Die gerichtliche Bestätigung des Restrukturierungsplans erfolgt ausschließlich auf Antrag des Schuldners. Das Gericht hat die Planbestätigung abzulehnen, falls der Schuldner nicht drohend zahlungsunfähig ist, falls die Vorschriften über Inhalt, Verfahren und Annahme des Plans in einem wesentlichen Punkt nicht beachtet wurden, falls die Ansprüche der Gläubiger aus dem Plan nicht erfüllt werden können, falls bei einer vorgesehenen neuen Finanzierung kein schlüssiges Sanierungskonzept vorliegt oder falls die Annahme des Plans unlauter herbeigeführt wurde. Auf Antrag eines Gläubigers ist die Planbestätigung abzulehnen, wenn dieser bei der Abstimmung über den Plan geltend gemacht hat, dass er durch den Restrukturierungsplan voraussichtlich schlechter gestellt wird als ohne einen solchen.

Eine wichtige Folge eines bestätigten Plans ist, dass dessen Regelungen, Vollzugshandlungen sowie vorgesehene neue Finanzierungen zum Schutz der sanierungsbeteiligten Gläubiger regelmäßig nicht angefochten werden können. ■

Marie Luise Graf-Schlicker war langjährige Leiterin der Abteilung Rechtspflege im Bundesjustizministerium und hat den Umbau des Insolvenzrechts zu einem modernen Sanierungsinstrument maßgeblich geprägt.

Wirtschaftskolumne

Es wird ernst!

Die Inflation treibt die Renditen von Staatsanleihen in die Höhe. Und die Zinserhöhung der EZB tut ein Übriges.

Karl-Heinz Paqué ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Europas Finanzmärkte nähern sich einer gefährlichen Lage. Schuld daran ist eine scharf zunehmende Inflation, bedingt vor allem durch die globalen Märkte für Energie und Nahrungsmittel, deren Preissteigerungen Reflex von Angebots- und Lieferengpässen sind, die dann auch andere Produkte betreffen. Der Krieg Putins gegen die Ukraine hat endgültig die Hoffnung zerstört, dass die Inflation in der Post-Corona-Zeit schnell verschwinden könnte. Dies hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) begriffen. Sie hat beschlossen, die Zinsen zum Juli moderat zu erhöhen.

Spätestens jetzt befinden wir uns in einer neuen Welt. Mit zunehmenden Raten der Preissteigerung von zuletzt sieben bis gut acht Prozent in den Vereinigten Staaten, in Europa und auch in Deutschland war schon in den vergangenen Wochen klar, dass eine einfache Rückkehr zur Stabilität nicht möglich sein wird. Inzwischen konnte man dies auch an den Renditen auf dem Kapitalmarkt ablesen: Die lange Zeit negativer Nominalzinsen ist zu Ende gegangen, und selbst in Deutschland haben inflationäre Erwartungen ihren Weg in die Renditen zu finden begonnen. Dabei ist deren Anstieg bei zehnjährigen Anleihen noch sehr moderat ausgefallen – vom bisher negativen Bereich gerade mal auf zuletzt 1,4 Prozent, was noch lange nicht das Ende der Fahnenstange sein wird, wenn die Inflation weiter hoch bleibt. Beunruhigend ist allerdings schon heute, dass nach der jüngsten EZB-Entscheidung die langfristigen Renditen von Staatsanleihen in Griechenland auf mehr als vier Prozent und in Italien auf 3,5 Prozent hochschnellten. Hier droht eine Konstellation, die fatal an die europäische Schuldenkrise von vor zehn Jahren erinnert. Falls dann noch eine Lohn-Preis-Spirale in der nächsten Lohnverhandlungsrunde hinzukäme, könnte die Situation schnell außer Kontrolle geraten.

Die Lektion daraus ist klar: Es muss jetzt alles getan werden, um den Kapital- und Arbeitsmärkten zu signalisieren, dass die Priorität der Geld- und Fiskalpolitik auf einer mittelfristigen Wiederherstellung der Stabilität liegt. Eine Hauptlast trägt dabei Deutschland als Stabilitätsanker der Eurozone: Wer sonst hat genug Gewicht und Glaubwürdigkeit, um das nötige politische Zeichen zu setzen? Das bringt die Pflicht mit sich, zur Schuldenbremse zurückzukehren. Ohne Wenn und Aber. Alles andere würden die Märkte – zu Recht – als den endgültigen Abschied von einer starken fiskalpolitischen Selbstverpflichtung sehen. Dies müsste das Vertrauen zum Euroraum maßgeblich erschüttern.

Tatsächlich beginnt die Situation immer mehr jenen Inflationswellen zu ähneln, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren schließlich eine scharfe makroökonomische Notbremsung erzwangen. Damals wurde fahrlässig viel zu lang gewartet, um die nötige geld- und fiskalpolitische Kursumkehr in die Wege zu leiten. Anders als die amerikanische Notenbank hat die EZB auch diesmal schon sehr lange gewartet. Die Fiskalpolitik darf dies nicht. Deutschland steht voll in der Verantwortung. ■

ILLUSTRATION: PETER JAMES FIELD / AGENCYRUSH.COM

Kultur

Kira Brück

In aller Ruhe und mit Würde

Porträts von Geflüchteten aus der Ukraine, die eindrücklich ihre Geschichten erzählen.

AUSSTELLUNG / S. 54

István Hegedűs

Tanz der Uneindeutigkeit

Viktor Orbán bezieht gegenüber Russland keine klare Position, um sich als unabhängiger Akteur zu etablieren.

VOR ORT / S. 62

Michael Hirz

Vom Aha-Effekt zum Aua?

Medien bringen die Schrecken der Welt ungefiltert, dauernd und in Echtzeit ins Haus.

MEDIENKOLUMNE / S. 61

FOTO: MILA TESHAIEVA/OSTKREUZ, JANOS KUMMER/GETTY IMAGES, RAMONA RING

In **Borodjanka** nordwestlich von Kiew wurden viele Häuser durch russischen Beschuss zerstört. Es wird vermutet, dass unter dem Schutt noch viele Tote begraben liegen.

Eine **junge Frau** hat sich in einem Luftschutzkeller im Kiewer Vorort Irpin ein Lager eingerichtet. Berichten zufolge wurden in Irpin während der russischen Besatzung bis Ende März bis zu 300 Zivilisten getötet.

Eine **Rentnerin** ist Mitte Mai in Kiew alleine zurückgeblieben. Ihr Nachbar spendet ihr Trost.

FOTO: MILA TESHAIEVA/OSTKREUZ

In aller Ruhe und mit Würde

Die Ausstellung „Nach der Flucht“ zeigte in Berlin Porträts von Menschen aus der Ukraine, die ihre Heimat verlassen mussten. Und erzählte eindrücklich ihre persönlichen Geschichten.

TEXT: KIRA BRÜCK

Panzer, zerstörte Häuser, zugedeckte Leichen auf den Straßen: Bilder aus dem Krieg sind, seit Russland Ende Februar die Ukraine überfallen hat, fast Alltag geworden. Viele von ihnen sind schockierend, stark, manchmal ikonisch – aber eines fehlt: die Geschichten der Menschen. Ihre Stimme. Maurice Weiss, der als Reportagefotograf unter anderem für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ arbeitet, war es ein Bedürfnis, das zu ändern. „Ich war im Libanon, in Syrien und Libyen unterwegs, habe viel Fluchtbewegung gesehen. Wir schickten Aufnahmen mit langen Brennweiten an die Redaktionen, auf ihnen waren verhärmte Menschen zu sehen“, erzählt er. Im Nachhinein empfand er das als fotografisches Scheitern: Seine Kollegen und er hätten gar nicht begriffen, welche Geschichten und Schicksale hinter den Gesichtern steckten. Diesmal sollte es anders werden, besser. Weiss entwickelte eine Idee: Die Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, sollten in aller Ruhe und mit Würde porträtiert werden. Und sie sollten Raum bekommen, um ihre Geschichte zu erzählen.

Weiss trommelte seine Kolleginnen und Kollegen von der Agentur Ostkreuz zusammen. Etwa 15 Fotografinnen und Fotografen, unter ihnen Mila Teshaieva und Johanna-Maria Fritz, legten sofort los; sie porträtierten Geflüchtete aus ▸

Sicher in Deutschland: Kira und ihre Mutter Olena aus Kiew halten sich auf dem Foto von Dawin Meckel im Arm. In Bad Vilbel sind sie nun sicher, aber was kommt nach der Flucht?

Eine **Mutter und ihre beiden Töchter** sind aus Charkiw nach Hamburg geflohen. „Wir sind fünf Tage lang in meinem Auto gefahren", erzählt sie.

Diese **Tänzerin aus der Ukraine** war aus der Hafenstadt Odessa nach Berlin geflohen.

Valeria Schiller ist aus Butscha. Das Bild von Maurice Weiss zeigt die junge Frau nach der Flucht aus dem Ort, der für immer mit einem der schlimmsten Massaker in Europa verbunden sein wird.

Was haben die Frauen alles gesehen? Die Bilder des im norwegischen Nesbyen geborenen Fotografen Espen Eichhöfer erzählen Geschichten und haben oftmals etwas Mythisches.

der Ukraine. Plötzlich war Weiss nicht nur Ideengeber eines Projekts, sondern auch Initiator einer Ausstellung. „Nach der Flucht" sollte sie heißen. In der Berliner Zionskirche sind die intensiven Porträts im Mai ausgestellt worden, an Drahtzäunen aufgehängt. Neben jedem Bild stand ein Text: Ich-Protokolle auf Deutsch, Englisch und Ukrainisch. Es waren Erinnerungen, Gedanken und Hoffnungen von Menschen, die der Krieg nach Deutschland gespült hat, die ihre Heimat und ihre Angehörigen vermissen, die traurig, verzweifelt und dankbar für die Hilfe sind, die sie erfahren haben. Eines aber sind sie nicht: sprachlos.

Die Geflüchteten sind traurig, verzweifelt und dankbar für die Hilfe, die sie erfahren haben. Aber eines sind sie nicht: sprachlos.

Die von Weiss porträtierte Tasia Shpil aus Kiew erinnert sich: „Einige Tage vor Kriegsbeginn habe ich noch gesagt, dass ich eher sterben als weggehen würde. Aber das waren die Worte einer Person, die noch nie vom Lärm einschlagender Bomben geweckt worden war." Es sind intime Texte, die lange nachhallen. Es sind Texte darunter von Kindern, die keine Eltern mehr haben. Von alten Frauen, die sich sorgen, dass sie ihr Heimatland nicht mehr wiedersehen werden. Von Müttern mit kleinen Kindern, deren Väter im Krieg geblieben sind. Sie sitzen und stehen ein wenig ratlos in Berliner Wohnzimmern, vor einer Heizung oder in einem Park, und es sieht aus, als ob sie sich fragen: Was machen wir hier eigentlich?

„Im Krieg ist erst einmal die Kultur dran: Archive und Schulen werden zerbombt, Intellektuelle umgebracht", sagt Weiss. Später folge der Kampf um die Archive. „Wer erzählt hinterher die Geschichte - werden es die Russen oder die Ukrainer sein?" Er hat bereits eine Anfrage aus Brüssel bekommen; die Bilder werden wandern. Sein eindrucksvolles Projekt ist bei Weitem nicht abgeschlossen: Jede Woche kommen neue Bilder dazu. „Wir fotografieren immer weiter." ■

DAWIN MECKEL/OSTKREUZ, SIBYLLE FENDT/OSTKREUZ, JORDIS ANTONIA SCHLÖSSER/OSTKREUZ, MAURICE WEISS/OSTKREUZ, ESPEN EICHHÖFER/OSTKREUZ, LISA-MARIE SCHMIDT

Kira Brück ist freie Journalistin. Sie schreibt über Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsthemen, unter anderem für „Spiegel Online" und für „Die Welt". Sie lebt in Berlin.

Belebende Strahlen

Franz Duncker war Verleger, Politiker und liberaler Sozialreformer. Er setzte auf Interessenausgleich und Kooperation.

TEXT: WOLTHER VON KIESERITZKY

Die liberalen Gewerkvereine, die Franz Duncker und Max Hirsch 1868 gründeten, waren im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens äußerst erfolgreich. Erst die mangelnde Kompromissbereitschaft der Unternehmer in den frühen Arbeitskonflikten beeinträchtigte die Wirkung ihres sozialliberalen Ansatzes, der die friedliche Einigung zwischen Kapital und Arbeit dem Streik als letztes Mittel vorzog.

Franz Duncker – vor zweihundert Jahren geboren, am 4. Juni 1822 – gehörte zu den bekanntesten liberalen Politikern seiner Zeit. Der 1848 in der revolutionären Bürgerwehr aktive Verleger entwickelte den vom Vater übernommenen Verlag Duncker & Humblot zur offenen Ideenschmiede und publizistischen Heimat vieler Liberaler. Eine der auflagenstärksten Tageszeitungen, die „Berliner Volks-Zeitung“, wurde das Flaggschiff des Verlags.

Im Jahr 1861 gehörte Duncker zu den Gründern der liberalen „Fortschrittspartei“, der ältesten deutschen Partei. Über viele Jahre wirkte er dann im Preußischen Landtag und im Reichstag als unermüdlicher Mahner für ein „echtes“ parlamentarisches System. „Besitz verpflichtet“, forderte Duncker immer wieder von den „wohlhabenden Klassen“ und bewies selbst, dass der organisierte Liberalismus in der Arbeiterschaft attraktiv sein konnte: In Chemnitz gelang ihm 1876 der Wahlsieg über die sozialdemokratische Konkurrenz. Franz Duncker starb 1888. ■

„Die Sonne der Freiheit“

TEXT: FRANZ DUNCKER

„Der Irrtum und das Verführerische liegt gerade darin, daß man von einer socialen Frage spricht, daß man den Glauben erweckt, daß mit einer bestimmten Antwort diese Frage zu lösen sei. Die socialen Übelstände sind vielmehr, richtig aufgefaßt, eine Kette von unendlich vielen der verschiedenartigsten Fragen. [...] Was hat nun die liberale Partei in dieser Hinsicht getan? Sie hat nicht nur die mittelalterlichen Schranken beseitigt durch die Einführung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit, sondern sie hat zur Sicherstellung der Freiheit des Arbeitsvertrages auch die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter, ehe es noch eine sozialdemokratische Partei gab, in den Parlamenten hergestellt. Wenn dann auf Grundlage der Selbsthilfe, aber gefördert durch die gesetzliche Anerkennung die Arbeiter zu Tausenden und Hunderttausenden zusammentreten in ihren Gewerkvereinen, dann wird in der Tat auch für den einzelnen besitzlosen Arbeiter eine wirkliche Freiheit des Arbeitsvertrages herbeigeführt.

Ich bin ein Feind aller Gewaltmaßregeln, ein Feind der Bestrafung des Kontraktbruchs, ein Feind der Preßmaßregelungen, ich bin und bleibe der alte Demokrat, der für das Volksrecht unbeirrt eintritt, der für das Volk im Staat und in der Gemeinde überall die gleiche Berechtigung will. [...]

Mit einem Wort, lassen Sie die Sonne der Freiheit und Gleichberechtigung endlich über unserm Horizonte heraufsteigen! Ich bin überzeugt, vor ihren erwärmenden und belebenden Strahlen werden alle die schwarzen und roten Gespenster, welche man heraufbeschworen hat, verschwinden, wie die leichten Morgennebel eines Frühlingstages!“

Franz Duncker: „Rede im Volksverein Chemnitz“, 1876

Druckschriften der Fortschrittspartei, Berlin 1877.

Falsche Vorhersagen, richtige Wirkungen

Vor 50 Jahren erschien das Buch „The Limits to Growth“ des Club of Rome. Es wurde in 30 Sprachen übersetzt; 30 Millionen Exemplare wurden über die Jahre verkauft. Ein Bestseller mit ungeheurer Wirkung.

TEXT: KARL-HEINZ PAQUÉ

Kaum war die Studie „The Limits to Growth“ 1972 erschienen, begann für den Rest der Siebzigerjahre und darüber hinaus eine intensive Diskussion über die darin verwendeten Prognosen und Methodiken. Alles in der Studie war ganz einfach gestrickt: Die Gruppe von Forschern mit vor allem natur- und ingenieurwissenschaftlichem Hintergrund hatten im Wesentlichen die Zuwachsraten des globalen Verbrauchs von Rohstoffen fortgeschrieben. Das Ergebnis, eigentlich kaum überraschend: In absehbarer Zeit gehen die Vorräte wichtiger Rohstoffe zu Ende, allen voran des Öls. Das globale Wirtschaftsleben droht also – hart und gnadenlos – gegen eine Grenze der Verfügbarkeit von Ressourcen zu stoßen, mit verheerenden Folgen für Wachstum und Wohlstand.

Die Welt war fasziniert von diesem apokalyptischen Szenario. Doch unter Ökonomen lösten die Modelle und Vorhersagen eher allgemeines Kopfschütteln aus. Denn der Club of Rome ließ keinen Platz für die Wirkung des marktwirtschaftlichen Preismechanismus, der bei Verknappung zumindest mittel- und langfristig reagiert und kräftige Vorgänge der Substitution von Rohstoffen vor allem über den induzierten technischen Fortschritt in Gang setzt. Prominente Volkswirte wiesen früh mit kritischem Nachdruck darauf hin – so in den Vereinigten Staaten der „Vater“ der neoklassischen Wachstumstheorie und spätere Nobelpreisträger für Ökonomie Robert Solow, in Deutschland der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Herbert Giersch.

Sie behielten völlig recht. Bis Mitte der Achtzigerjahre schossen die Öl- und Rohstoffpreise in zwei großen Schüben 1973/75 und 1980/82 in die Höhe, und im marktwirtschaftlichen Westen kam es zu (durchaus schmerzlichen) Anpassungsprozessen, die aber schließlich die Abhängigkeit vom Öl und verwandten Rohstoffen drastisch minderten. Der Ressourcenkollaps blieb aus. Ab Mitte der Achtzigerjahre gingen die Öl- und Rohstoffpreise an den Weltmärkten sogar zurück, auch als Ergebnis des erfolgreichen Strukturwandels in den führenden westlichen Industrienationen. Ganz anders übrigens war das Bild im sowjetkommunistischen Osten Europas: Dort blieb der Strukturwandel aus, und genau deshalb verschärfte sich die dortige Systemkrise bis hin zum Zusammenbruch der Planwirtschaft mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer.

Kurzum: Der Club of Rome wurde wirtschaftlich widerlegt. Aber er hat gleichwohl Wichtiges geleistet. Denn mit seinem Impuls begann eine Diskussion, die sich bis heute fortsetzt: Wie kann es gelingen, „Grenzen des Wachstums“ durch die Innovationskraft der Marktwirtschaft – unterstützt durch den Staat – in nur vorübergehende Engpässe zu verwandeln, die überwindbar sind? Eben dies hat eine ganze Generation von Intellektuellen (einschließlich des Verfassers dieser Zeilen) motiviert, sich mit dem Strukturwandel hoch entwickelter Volkswirtschaften intensiv zu beschäftigen.

Die politischen Meinungen gehen dabei unverändert auseinander: Liberale vertrauen stark auf Markt und Preis als treibende Kräfte und weit weniger auf Wissen und Weisheit des Staates; Sozialdemokraten und Grüne halten es umgekehrt. Aber wenigstens wissen wir ziemlich genau, worüber wir streiten. Dank des Club of Rome. ■

Dennis Meadows et al. (1974): „Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“

Nur noch antiquarisch erhältlich!

> **Unter Ökonomen lösten die Modelle allgemeines Kopfschütteln aus.**

FOTO: STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN (ARCHIVBILD, KOLORIERT), PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG, ROWOHLT VERLAG

So hell, so klar

In ihrer Essay-Sammlung „Unverschämt jüdisch“ gewährt Barbara Honigmann einen Einblick ins Jüdischsein, der Nichtjuden ansonsten verwehrt bleibt: wissend, weise und witzig.

TEXT: JO BERLIEN

Barbara Honigmann, „Unverschämt jüdisch“, Carl Hanser Verlag (2021), 156 Seiten, 20 Euro

Gäbe es nur einen echten intellektuellen Austausch über jüdisches Leben in Deutschland! Dann säße Barbara Honigmann in Talkshows, bekäme TV-Features angeboten, vielleicht sogar eine eigene Sendung, zumindest aber eine Kolumne. Sie ist eine der wichtigsten Stimmen ihrer Generation – sie ist Jahrgang 1949 – und der nachfolgenden Generationen im deutschsprachigen Raum. Sie schreibt klar, wissend, weise und witzig über ein Thema, das sie schon ihr ganzes Leben lang studiert und erforscht: Sie schreibt übers Jüdischsein und über nichts sonst. Plots, Personen, Orte wechseln, das Sujet bleibt. Wer die schon seit bald 40 Jahren im Elsass lebende Schriftstellerin von ihren Romanen her kennt, erlebt sie in dem neuen Sammelband „Unverschämt jüdisch“ nunmehr als scharfsinnige Denkerin und Kritikerin. Hier und da lüftet sie den Schleier und gewährt einen Einblick ins Jüdischsein – in eine Welt, die verloren gegangen ist und durch Debatten kaum wieder aufleben wird.

Barbara Honigmann kann schwärmen wie ein Teenager. Und niemals würde sie sich einfangen lassen als Sprecherin für eine Ideologie des Unrechts.

Das Buch versammelt Honigmanns Preisreden und Essays über Franz Kafka und Marcel Proust, Max Frisch, Ricarda Huch und andere. Die Autorin kann schwärmen wie ein Teenager, beispielsweise für Frisch, dessen Souveränität und Immunität gegenüber Ideologien. Als sie mit dem Langgässer-Preis ausgezeichnet werden soll, nimmt sie die Schriftstellerin und Namenspatronin Elisabeth Langgässer kühl abwägend auseinander, weil diese opportunistisch zum Christentum konvertiert ist und der Nazi-Ideologie nicht widerstanden hat. Man erfährt dadurch auch viel über Honigmann selbst: Niemals würde sie sich einfangen lassen und als Sprecherin für eine Ideologie des Unrechts dienen. Nicht sie, die im Alter von 35 Jahren die DDR verließ, froh, all dem, was da war, entronnen zu sein.

Der Band „Unverschämt jüdisch“ lässt in seinen unterschiedlichen Vignetten auf 150 Seiten eine Welt erstehen, die fremd und gerade darum reizvoll erscheint. Barbara Honigmann nimmt die Leserinnen und Leser bei deren Erkundung an die Hand. Sie kann eine strenge Begleiterin sein, zumal sie sich als vielleicht „letztes Kind der Aufklärung“ sieht. Sie verspüre jedenfalls „keine Neigung zum Mythischen und am Judentum zieht mich seine helle, die Tagesseite an und nicht die mystische, kabbalistische, von der so viele Nichtjuden merkwürdigerweise glauben, sie repräsentiere das Jüdische in besonderer Weise. Das Gegenteil ist der Fall.“ ■

FOTO: CARL HANSER VERLAG, ILLUSTRATION: RAMONA RING

Vom Aha-Effekt zum Aua?

Die Welt war schon immer auch ein Ort voller Schrecken. Medien bringen sie nun ungefiltert ins Haus, dauernd und in Echtzeit.

TEXT: MICHAEL HIRZ

Gehört Depression zum Geschäftsmodell der Medien? Zumindest ist sie der vermutlich häufigste Kollateralschaden, Folge eines ununterbrochenen Stakkatos von Nachrichten über Krieg, Klimakatastrophe, Inflation und Hungersnöte. Corona? War gestern. Als Thema liegt es jetzt (zumindest vorläufig) neben den anderen Ladenhütern des Medienangebots in den hinteren Regalen, gleich neben Weltfinanzkrise, Fukushima, Terroranschlägen, Euro-Rettung.

Katastrophen sind das verlässliche Wirtstier der Medien. Fernsehen und Radio, Websites und soziale Medien brauchen sie wie der Süchtige die Droge. Sie schaffen Aufmerksamkeit, Klicks, Quote; sie sichern die schnellen Gewinne. Nie hatten sie es leichter. Nie konnten schneller Ereignisse von den entferntesten Winkeln der Welt in Echtzeit ein Publikum finden, das per Smartphone 24 Stunden am Tag erreichbar ist. Die Welt war zwar schon immer auch ein Ort voller Schrecken. Aber der Horror blieb ganz überwiegend weit auf Distanz, wenn wir überhaupt etwas davon mitbekamen – obendrein mit beruhigendem Zeitverzug. Das ist endgültig vorbei. Heute kommt die Welt direkt ins Haus, dauernd und in Echtzeit.

Es gilt, nicht atemlos immer neue News-Häppchen zu servieren, sondern einen substanziellen Beitrag zur Mündigkeit zu leisten.

Die großen Plattformen der sozialen Medien von Facebook bis Twitter programmieren ihre Algorithmen so, dass die Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange auf den Seiten bleiben. Das geht mit allem, was aufregt und ängstigt: So funktioniert der Mensch seit der Steinzeit. Nur wer weiß, was an Schrecklichem herannaht, hat eine Überlebenschance. Das ist die evolutionäre Logik. Aber in einer Welt, die nicht mehr hinter den nächsten Hügeln endet, wird sie kontraproduktiv. Beim Bombenanschlag auf den Boston-Marathon reagierten die intensiven Mediennutzer durch die Berichterstattung stärker mit Symptomen als die Menschen, die vor Ort waren, wie eine amerikanische Studie ergeben hat. Eine bittere Pointe.

Das Ergebnis des übermäßigen Nachrichtenkonsums ist Erschöpfung, wie die Stressforschung zeigt. Der Dauerbeschuss mit schlechten Nachrichten weckt in uns ein Gefühl von Hilflosigkeit. Wieder ein Flüchtlingsboot im Mittelmeer gekentert? Die Abholzung des überlebenswichtigen Regenwalds schreitet beschleunigt fort? Das produziert ohnmächtige Angst und macht die Seele krank. Die viel beklagte Abstumpfung wirkt dann fast wie ein Gegenmittel, mit dem sich die überforderten Medienkonsumenten schützen.

Aber eine dauerhafte Hilfe ist das natürlich nicht, weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft oder gar für die Lösung von Problemen und Konflikten. Was also tun in einer Zeit, wo auch Kriege medial ausgetragen werden? Man denke nur an die sich gegen den russischen Überfall verzweifelt wehrende Ukraine, deren Präsident es meisterhaft versteht, über Bewegtbilder und Twitter die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu fesseln.

Hier setzen Auftrag und Verantwortung des Journalismus ein. Es gilt, nicht atemlos immer neue News-Häppchen zu servieren, sondern mit akribischer Recherche, gründlichen Faktenchecks und stichhaltigen Reportagen Hintergründe auszuleuchten, Einordnungen zu ermöglichen, kurz: einen substanziellen Beitrag zur Mündigkeit zu leisten. Beispiele zeigen, dass sich das auch rechnen kann. Und ein Mittel wider den kollektiven Blues wäre es auch. ■

Tanz der Uneindeutigkeit

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán erpresst ungeniert die EU. Dass er Russland gegenüber nicht klar Position bezieht, hat System: Er will sich etablieren als ein von der westlichen Gemeinschaft unabhängiger Akteur.

TEXT: ISTVÁN HEGEDŰS

Viktor Orbán unter dem Motto seiner Fidesz-Partei: „Wir schreiten voran, nicht zurück!“

FOTO: IMAGO/EST&OST, PRIVAT

Ungarn verabschiedet sich gerade von der liberalen Demokratie. Am 3. April haben Premierminister Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei die Parlamentswahlen zum vierten Mal in Folge mit einer Zweidrittelmehrheit gewonnen. Für Orbán ist es das fünfte Regierungsmandat seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Regimewechsel, bei dem er als junger, damals noch liberaler Politiker eine wichtige Rolle spielte. Es ist das siebzehnte Amtsjahr eines Regierungschefs, der im Laufe seiner politischen Karriere vom Liberalismus zunächst zum Konservatismus und dann zum autoritären Populismus gewechselt ist. Unterdessen erobert der Orbánismus immer weitere Teile der politischen, wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Sphären Ungarns, und der rechtspopulistische Premierminister unterminiert stetig die liberale Demokratie seines Landes, immerhin eines Mitgliedstaates der Europäischen Union.

Der Erfolg von Orbáns Rechtspopulismus beruht letztlich auf unlauteren Mitteln: Das etablierte illiberale, populistische Regime verzerrt die Wahlergebnisse. „Freie, aber nicht faire Wahlen“ hätten stattgefunden, formulieren internationale Institutionen und Beobachter treffend. Zudem hat auch das internationale Umfeld das Wahlergebnis stark beeinflusst. Im Nachgang zur russischen Invasion in der Ukraine entfaltete Orbáns Wahlkampfrhetorik der ungarischen Neutralität besonders starke Wirkung in der Öffentlichkeit, obwohl – oder vielmehr gerade weil – die enge Beziehung des Ministerpräsidenten zum russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt ist. Zu dieser Positionierung vieler Bürgerinnen und Bürger haben die Konflikte der ungarischen Regierung mit den europäischen Institutionen in den vergangenen zwölf Jahren, die Trennung des Fidesz von der Europäischen Volkspartei sowie die auf dem Souveränitätsargument basierenden medialen Angriffe gegen die „Brüsseler Bürokraten“ beigetragen.

Ambivalenz und Machterhalt

Sämtliche politischen und wirtschaftlichen Schritte Orbáns gegenüber Russland sind Ausdruck seines Strebens, sich auf der Weltbühne als wichtiger Akteur zu etablieren, der sich unabhängig von der westlichen Gemeinschaft verhält, zu der sein Land zählt. Mit diesem Tanz der Uneindeutigkeit war auch nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine nicht wirklich Schluss. Nur widerwillig hat sich Orbán den neuen Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland angeschlossen; das von der Gemeinschaft angestrebte umfassende europäische Ölembargo, das Putin die Finanzierung seiner Kriegsmaschinerie wesentlich erschweren soll, hat er im Mai unter Verweis auf die historisch bedingte starke Abhängigkeit seines Landes vom russischen Öl vereitelt.

> **Das etablierte illiberale, populistische Regime verzerrt die Wahlergebnisse.**

Orbán stellt sich auf den Standpunkt, dass das ungarische Volk auf keinen Fall „den Preis“ für den Krieg in der Ukraine zahlen dürfe, und betrachtet es als wichtigste Aufgabe seiner Regierung, für Energiesicherheit zu sorgen. Ungeniert nutzt er seine Vetomacht und erpresst alle anderen europäischen Mitgliedstaaten, indem er seine Zustimmung zu Sanktionen von riesigen Finanztransfers aus dem EU-Haushalt abhängig macht, die ihm den Aufbau eines neuen Energiemix ermöglichen sollen. Er hat erreicht, dass deshalb gemäß der am 30. Mai erzielten Vereinbarung der 27 europäischen Staats- und Regierungschefs nunmehr lediglich Lieferungen per Tankschiff verboten werden, und dies auch nur nach Übergangsfristen von sechs Monaten für Rohöl und von acht Monaten für raffinierte Produkte wie Diesel und Benzin. Dagegen soll aus der russischen „Druschba“-Pipeline vorerst weiter Öl unter anderem nach Ungarn fließen. Außerdem hat die EU zugesagt, dass sie „bei einer plötzlichen Unterbrechung der Versorgung Notfallmaßnahmen einführen“ werde.

Teure Wahlgeschenke

Nach den Wahlen im April hatte Orbán eine stark zentralisierte neue Regierung gebildet und mit Maßnahmen begonnen, die das Land weiter verändern werden. Ganz oben auf der Liste steht eine Änderung des ungarischen Grundgesetzes. Abermals ist ein Notstand ausgerufen worden, wobei nun der Vorwand des „Krieges in einem Nachbarland“ den bisherigen Pandemie-Vorwand ersetzt. Da der öffentliche Haushalt unter der sehr freigebigen Ausgabenpolitik während des Wahlkampfs gelitten hat, wurden neue Steuern auf die – wie es in marxistischer Ausdrucksweise heißt – „Extra-Gewinne“ einiger Großindustrien eingeführt. Eine weitere populistische Maßnahme ist die Preisobergrenze für Benzin, die in Kraft bleibt, aber nur für Autos mit ungarischem Kennzeichen gilt – was gegen die Regeln des europäischen Binnenmarkts verstößt.

> **Nach den Wahlen hatte Orbán in Ungarn eine stark zentralisierte Regierung gebildet.**

Für die Europäische Kommission wäre das ein weiterer Anlass zum Eingreifen. Es wäre nicht die erste Konfrontation mit Ungarn nach den Wahlen: Im Rahmen des neuen Rechtsstaatsmechanismus zum Schutz der finanziellen Interessen der EU hat die Europäische Kommission ihre Kompetenz bereits genutzt und von Ungarn in einem Brief mehr Transparenz und strenge Verfahren zur Korruptionsbekämpfung gefordert. Als Konsequenz bleibt Ungarn sein Anteil an Mitteln aus dem europäischen Aufbau- und Resilienzinstrument bisher vorenthalten, die das Land zur Unterstützung des ökonomischen Aufschwungs nach der Coronakrise dringend benötigt. ■

István Hegedűs, promovierter Soziologe, ist Leiter der Hungarian Europe Society (HES) mit Sitz in Budapest. Er wurde 1990 als Mitglied der Partei Fidesz Abgeordneter im ersten frei gewählten Parlament Ungarns und war bis 1993 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. 1994 trat er aus der Partei aus.

8.–10. Juli

Gummersbach

Freiheits-Hackathon

In diesem Wettbewerb treten Kandidatinnen und Kandidaten an, die mit einer guten Idee die Welt verbessern wollen. Ob diese im virtuellen Raum umgesetzt werden soll oder im kommunalen Bereich, ob sie ein spezifisches Problem adressiert oder ein visionärer Schuss ins Blaue ist – Hauptsache, die Idee dient der Freiheit. Zur Seite stehen ihnen für die Entwicklung der Idee erfahrene Kooperationspartner. Die Gewinnerinnen und Gewinner erhalten einen Geldpreis und weitere Unterstützung für ihre Idee.

Zur Anmeldung und zu weiteren Terminen:
shop.freiheit.org

21. Juli

Stuttgart

Starke Frauen

Unternehmerinnen, Gründerinnen, Entscheiderinnen – Frauen sind für die Wirtschaft elementar. Doch warum sind Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft noch immer unterrepräsentiert? Wie können mittelständische Unternehmen Frauen fördern? Welche Rolle kann eine Quote spielen? Darüber diskutieren drei Frauen auf Einladung des Landesbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Reinhold-Maier-Stiftung in Stuttgart: Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, Unternehmerin Dr. Gabriele Bartel-Lingg – Chefin des Herstellers von Kunstharzböden Barit – und Sarah Zickler, Generalsekretärin des Verbands Liberaler Mittelstand Baden-Württemberg.

2. Juli

Hannover

Kamera? Ton? Bitte!

Wie stelle ich mich und meine (politische) Botschaft in einem Video vor? Erfahrene Referenten helfen beim Konzept und geben technische Tipps für Anfänger und Fortgeschrittene. So machen sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fit für ihren Weg zum perfekten Video – denn das ist zwar kein Hexenwerk, aber zaubern hilft dennoch.

6. Juli

Digital

Die Geheimnisse des Föderalismus

Kaum ein Thema in der deutschen Politik ist so präsent und so schwer zu durchschauen wie der Föderalismus. Wie wirkt er sich auf die Bundespolitik aus? Wer entscheidet, wer wann mitreden darf? Wo bräuchte es Veränderungen? Es informieren die beiden Abgeordneten Anja Schulz und Anikó Merten sowie Michael Koß, Politikwissenschaftler von der Leuphana Universität in Lüneburg.

14.–16. September

Gummersbach

Grundlagen des Liberalismus

Interessierte erhalten in diesem Seminar einen Überblick über die Idee des Liberalismus und dessen politische Relevanz in Geschichte und Gegenwart – insbesondere der aktuellen Herausforderungen.

16. Juli

Digital

Die Strategie Russlands, die Strategie der Ukraine

Wie ist die militärische Lage? Welche Strategien verfolgen Angreifer und Verteidiger? Wie wichtig ist die westliche Lieferung von Waffen? Welche Szenarien gibt es für ein Ende des Krieges? Auf Einladung des Bayerischen Landesbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Thomas-Dehler-Stiftung diskutiert der Politikwissenschaftler Stephan Bierling mit General a. D. Egon Ramms.

14. September

Heidelberg

Muss sich der Westen neu erfinden?

Putins Angriff auf die Ukraine fördert in Europa die Angst vor einer grenzüberschreitenden Ausweitung des Kriegs. Was heißt das für uns und die Politik der NATO? In Heidelberg diskutieren Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, und Matthias Hartwig vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht.

21. September

Frankfurt am Main / Hybrid

Politisches Denken bei Thomas Mann

Wie kaum ein anderer Intellektueller steht Thomas Mann für eine offene Gesellschaft im transatlantischen Kontext. Es diskutieren die Journalistin Hannah Bethke und der Literaturwissenschaftler Kai Sina.

FOTOS: TARIKVISION/GETTY IMAGES, SIRISVISUAL/UNSPLASH, PICTURE ALLIANCE/GEISLER-FOTOPRESS

Liberal – Das Magazin für die Freiheit
Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin
Herausgeberin:
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Herausgegeben von Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter, Maren Jasper-Winter
Chefredaktion: Anders Mertzlufft
Textchefin: Karen Horn
Creative Director: Florian Baumann
Art Director: Luise Bofinger
Art Director Digital: Louay Sayem-Edaher
Senior Editor: Michael Hirz
Berater der Redaktion: Wolfram Eilenberger
Redaktion: Florian Baumann, Zoe van Doren, Ralf Erbel, Michael Hirz, Karen Horn, Amely Rechberg, Thomas Volkmann, Annett Witte
Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Dirk Assmann, Jo Berlien, Kira Brück, Constantin Eckner, Wolfram Eilenberger, Alexander Görlach, Marie Luise Graf-Schlicker, Margaret Heckel, István Hegedűs, Michael Hirz, Karen Horn, Maren Jasper-Winter, Eckhard Jesse, Wolther von Kieseritzky, Felix Langrock, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Guri Melby, Karl-Heinz Paqué, Maike Rademaker, Maximilian Luz Reinhardt, Sascha Tamm, Theresa Caroline Winter
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon: 030/22 01 26 34, Fax: 030/28 87 78 49
presse@freiheit.org, www.freiheit.de/liberal

Design und Umsetzung:
Einhorn Solutions GmbH, Anja Horn
Art Direktion: Jan Köster
Bildredaktion: Virginia Garfunkel
Schlussredaktion: Jesper Wolgast
Projektmanagement: Sandra Rexhausen

Litho & Druck: Hofmann Druck, Emmericher Str. 10, 90411 Nürnberg
Anzeigen: Informationen zum Anzeigenverkauf unter www.freiheit.org/liberal-anzeigen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeberin und Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:
Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei;
Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung).
Näheres über abo@libmag.de

Liberal im kostenlosen Abonnement:
www.freiheit.org/liberal

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG Für die Freiheit.

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C022647

10 Fragen an Evelyne de Gruyter

Seit Marcel Proust sind Fragebögen das beste Mittel, um Persönlichkeiten in aller Kürze kennenzulernen.
Liberal bittet an dieser Stelle zum schnellen Gespräch.

EVELYNE DE GRUYTER ist Geschäftsführerin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU). Der 1954 gegründete Verband vertritt die Interessen von mehr als 1800 Unternehmerinnen aus allen Branchen.

1. Wo trifft man Sie besonders häufig an? In Berlin-Mitte.

2. Welches Buch oder welcher Kinofilm hat Sie zuletzt begeistert? Nino Haratischwilis Roman „Das achte Leben“, der entlang von sechs Generationen außergewöhnlicher Frauen die Geschichte einer georgischen Familie beschreibt.

3. Die momentan spannendste Initiative? JobAidUkraine, eine nach Kriegsausbruch rasch gegründete Plattform, die Unternehmen eine einfache Möglichkeit eröffnet, Geflüchteten Stellen anzubieten.

4. Die Digitalisierung wird ... uns stärker beeinflussen, als wir es uns heute vorstellen können. Es gilt, Ängste abzubauen und Chancen aufzuzeigen.

5. Wenn Sie für einen Tag Bundeskanzlerin wären, dann ... würde ich die Weichen dafür stellen, dass die Repräsentation von Frauen in Politik und Wirtschaft ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht.

6. Was hat Sie am meisten geprägt? Das Aufwachsen im geteilten Berlin. Ich hätte mir als Kind nie träumen lassen, dass die Mauer eines Tages fällt.

7. Was steht auf Ihrer To-do-Liste, das Sie aber nie schaffen umzusetzen? So einige Reiseziele - an erster Stelle Afrika. Eine Safari.

8. Europa ist für mich ... insbesondere die EU, 2012 für viele Jahrzehnte Frieden, Versöhnung und Demokratie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Der Angriff Russlands auf die Ukraine zeigt, dass wir uns jeden Tag neu für Frieden und Demokratie einsetzen müssen.

9. Was gibt Ihnen das Gefühl, dass Sie gerade das tun, was Sie im Leben tun sollten? Die Arbeit an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft. Ich wirke daran mit, großartige Unternehmerinnen als Vorbilder bekannt zu machen.

10. Wann vergessen Sie die Zeit? Am Wochenende mit Familie und Freunden, beim Lesen, Tennisspielen und Schwimmen.

FOTO: PRIVAT

Das Beste zum Schluss: Ihre Meinung

Liberal Magazin Leserumfrage 2022

Jetzt teilnehmen auf liberal.freiheit.org/leserumfrage

Liebe Leserinnen und Leser. Ihre Meinung interessiert uns. Wir möchten das **Liberal Magazin** noch stärker an Ihren Wünschen und Interessen ausrichten. Wir laden Sie herzlich ein, an unserer Leserumfrage teilzunehmen.

Liberal
Das Magazin für die Freiheit

Endlich wieder Teil einer Jugendbewegung.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und die Jüngeren beim Aufbau einer eigenen Vorsorge fördern.

www.pkv.de/generationenvertrag